IMT Nuremberg Archives

H – 383

International Court of Justice

H0383-0002

5-95

INTERNATIONALER MILITÄRGERICHTSHOF
NÜRNBERG, DEUTSCHLAND, 25. JUNI 1946,
SITZUNG 10.00 UHR - 13.00 UHR.

DR. NELTE: Herr Präsident, ich möchte dem Tribunal mitteilen, dass das Manuskript meines Plaedoyers zur Hälfte bis morgen und die andere Hälfte bis Samstag maschinenschriftlich fertiggestellt ist. Leider kann ich privat nur acht Kopien herstellen, wovon sechs Kopien bestimmt sind für die Dolmetscher zur Erleichterung ihrer schwierigen Aufgabe. Mehr Exemplare konnte ich leider nicht zur Verfügung stellen, da ich persönlich keinen Vervielfältigungsapparat besitze. Ich hoffe, dass das Tribunal verstehen wird, wenn ich nach der Erklärung, die der Herr Hauptanklagevertreter der Vereinigten Staaten von Amerika am Freitag abgegeben hat, die technische Hilfe der Anklagebehörde für mein Plaedoyer nicht in Anspruch nehmen kann.

Ich möchte Sie bitten, zu entscheiden, ob das Tribunal Wert darauf legt zur Beschleunigung des Vortrages die Übersetzung meines Plaedoyers zu erhalten. In diesem Falle bitte ich die erforderliche Anordnung zu treffen. Ich bin bereit mein Manuskript zur Verfügung zu stellen unter den von Ihnen, Herr Präsident, bekanntgegebenen Voraussetzungen. Was für mich persönlich gilt, dürfte, soweit ich orientiert bin, auch für die übrigen, jedenfalls für die Mehrzahl der Verteidiger gelten. Für die Beschleunigung des Verfahrens und für die Reduzierung des angegebenen Zeitraums für den Ablauf der Plaedoyers ist es wichtig, diesen Punkt zu klären.

VORSITZENDER: Dr. Nelte: Wenn Sie so gut wären, das Manuskript einzuhändigen auf das Sie sich bezogen, dann wird das Gericht Anordnungen treffen, dass es übersetzt wird und zwar in die verschiedene Sprachen. Ich glaube, dass wir Ihrer Stellungnahme gerecht werden.

Das Gericht hat eine Ankündigung über diesen Gegenstand zu machen, den ich jetzt verlesen werde. Die Ankündigung ist folgende:

Angesichts der Besprechung, die sich am 13. Juni 1946 ereignet hat bezüglich der Frage der Zeit, die die Verteidungsanwälte für ihre Plaedoyers brauchen sollen, hat das Gericht die Frage neuerlic

H0383 – 0003

geprüft. Als die Verteidiger die Zeitangaben machten, die sie brauchen würden, hat das Gericht beobachtet, dass einige Angeklagte meh Zeit brauchten, als andere und in dieser Weise ihre Verteilung vorgenommen haben. Aber das Gericht fühlt, dass die vorgeschlagenen Zeitabschnitte, zu lange sind und dass gewisse freiwillige Beschränkungen gemacht werden sollten. Mit Ausnahmen einiger Angeklagter, deren Fälle sehr weit verzweigt sind, ist das Gericht der Ansicht, dass ein halber Tag für jeden Angeklagten genügend Zeit für die Vorlage seiner Verteidigung sein sollte und das Gericht hofft, dass d' Verteidiger ihre Argumente zusammenfassen werden, sodass sie sich freiwillig auf diese Zeit beschränken können. Das Gericht wird jedoch nicht gestatten, dass Verteidiger irgendeines Angeklagten sich mit unerheblichen Fragen beschäftigen oder dass sie mehr als einen Tag für ihre Rede in irgendeinem Falle in Anspruch nehmen. Vier Stunden werden am Anfang zur Argumentation über allgemeine Fragen, Rechtsfragen und tatsächliche Fragen gestattet werden. Und die Verteidiger sollten in Argumenten in einer collegialen Weise zusammenarbeiten, dass nutzlose Wiederholungen vermieden werden können.

Mir wird mitgeteilt, dass ein Teil der Ankündigung, die ich machte, in einer unrichtigen Weise in einigen Übersetzungen mitgeteilt wurde. Ich werde sie deshalb nochmals vorlesen:

Ausser einigen Angeklagten, deren Fälle sehr weit verzweigt sind, ist das Gericht der Ansicht, dass ein halber Verhandlungstag für jeden Angeklagten genügend Zeit für die Vornahme seiner Verteidigung sein muss. Und das Gericht hofft, dass die Verteidiger ihre Plaedoyers so zusammenziehen werden, dass sie sich freiwillig auf diesen Zeitabschnitt beschränken können.Das Gericht wird jedoch nicht dem Verteidiger irgendeines Angeklagten gestatten, sich mit unerheblichen Fragen zu beschäftigen, oder mehr als einen Tag in irgendeinem Fall in Anspruch zu nehmen. Vier Stunden werden zu Beginn für Argumente über allgemeine Fragen, Rechtsfragen und tatsächliche Fragen gestattet werden und die Verteidiger sollten in ihren Argumenten zusammenarbeiten, dass nutzlose Wiederholungen vermieden werden können. Wie schon vorher erklärt, würde das Gericht

H0383 - 0004

es begrüssen, wenn jedes Plaedoyer in Französisch, Russisch und Englisch übersetzt werden könnte und zwar sollten die Übersetzungen bis zum Beginn des Plaedoyers vorliegen. Die Verteidiger können nun Anordnungen für die Übersetzungen selbst treffen, wenn sie es wünschen. Aber wenn sie Exemplare des Plaedoyers der Übersetzungsabteilung zuleiten und zwar sobald als möglich, zumindest aber nicht später als drei Tage vor dem Plaedoyer, dann wird die Übersetzung für sie durchgeführt werden und der Inhalt dieser Rede wird nicht bekanntgegeben werden. Das ist alles.

FORTSETZUNG DER VERNEHMUNG NEURATH DURCH FRHR.V.LÜDINGHAUSEN:

VORSITZENDER: Bitte Dr. Lüdinghausen.

DR.V.LÜDINGHAUSEN: Wir waren gestern stehengeblieben in der Behandlung der einzelnen Anklagepunkte. Ich möchte nun darin fortfahren und Ihnen folgende Fragen stellen, Herr von Neurath:

Die Anklage wirft Ihnen vor, dass die Deutschen im Protektorat eine Vorzugsstellung gegenüber den Tschechen erhalten hätten und dass Sie dafür verantwortlich wären. Darf ich Sie bitten, sich dazu zu äussern?

A: Die Stellung der Deutschen im Protektorat war nicht eine Vorzugsstellung, die in irgendeiner Weise mit wirklichen Vorteilen zusemmenhing im Vergleich zu den Tschechen, sondern es war eine ganz andere Stellung. Die Deutschen waren Reichsbürger geworden und hatten demnach die Rechte der Reichsbürger, also zum Beispiel das Wahlrecht zum Reichstag. Den Tschechen stand dieses Wahlrecht nicht zu, was verständlich ist bei dem nun einmal vorhandenen Unterschied zwischen dem tschechischen Volk und dem deutschen. Irgendwelche tatsächlichen Vorteile sind mit der Stellung der Deutschen im Protektorat zu keiner Zeit verbunden gewesen. Bestimmungen auf vorzugsweise Behandlung hat es natürlich in der chauvinistischen Partei und in völkischen Kreisen gegeben. Ich bin ihnen aber immer mit aller Schärfe entgegengetreten und habe ihre praktische Wirksamkeit auch verhindert. Ich möchte aber hier nochmals betonen, dass sich das tschechische Volk in keiner Weise als dem deutschen in irgendeiner Hinsicht unterlegen betrachtet hätte. Es handelte sich eben

H0383-0005

um ein anderes Volk, das politisch und kulturell nach seiner Eigenheit behandelt werden musste. Das war auch der Grund, dass die Beibehaltung der sogenannten Autonomie, die nichts anderes bedeutete, als die Trennung der beiden Nationalitäten unter dem Gesichtspunkt der Sicherung des eigenen Lebens für die Tschechen, und dass diese Autonomie sich im Rahmen der für das deutsche Gesamtreich im Kriege bestehenden Notwendigkeiten halten musste, ist klar.

F: Ich möchte nun die einzelnen Punkte der tschechischen Anklageschrift oder besser des tschechischen Berichtes, der der Anklage zugrundeliegt, behandeln. Es wird in demselben behauptet, dass die Pressefreiheit jeder Behörde unterdrückt worden wäre. Ist das richtig und welche Rolle hat hinsichtlich der Behandlung der Presse Herr von Gregory gespielt?

A: Herr von Gregory war Presseattaché bei der deutschen Gesandtschaft in Prag gewesen und unterstand dem Propagandaministerium. Er kam dann als Leiter meiner Presseabteilung zu meiner Behörde und kontrollierte die tschechische Presse nach den Weisungen des Propagandaministeriums in Berlin. Die tschechische Presse war sicher nicht frei, genau so wenig wie die deutsche. Die Auflagenkontrolle und andere Bestimmungen, insonderheit die Zensurbestimmungen waren die gleichen.

F: Der tschechische Anklagebericht erhebt dann weiter den Vorwu dass örtliche tschechische Verwaltungsbehörden vielfach aufgelöst worden seien und dann zum Teil mit Beamten und Gemeinderäten durchsetzt worden, die deutsch oder tschechisch kollaboratistisch gewes wären. Ist das richtig?

A: Das sind Gemeinden mit einer erheblichen deutschen Minderhei vor allem in Mähren. Dass diese auch eine Vertretung in der Lokalverwaltung erhielten, scheintmir selbstverständlich. Prag hatte z Beispiel einen tschechischen Bürgermeister und einen deutschen Viz bürgermeister. Dagegen dürfte kaum etwas einzuwenden sein. Soweit die Ambition der Deutschen in einzelnen Städten oder Bezirken auf Mitwirkung in der Lokalverwaltung ein Ausmass annahm, das durch ih zahlenmässige Stärke nicht berechtigt erschien, habe ich mich ein

H0383-0006

schaltet und dies abgelehnt. In den Gereindeverwaltungen rein tschechischer Gebiete, wie zum Beispiel in Westböhmen, gab es im allgemeinen überhaupt keine deutschen Vertreter. Andererseits gab es Sprachinseln, wie zum Beispiel die Gegend von Iglau, wo die Deutschen an Zahl und deshalb auch an Einfluss dominierten.

F: Der tschechische Anklagebericht macht Ihnen zum Vorwurf, Sie hätten auf diese Weise und durch die Einsetzung der Oberlandräte die tschechische Verwaltung germanisiert und bezieht sich dafür auf eine angebliche Äusserung, die Sie dem früheren Landespräsidenten von Böhmen Bienert gegenüber gemacht haben sollen, indem Sie erklärten, "dass doch in zwei Jahren alles verdaut sei."

A: An eine solche Äusserung kann ich mich nicht erinnern. Ich kann mir auch garnicht vorstellen, sie getan zu haben. Es handelt sich in diesem Punkt um die Angleichung der tschechischen an die deutsche Verwaltung. Die Oberlandräte sind nicht von mir eingesetzt worden, sondern wurden als Kontrollinstanz von der Reichsregierung und zwar durch die Verordnung vom 1. September 1939, betreffend den Aufbau der deutschen Verwaltungen und der Sicherheitspolizei geschafft. Ich habe den Oberlandräten, wenn sie zum Vortrag bei mir erschienen immer wieder eingeschärft, dass sie nicht selbst zu verwalten hätten, sondern lediglich zu kontrollieren. Die tschechische Verwaltungsmethode sei vielfach viel besser als die deutsche.

F: Ich darf hierzu Bezug nehmen auf die unter Nr. 149 meines Dokumentenbuches im Text vorgelegte Verordnung über den Aufbau der Verwaltung und die deutsche Sicherheitspolizei vom 1. September 1939, in deren Paragraphen 5 und 6 die Einsetzung und die Aufgabe dieser Oberlandräte mehr umschrieben sind. Eine Zitierung derselbe dürfte sich wohl erübrigen.

Die tschechische Anklage enthält weiter eine Aussage von Herrn Bienert, Sie hätten ihm zur Frage der Koordinierung der tschechischen Verwaltung eine Äusserung gemacht, dem Sinne nach, "das muss streng durchgeführt werden, es ist ja Krieg". Gleichzeitig erklärt Bienert in seiner Vernehmung, der Zweck dieser Massnahme, d. h.,

H0383-0007

der Koordinierung der tschechischen und deutschen Verwaltung sei gewesen, Deutschland im Kriege ein ruhiges Hinterland zu sichern.

Wollen Sie sich bitte auch hierzu äussern?

A: Es ist möglich, dass ich Bienert etwas ähnliches gesagt habe. Ich kann mich darauf heute nicht mehr erinnern. Es ist aber auch selbstverständlich, dass auf dem Gebiet der Verwaltung und auf jedem anderen auch das Protektorat im Zeichen der Kriegsnotwendigkeiten stand, Einschränkungen der Autonomie bei der tschechischen Landesverwaltung sind auch nur unter diesem Gesichtspunkt zu verstehen. Dass es mein Bestreben war, das Land im Interesse des Reiches und damit der Gesamtheit ruhig zu halten, kann mir wohl kaum zum Vorwurf gemacht werden. Im übrigen muss ich bemerken, dass die Einführung von Beschränkungen der Autonomie bereits in dem Erlass über die Errichtung des Protektorats ausdrücklich vorgesehen war.

A: Ich darf hierzu auf den Inhalt meines Dokumentenbuches unter Nr. 144, Dokument Nr. 5, hinweisen. Dieser Befehl des Führers und Reichskanzlers befindet sich in diesem Dokument. Er behandelt das Protektorat Böhmen und Mähren, datiert vom 16.3.39. In diesem Dokument ist unter Artikel 11 Gesetz und Ordnung niedergelegt und das Recht vorbehalten, dass das Reich die Zweigverwaltungsstellen des Protektorats in eigene Verwaltung übernimmt.

F: Die tschechische Anklage bezieht sich dann weiter auf eine Aussage des früheren tschechischen Ministers Havelka über die Verfolgung der Mitglieder der tschechischen Legionäre aus dem ersten Weltkrieg, soweit sie in öffentlichen Ämtern gewesen sind. Was können Sie uns über diese Frage der Legionäre sagen?

A: Die tschechische Legion war während des ersten Weltkrieges in Russland gegründet worden. Sie setzte sich zusammen zum Teil aus Freiwilligen, zum Teil aus Resten tschechischer Legionäre, die zur alten österreichisch-ungarischen Armee gehört hatten und in Russland kriegsgefangen waren. Diese tschechischen Legionäre genossen nach der Gründung der tschechischen Republik eine gewisse Sonderstellung. Sie waren zum Teil stark von chauvinistischen Ressentiments gegen das Deutsche Reich noch aus der Zeit der Nationalitäten,

H0383 - 0008

kämpfe erfüllt, sodass die sogennnnte legionäre Mentalität in Böhme: ein Schlagwort war und in politisch unruhigen Zeiten eine gewisse Gefährdung der Politik bedeuten konnte. Diese Vorzugsstellung, die die Legionäre genossen, wurde übrigens im Protektorat selbst weitgehend bekämpft von tschechischer Seite. Es wurde daher insbesonder von Franck angestrebt, die Legionäre aus den öffentlichen Ämtern zu entfernen. Dies ist aber nur in besonders krassen Fällen und auch nur insoweit erfolgt, als diese Legionäre der tschechischen Legion seinerzeit freiwillig beigetreten waren, also nicht aus Mitgliedern der früheren österreichisch-ungarischen Armee bestanden. Ich habe von vornherein diese Unterscheidung vertreten, die ungefähr der Stellung entspricht oder der Unterscheidung entspricht, die heute zwischen den freiwilligen Angehörigen der SS und der Waffen-SS in Deutschland gemacht ist.

F: Die tschechische Anklage macht Ihnen ferner die Unterstützung der tschechisch-faschistischen Organisation zum Vorwurf. Sie bezieh sich hierfür auf ein Memorandum, das Sie selbst über eine Besprechung mit Hacha, den Präsidenten der Tschechoslowakei am 26. März 1940 gemacht haben. Nach diesem Memorandum haben Sie Hacha gesagt, die persönlichen und moralischen Qualitäten der V l a y k a - Führer wären Ihnen hinreichend bekannt, immerhin aber mussten Sie konstatieren, dass diese Bewegung, diese Organisation die einzige sei, welche sich positiv zum Deutschen Reich und zur Mitarbeit mit diesem gestellt hätte. Was hat es hiermit für eine Bewandtnis?

A: Die V l a y k a - Bewegung war das, was in Frankreich die Collaboratisten genannt wurden. Sie arbeitete für eine deutsch-tschechische Zusammenarbeit und bestand schon lange ehe das Protektorat errichtet wurde. Ihre Führer waren aber nach meiner Auffassung durchaus zweifelhafte Persönlichkeiten, wie ich es mit dem oben zitierten Wort an Hacha zum Ausdruck gebracht habe. Sie bedrohten und beschimpften unter anderem den Präsidenten Hacha und Mitglieder der tschechischen Regierung. Der Staatssekretär Franck kannte diese Leute von früher her und wollte sie schon unter Berücksichtigung der damaligen Zusammenarbeit mit ihm unterstützen. Ich

H0383-0009

habe das aber abgelehnt, ebenso wie die verschiedenen Anträge dieser Leute, von mir empfangen zu werden.

Dagegen ist es möglich, dass Franck sie aus einem Fonds unterstützt hat, der ihm von Hitler ohne mein Wissen und zwar mit der Verpflichtung, mir nichts davon zu sagen, gegeben worden war.

F: Wie stellten Sie sich nun zur Auflösung der politischen Parteien und der Gewerkschaften?

A: Dies war ebenso wie die Kontrolle der Presse eine Notwendigkeit, die sich aus dem System, aus dem politischen System des Reiches ergab. Immerhin ist durch den Schritt des Präsidenten Hacha und trotz der von deutscher Seite getroffenen Massnahmen kein Land so wenig von den Leiden des Krieges betroffen worden als das Protektorat. Dem tschechischen Volk ist als einzigem in Mittel= und Osteuropa die völkische, kulturelle und wirtschaftliche Substanz fast im ganzen Umfange erhalten geblieben.

F: Ich gehe zu dem Punkt der Anklage über, der sich mit einer angeblichen kulturellen Unterdrückung befasst. Was können Sie zu der Handhabung des tschechischen Bildungswesens sagen?

A: Die tschechischen Universitäten und sonstigen Hochschulen sind, wie bereits vorhin erwähnt, im November 1939 auf Befehl Hitlers geschlossen worden. Ich habe mich immer wieder auf Wunsch des Präsidenten Hacha und der Protektoratsregierung bei Hitler direkt für eine Wiedereröffnung eingesetzt. Ich hatte aber bei der dominierenden Stellung, die Herr Himmler hatte, keinen Erfolg. Die Folge der Schliessung der Universitäten war natürlich, dass eine grosse Zahl von jungen Menschen, die sonst studiert hätten, sich jetzt manuelle Arbeit suchen mussten. Die Schliessung der Hochschulen musste sich auch auf das mittlere Schulwesen auswirken. Dieses war aber nach der Abtrennung des Sudetenlandes im Herbst 1938 an sich schon sehr stark übersetzt, weil die gesamte tschechische Intelligenz aus diesem Gebiet in das tschechische Sprachgebiet, also das spätere Protektorat zurückgekehrt war. Für die Jugend aus den Mittelschulen war deshalb kaum mehr eine Beschäftigung vorhanden. Es ist umgekehrt die Erscheinung, die sich jetzt in Deutschland ab-

H0383 - 0010

spielt. Von einer Schliessung tschechischer Volksschulen und von sonstigen planmässigen Bemühungen der tschechischen Jugend, ihre kulturelle Freiheit und deren Ausbildungsmöglichkeiten zu beschränken, ist mir nichts bekannt.

F: Haben Sie selbst die von Hitler befohlene Schliessung der tschechischen Hochschulen gebilligt?

VORSITZENDER: Er sagte, dass er versuchte einzuschreiten und Hitler's Befehle zu beseitigen.

DR.V.LÜDINGHAUSEN: Wenn dem Gericht das genügt, braucht er die Frage nicht weiter zu beantworten.

VORSITZENDER: Glauben Sie nicht, dass das genügt?

DR.V.LÜDINGHAUSEN: Ja, ich wollte das nur noch einmal schärfer ausgedrückt haben: aber wenn das dem Gericht genügt, so würde es mir vollkommen genügen.

VORSITZENDER: Er braucht es doch nicht zweimal zu sagen.

DR.V.LÜDINGHAUSEN: Ich habe es nur als Zusatz gedacht, Herr Vorsitzender, aber ich bin zufrieden.

DURCH DR.V.LÜDINGHAUSEN:

F: Ist Ihnen etwas von einem angeblichen in dem tschechischen Bericht erwähnten Plan bekannt, aus den Tschechen einen Haufen Arbeiter zu machen und sie ihrer geistigen Elite zu berauben?

A: Nein, das kann höchstens ein Irrsinniger gewesen sein, der so etwas gesagt hat.

F: Die tschechische Anklageschrift bezw. tschechische Anklagebehörde behauptet nun, dass durch Ihre Behörde bezw. unter Ihrer Duldung und Gutheissung Zerstörungen und Plünderungen der tschechischen wissenschaftlichen Institute erfolgt waren. Auf Seite 58 des deutschen Textes, Seite 55 des englischen Berichtes der englischen Ausgabe des Berichts USSR 60 heisst es:

"Die Deutschen besetzten alle Hochschulen und Wissenschaftlicher Institute. Sie bemächtigten sich sofort der wertvollen Apparate, Instrumente und wissenschaftlichen Einrichtungsgegenständen in den besetzten Instituten. Die wissenschaftlichen Bibliotheken wurden systematisch und methodisch geplündert. Wissenschaftliche Bücher

H0383 - 0011

und Filme wurden zerissen oder fortgebracht. Die Archive des Akademischen Senats, der höchsten Universitätsbehörde wurden zerissen oder verbrannt und die Karthotheken zerstört und in alle Winde zerstreut."

Was können Sie uns dazu sagen?

A: Ich kann dazu nur sagen, von Plünderungen und Zerstörungen der geschilderten Art ist mir weder in Prag noch nachher etwas bekannt geworden. Die tschechischen Hochschulen-Institute sind zusammen mit den Universitäten auf Befehl Hitler's im Jahr 1939 geschlossen worden. Die Gebäude und Einrichtungen der Prager tschechischen Universität sind teilweise, soviel ich weiss, für die Zwecke der seinerzeit von Tschechen geschlossenen deutschen Universität zur Verfügung gestellt worden, da sie für tschechische wissenschaftliche Zwecke nach Schliessung der Hochschulen ja nicht mehr Verwendung hatten.

F: Ist Ihnen überhaupt etwas darüber bekannt ---

VORSITZENDER: Ich habe diese Antwort dahin verstanden. "Die Gebäude wurden zum Teil deutschen Universitäten zur Verfügung gestellt, die von den Tschechen geschlossen worden sind."

DER ZEUGE: In Prag. In Prag existierte die älteste deutsche Universität; die war von den Tschechen nach dem letzten Krieg geschlossen worden und nach der Gründung des Protektorats wieder eröffnet und für diese deutsche Universität wurden, soviel ich weiss, teilweise diese Einrichtungen und Gebäude verwendet.

VORSITZENDER: Setzen Sie fort.

DURCH DR.V.LÜDINGHAUSEN:

F: Ist Ihnen sonst überhaupt etwas über das Fortbringen von wissenschaftlichen Einrichtungen, Sammlungen, Kunstwerken und dergleichen bekannt geworden?

A: Der einzige Fall, der mir bekannt geworden ist, ist betreff der Fortschaffung von historisch wertvollen alten Goubelins aus dem Maltese-Palais in Prag. Diese wurden durch einen Angehörigen des Auswärtigen Amtes in Berlin angeblich auf Weisung des Protokollchefs weggeschafft und zwar nachts heimlich und ohne mein oder mei

H0383 - 0012

ner Behörde Wissen. Ich habe mich sofort, als ich davon erfuhr, beim Auswärtigen Amt anstellig gemacht und die sofortige Rückgabe verlangt. Ob dies erfolgt ist, weiss ich nicht, das war erst im Jahre 1941 und inzwischen hatte ich Prag verlassen.
Von sonstigen Vorfällen weiss ich nichts. Im übrigen habe ich durch ein besenderes Verbot die Verbringung von Kunstwerken aus dem Protektorat nach dem Reich verboten.

DR.V.LÜDINGHAUSEN: Ich darf hierzu vorlegen einen Auszug aus der Vernehmung des früheren Staatssekretärs Frank vom 10. Juni 1945. Es ist dies Nr. 154 meines Dokumentenbuches V und darf bitten, von dieser Aussage Kenntnis zu nehmen.

DURCH DR.V.LÜDINGHAUSEN:

F: Was ist nun aus den Möbeln und Kunstwerken aus tschechischen Staatsbesitz geworden, die zur Einrichtung des von Ihnen als Dienstwohnung bewohnten Czernin-Palais in Prag gehörten?

A: Diese Wohnung war die Dienstwohnung des tschechischen Aussenministers. Die zum Teil wertvollen Einrichtungsgegenstände gehörten dem tschechischen Staat. Da über diese Gegenstände keinerlei Inventar vorhanden war, habe ich vor meinem Einzug in diese Wohnung im Herbst 1939 unter Hinzuziehung des tschechischen Direktors, Professor Strecki, ein genaues Inventar aufstellen lassen, von dem ein Exemplar bei meiner Behörde und eines bei der Burgverwaltung hinterlegt wurde. Nach meinem Weggang von Prag im Herbst 1941 liess ich durch meinen früheren Haushofmeister wiederum in Gegenwart eines Vertreters der Burgverwaltung, des Professors Strecki, ein Protokoll aufnehmen, dass die in dem vorerwähnten Inventar aufgeführten Gegenstände noch vorhanden seien.

VORSITZENDER: Ich glaube nicht, dass wir Einzelheiten über das Inventar brauchen, aber es ist eine Sache, die ich gerne wissen möchte. Die Übersetzung lautete, dass es im Herbst 1938 gemacht wurde, ist das richtig?

DER ZEUGE: 1939. Ich wollte nur noch erwähnen, dass von diesen Sachen von mir selbstverständlich nichts weggenommen wurde.

H0383 - 0013

DURCH DR. V. LÜDINGHAUSEN:

F: Ein anderer Punkt der tschechischen Anklageschrift befasst sich mit der Beschlagnahme der sogenannten Masaryk-Häuser in verschiedenen Städten und mit der Zerstörung Denkmäler Masaryk's und anderer Persönlichkeiten der tschechischen Geschichte.
Was wissen Sie darüber?

A: Während meiner Amtstätigkeit sind einige dieser Masaryk-Häuser als Zentrum der antideutschen Hetze von der Polizei geschlossen worden. Die Zerstörung oder Entfernung von Masaryk= oder anderen tschechischen National-Denkmälern habe ich ausdrücklich verboten gehabt. Ausserdem habe ich die Kranzniederlegung am Grabe Masaryk's in Lanyi die Frank verboten hatte, ausdrücklich erlaubt. Die fand auch im grossen Umfange statt.

F: Es wird nun weiter behauptet, dass die tschechische Literatur in weitestem Masse geknebelt und unterdrückt worden wäre?

A: Druck und Verbreitung antideutscher tschechischer Literatur war selbstverständlich verboten, ebenso, wie die weitere Verbreitung von englischen und französischen Werken auch im ganzen Reich während des Krieges verboten war. Die Behandlung dieser Materie erfolgte übrigens auf direkte Weisung des Propagandaministeriums. Es gab aber während meiner Amtstätigkeit noch sehr zahlreiche tschechische Verlage und Buchhandlungen, die Werke tschechischer Autoren nach wie vor in grossem Umfange herstellten und verbreiteten. Die Auswahl an tschechischen Büchern jeder Art in den Buchhandlungen, war wesentlich grösser, als die an deutschen Werken.

F: Konnte man denn überhaupt von einer Unterdrückung des tschechischen Bildungswesens, von Theatern, Kinos und so weiter, sprechen, wie es die Anklage tut?

A: Von einer Beschränkung der tschechischen Kulturautonomie war, abgesehen von der Hochschulfrage, keine Rede. In Prag spielte ständig eine grosse Anzahl von grossen tschechischen Theatern jeder Art, insbesondere die rein tschechische Oper und mehrere Schauspieltheater. Dagegen gab es nur ein ständiges deutsches Theater, das täglich spielte. Es wurde fortgesetzt eine grosse Anzahl tschechischer Thea-

H0383 – 0014

terstücke und Opern gespielt. Das Gleiche galt von der Musik. Die berühmte tschechische Philharmonie in Prag spielte in erster Linie tschechische Musik und war absolut frei im Programm.

VORSITZENDER: Wiederum, Dr. Lüdinghausen, muss ich Ihnen mitteilen, dass wir nicht Einzelheiten brauchen. Der Angeklagte hat gesagt, dass Theaters und Kinos gestattet waren und, dass nur ein deutsches Theater da war. Wir wollen darüber keine weiteren Einzelheiten.

DR.V.LÜDINGHAUSEN: Ich habe es nur getan, weil gerade dieser Punkt in der Anklageschrift ziemlich ausführlich behandelt worden ist.

DURCH DR.V.LÜDINGHAUSEN:

F: Und wie war es mit der Film-Industrie, Herr v. Neurath?

A: Das war dasselbe, die war besonders aktiv sogar.

F: Ich möchte nun übergehen zu der angeblichen Unterdrückung der religiösen Freiheit, die Ihnen in der tschechischen Anklageschrift vorgeworfen wird. Die Anklageschrift spricht hier von einer Welle der Verfolgungen der Kirchen, die bereits gleich mit der Besetzung der deutschen Truppen begonnen hätte. Wie verhält es sich damit?

A: Von einer planmässigen Verfolgung der Kirchen kann gar keine Rede sein. Die Bevölkerung war in ihrer Religionsübung völlig frei. Beschränkungen dieser Art hätte ich auf gar keinen Fall geduldet. Der frühere Unterstaatssekretär v. Burgsdorff hat über diesen Punkt ja hier schon ausgesagt. Dass in vereinzelten Fällen Wallfahrten oder besondere Prozessionen von der Poliezi verboten wurden sind, mag zutreffen, obwohl ich mich nicht genau daran erinnere. Das ist aber dann lediglich unter den Gesichtspunkt geschehen, dass bestimmte Wallfahrten mit vielen Tausenden von Teilnehmern zu politischen Demonstrationen ausgenützt wurden, bei denen antideutsche Ansprachen gehalten wurden. Das war jedenfalls mehrfach vorgekommen, wie mir bekannt wurde. Dass auch eine Reihe von Geistlichen verhaftet wurden, insbesondere bei der erwähnten Aktion zu Beginn des Krieges, trifft zu. Diese Verhaftungen sind aber nicht erfolgt, weil es sich um Geistliche handelte, sondern um aktive politische

H0383 - 0015

Gegner oder um politisch Verdächtige. Gerade in solchen Fällen habe ich mich besonders nachdrücklich für ihre Freilassung eingesetzt. Meine persönlichen Beziehungen zu dem Prager Erzbischof waren durchaus korrekt und freundschaftlich. Er und der Erzbischof von Olmütz haben sich, wie ich mich noch genau erinnere, ausdrücklich für mein Einschreiten zu Gunsten der Kirche, bedankt. Jede Massnahme der Religionsausübung der Juden habe ich verhindert. Die Synagogen waren bis zu meinem Weggang im Herbst 1941 alle geöffnet.

F: Im Anschluss an das Letzte, möchte ich gleich noch eine Frage über die Stellung der Juden im Protektorat an Sie stellen. Was können Sie uns darüber sagen?

A: Die Rechtstellung der Juden musste auf Weisung von Berlin der im Reich angeglichenewerden. Die Weisung darüber war bereits Anfang April 1939 an mich ergangen. Durch allerlei Rückfragen in Berlin habe ich versucht und es auch fertiggebracht, dass die Inkraftsetzung der Gesetze bis Juni 1939 verhindert wurde, um auf diese Weise den Juden die Möglichkeit zu geben, sich auf die drohende Einführung der Gesetze vorzubereiten. Die sogenannten "Nürnberger Gesetze" wurden dann auch im Protektorat eingeführt. Die Juden wurden damit aus dem öffentlichen Leben und aus leitenden Stellen in der Wirtschaft ausgeschaltet. Verhaftungen in grösserem Umfange haben jedoch nicht stattgefunden. Es sind auch Ausschreitungen gegen Juden bis auf Einzelfälle nicht vorgekommen. Das Lager in Theresienstadt ist erst lang nach meiner Zeit eingerichtet worden, ebenso, wie ich auch die Anlegung von sonstigen Konzentrationslagern im Protektorat verhindert habe.

H0383 - 0016

Gegner oder um politisch Verdächtige. Gerade in solchen Fällen habe ich mich besonders nachdrücklich für ihre Freilassung eingesetzt. Meine persönlichen Beziehungen zu dem Prager Erzbischof waren durch aus korrekt und freundschaftlich. Er und der Erzbischof von Olmütz haben sich, wie ich mich noch genau erinnere, ausdrücklich für mein Einschreiten zu Gunsten der Kirche, bedankt. Jede Massnahme der Religionsausübung der Juden habe ich verhindert. Die Synagogen waren bis zu meinem Weggang im Herbst 1941 alle geöffnet.

F: Im Anschluss an das Letzte, möchte ich gleich noch eine Frage über die Stellung der Juden im Protektorat an Sie stellen. Was können Sie uns darüber sagen?

A: Die Rechtstellung der Juden musste auf Weisung von Berlin der im Reich angeglichenewerden. Die Weisung darüber war bereits Anfang April 1939 an mich ergangen. Durch allerlei Rückfragen in Berlin habe ich versucht und es auch fertiggebracht, dass die Inkraftsetzung der Gesetze bis Juni 1939 verhindert wurde, um auf diese Weise den Juden die Möglichkeit zu geben, sich auf die drohende Einführung der Gesetze vorzubereiten. Die sogenannten "Nürnberger Gesetze" wurden dann auch im Protektorat eingeführt. Die Juden wurden damit aus dem öffentlichen Leben und aus leitenden Stellen in der Wirtschaft ausgeschaltet. Verhaftungen in grösserem Umfange haben jedoch nicht stattgefunden. Es sind auch Ausschreitungen gegen Juden bis auf Einzelfälle nicht vorgekommen. Das Lager in Theresienstadt ist erst lang nach meiner Zeit eingerichtet worden, ebenso, wie ich auch di Anlegung von sonstigen Konzentrationslagern im Protektorat verhindert habe.

H0383 - 0017

DURCH DR. VON LUEDINGHAUSEN:

F: Die tschechische Anklage macht Ihnen nun die Durchfuehrung judenfeindlicher Massnahmen persoenlich zum Vorwurf. Sie behauptet, dass Sie zunaechst die tschechische Regierung, also die autonome Regierung, mit der Durchfuehrung der Judengesetze beauftragt haetten, und nachdem sich der Ministerpraesident Elias geweigert habe, dies zu tun, dann selbst die entsprechenden Massnahmen getroffen haetten.

A: Wie ich eben erwaehnt habe, erfolgte die Einfuehrung der Judengesetze auf direkte Weisung von Hitler, beziehungsweise der zustaendigen Stelle in Berlin. Die Darstellung - - -

VORSITZENDER: (unterbrechend): Herr Dr. von Luedinghausen, warum behandeln Sie das alles noch einmal. Der Angeklagte hat ausgesagt, dass es ihm gelungen war, die Gesetze bis Juni 1939 aufzuschieben, und dass dann die Nuernberger Gesetze eingefuehrt wurden. Er hat uns die verschiedenen Einschraenkungen gegeben, die er gemacht haben will. Und dann lesen Sie ihm den tschechoslowakischen Bericht vor und veranlassen ihn, alles das nochmals durchzugehen, so erscheint es mir. Es ist jetzt 11 Uhr 15.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Gut, lassen wir die Frage erledigt sein durch die erste Antwort.

Dann lassen wir auch die Beschlagnahmungsgeschichte weg.

DURCH DR. VON LUEDINGHAUSEN:

F:Die tschechische Anklage macht Ihnen weiter die Aufloesung der Organisationen "Y M C A" und Y W C A" und die Beschlagnahme ihres Eigentums zu Gunsten deutscher Organisationen zum Vorwurf.

A: Ich muss gestehen, dass ich von dieser Beschlagnahme keinerlei Erinnerung habe. Sollten die Aufloesungen und Beschlagnahmungen vor meinem Weggang erfolgt sein, so kann es sich hoechstens um eine Polizei-Massnahme gehandelt haben.

F: Die tschechische Anklage spricht dann weiter von der Vernichtung des tschechischen Wirtschaftslebens und von der systematischen Auspluenderung der tschechischen Rohstoffvorraete und macht auch Ihnen daraus einen Vorwurf. Wie verhaelt es sich damit ?

A: Mit der Errichtung des Protektorates kam auch die tschechische Wirtschaft automatisch beinahe in die gesamtdeutsche Wirtschaft. Der Export, fuer

H0383 – 0018

DURCH DR. VON LUEDINGHAUSEN:

F: Die tschechische Anklage macht Ihnen nun die Durchfuehrung judenfeindlicher Massnahmen persoenlich zum Vorwurf. Sie behauptet, dass Sie zunaechst die tschechische Regierung, also die autonome Regierung, mit der Durchfuehrung der Judengesetze beauftragt haetten, und nachdem sich der Ministerpraesident Elias geweigert habe, dies zu tun, dann selbst die entsprechenden Massnahmen getroffen haetten.

A: Wie ich eben erwaehnt habe, erfolgte die Einfuehrung der Judengesetze auf direkte Weisung von Hitler, beziehungsweise der zustaendigen Stelle in Berlin. Die Darstellung - - -

VORSITZENDER: (unterbrechend): Herr Dr. von Luedinghausen, warum behande Sie das alles noch einmal. Der Angeklagte hat ansgesagt, dass es ihm gelungen war, die Gesetze bis Juni 1939 aufzuschieben, und dass dann die Nuernberger Gesetze eingefuehrt wurden. Er hat uns die verschiedenen Einschraenkungen gegeben, die er gemacht haben will. Und dann lesen Sie ihm den tschechoslowakischen Bericht vor und veranlassen ihn, alles das nochmals durchzugehen, so erscheint es mir. Es ist jetzt 11 Uhr 15.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Gut, lassen wir die Frage erledigt sein durch die erste Antwort.

Dann lassen wir auch die Beschlagnahmungsgeschichte weg.

DURCH DR. VON LUEDINGHAUSEN:

F:Die tschechische Anklage macht Ihnen weiter die Aufloesung der Organisationen "Y M C A" und Y W C A" und die Beschlagnahme ihres Eigentums zu Gunsten deutscher Organisationen zum Vorwurf.

A: Ich muss gestehen, dass ich von dieser Beschlagnahme keinerlei Erinnerung habe. Sollten die Aufloesungen und Beschlagnahmungen vor meinem Weggang erfolgt sein, so kann es sich hoechstens um eine Polizei-Massnahme gehandelt haben.

F: Die tschechische Anklage spricht dann weiter von der Vernichtung des tschechischen Wirtschaftslebens und von der systematischen Auspluenderung der tschechischen Rohstoffvorraete und macht auch Ihnen daraus einen Vorwurf. Wie verhaelt es sich damit ?

A: Mit der Errichtung des Protektorates kam auch die tschechische Wirtschaft automatisch beinahe in die gesamtdeutsche Wirtschaft. Der Export, fuer

H0383-0019

den die tschechische Industrie in sehr erheblichem Masse gearbeitet hatte, fiel fuer die Folge des Krieges weg, das heisst, er verwandelte sich nun in einen Export nach dem Reich. Die tschechische Schwerindustrie, besonders die Skoda-Werke und die Waffen-Industrie, wurde als direkte Kriegsindustrie durch den Bevollmaechtigten des Vierjahresplanes zur Verstaerkung der deutschen Ruestung eingesetzt.

Ich habe mich, besonders anfangs, bemueht, einen Ausverkauf des Protektorats, der zu Lasten der Bevoelkerung gegangen waere, zu vermeiden. Ein wirksames Mittel dazu war die Beibehaltung der Zollgrenze zum Reich. Nach heftigen Kaempfen mit den Berliner Wirtschafts-Ressorts gelang es mir, die bereits in dem Erlass vom 16. Maerz 1939 aufgehobene Zollgrenze bis zum Oktober 1940, also noch 1 1/2 Jahre nach der Protektorats-Errichtung, aufrechtzuerhalten. Es wird, glaube ich, auch der Vorwurf erhoben, dass ich fuer die Wegnahme von Rohstoffen und dergleichen verantwortlich sei. Dazu kann ich nur sagen, dass fuer solche Massnahmen die Behoerde des Beauftragten fuer den Vierjahresplan allein massgebend war.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Ich darf in diesem Zusammenhang auf den bereits vorgelegten Erlass vom 16. Maerz 1939, Nr. 144 meines Dokumentenbuches Nr. 5, und in diesem auf Artikel 9 hinweisen.

DURCH DR. VON LUEDINGHAUSEN:

F: Es wird Ihnen nun weiter zur Last gelegt, und Ihnen ein Vorwurf daraus gemacht, dass im Waehrungsverhaeltnis von der Tschechenkrone zur Mark ein Satz von 10 : 1 bestimmt worden ist, weil dadurch ein Ausverkauf der Tschechoslowakei beguenstigt worden sein soll.

Sind Sie fuer die Einfuehrung dieses Wechselkurses verantwortlich ?

A: Nein. In dem Erlass ueber die Errichtung des Protektorats vom 16. Maerz 1939, an dem ich in keiner Weise beteiligt war, ist bereits bestimmt, dass der Wechselkurs von der Reichsregierung bestimmt werden sollte. Soviel ich weiss, war der gleiche Kurs schon vor der Angliederung des Sudetenlandes an das Reich, und erst recht nachher, an der Boerse und im Verkehr ueblich. Es musste ja ein offizieller Kurs festgesetzt werden, und das ist durch diesen Erlass der von den Berliner Behoerden erging, geschehen.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Ich darf hierzu auch auf den eben zitierten Erlass vom 16. Maerz Nr. 144 meines Dokumentenbuches Nr. 5 und zwar auf Artikel 10

H0383-0020

hinweisen, worin gesagt ist; "Das Verhaeltnis beider Waehrungen, der tschechoslowakischen und der deutschen zueinander, bestimmt die Reichsregierung."

DURCH DR. VON LUEDINGHAUSEN:

F: Es wird Ihnen weiter im tschechischen Bericht ein Vorwurf daraus gemacht, dass angeblich sogar Schienen aus dem tschechischen Eisenbahnnetz ausgebaut und nach Deutschland verbracht worden sein sollen.
Wissen Sie etwas darueber ?

A: Davon weiss ich nihhts; ich halte das auch fuer absolut irrtuemlich. Ich weiss nur, dass im Jahre 1940 zwischen der Reichsbahn und der tschechischer Staatsbahn Verhandlungen wegen leihweiser Ueberlassung von Eisenbahnwaggons und Lokomotiven gegen Leihgebuehr gefuehrt wurden.Aber die Vorbedingung ist auc hier gewesen, dass diese fuer den Verkehr im Protektorat entbehrlich waren. Im uebrigen unterstand die Bahn im Protektorat nicht meiner Aufsicht, sondern dem Berliner Verkehrsministerium direkt.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Ich verweise hierzu auf Artikel 8 des eben erwaehnten Erlasses in Nr. 144 meines Dokumentenbuches 5.

DURCH DR. VON LUEDINGHAUSEN:

F:Es wird nun weiter behauptet, dass der Reichskommissar bei der Prager Nationalbank alle Auslandszahlungen eingestellt, und allen Gold- und Devisenbestand der Nationalbank beschlagnahmt hatte. Hatten Sie damit irgend etwas zu tun ?

A: Damit hatte ich gar nichts zu tun. Der Reichskommissar fuer die Prager Nationalbank war direkt von der Reichsbank in Berlin, beziehungsweise wohl von dem Finanzministerium eingesetzt, und bekam von dort seine Weisungen.

F: Die tschechische Anklageschrift behauptet ferner, dass Sie die Schuld truegen, beziehungsweise mitverantwortlich seien an der angeblichen Enteignung tschechischer Bank- und Industrie- Unternehmungen durch die deutsche Wirtschaf

A: Die deutschen Banken und zum Teil auch die deutsche Industrie hatte lediglich ein Interesse daran, in der Wirtschaft des Protektorats Fuss zu fass Das war allerdings auch schon vor Errichtung des Protektorats der Fall. Es lag ja nahe, dass vor allem die deutschen Grossbanken die Gelegenheit benutzten, tschechische Aktienpakete zu erwerben, und auf diese Weise ging die Majoritaet zweier tschechischer Banken mit ihren Industrie-Interessen auf

wirtschaftlich durchaus gerechte Art in deutsche Haende ueber.

Bei der erwaehnten, ich glaube im tschechischen Bericht erwaehnten, Unionbank, die von der Deutschen Bank uebernommen wurde, weiss ich zufaellig, dass die Initiative nicht von deutscher Seite, sondern von der tschechischen Unionbank direkt ausging.

Aber weder von mir, noch von meiner Behoerde ist diese Entwicklung gefoerdert worden. Im uebrigen hatten diese Unternehmungen alle tschechische Generaldirektoren, und nur ganz vereinzelt kamen deutsche Beamte hinein. Der bei weitem groesste Teil aller gewerblichen Unternehmungen blieb auch nach wie vor rein tschechisch.

F: Wie hat es sich nun mit den angeblich von der Anklage behaupteten Zwangsmassnahmen gegen die tschechische Landwirtschaft verhalten? Koennen Sie uns darueber, Ihre Massnahmen und Einstellung etwas sagen ?

A: Dieses Kapitel gehoert in den Komplex der bereits erwaehnten Plaene von Partei und SS auf Germanisierung. Das Instrument dieser deutschen Siedlungspolitik sollte das tschechische Bodenamt sein, an sich eine tschechische Behoerde, die von der frueheren tschechischen Agrarreform immer noch vorhanden war. Das Bodenamt bekam zunaechst einen SS-Fuehrer durch Herrn Himmler als kommissarischen Leiter.

VORSITZENDER: Dr. von Luedinghausen, das Gericht wuenscht nicht diese Einzelheiten zu wissen. Der tschechoslowakische Bericht hat anscheinend Zwang in der Landwirtschaft behauptet. Der Angeklagte sagte, dass, wenn es ueberhaupt der Fall war, auf die SS zurueckzufuehren sei, und er damit nichts zu tun hatte. Was ist der Zweck, uns die ganzen Einzelheiten ueber die Geschichte der Landwirtschaft in der Tschechoslowakei zu geben? Sie muessen verstehen, dass das Gericht - - -

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Ich moechte das Eine sagen: Das Bodenamt, das sich nationalsozialistisch betaetigte, ist doch dann von den neuen Beamten besetzt worden nach langen Kaempfen. Darauf legte ich Wert, dass das auch herausgestellt wurde.

Herr Praesident, ich darf ueberhaupt etwas bemerken. Ich sagte gestern dass meine Hauptvernehmung noch eine Stunde dauere. Aber ich habe gestern, als ich die Sitzung verliess, noch ein Dokumentenbuch der Anklage vorgefunden, das mich dazu gezwungen hat, einzelne Fragen hier noch naeher zu eroertern. Und aus diesem

H0383-0021

H0383-0022

Grunde, den ich ja nicht voraussah, wird es etwas laenger dauern.

VORSITZENDER: Ich sage ja nichts ueber die Zeit im Moment. Warum wollen Sie darauf - ich weiss momentan nicht, wie das Wort heisst "Amt" so genau eingehen. Der Angeklagte sagt doch, er hat nichts damit zu tun gehabt?

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Doch, er hat insofern damit zu tun gehabt, als diese landwirtschaftlichen Interessen damit verbunden waren.

VORSITZENDER: Wenn er damit zu tun hatte, lassen Sie es ihm erklaeren. Ich dachte, er haette gesagt, dass die Partei und die SS dies getan haetten.

DR.VON LUEDINGHAUSEN: Ja, aber ueber und durch das Bodenamt, und das hat er verhindert.

DURCH DR. VON LUEDINGHAUSEN:

F: Vielleicht aeussern Sie sich ganz kurz dazu, Herr von Neurath.

A: Ich glaube, nach der Aussage des Herrn Praesidenten ist es nicht mehr notwendig. Ich habe tatsaechlich mit dem Bodenamt nichts mehr zu tun gehabt. Ich habe nur festgestellt, dass ein unerfreulicher Leiter der SS entfernt wurde.

F: Sind nun waehrend Ihrer Zeit als Reichsprotektor irgend welche Zwangsverschickungen von Arbeitern nach dem Reich erfolgt?

A: Nein. Ich will mich auch hier ganz kurz fassen. Zwangsarbeit ueberhaupt gab es, solange ich im Protektorat war, nicht. Es gab eine Notdienstverordnung der Protektoratsregierung der juengeren Maenner zur Beschaeftigung an dringenden Arbeiten in oeffentlichen Interesse im Protektorat. Zwangsweise Verschickungen von Arbeitern ins Reich sind zu meiner Zeit nicht vorgekommen. Dagegen haben sich freiwillig zahlreiche junge Leute zur Arbeit in Deutschland gemeldet, da die Arbeitsbedingungen und die Loehnung damals besser waren als im Protektorat.

F: Wie ist es nun - und das ist meine letzte Frage - zu Ihrer Amtsniederlegung, beziehungsweise Ihrem Ausscheiden aus dem Amte als Reichsprotektor gekommen?

A: Ich moechte zunaechst sagen, warum ich ueberhaupt solange geblieben bin, trotz aller dieser Vorkommnisse und Schwierigkeiten. Der Grund hierfuer war, weil ich der Ueberzeugung war, und auch heute noch bin, dass ich bleiben musste, solange ich dies ueberhaupt mit meinem Gewissen vereinbaren konnte, um zu

H0383-0023

verhindern, dass dieses Deutschland anvertraute Land endgueltig unter die Herrschaft der SS kommt. Alles das, was nach meinem Weggang im Jahre 1941 ueber das Land hereingebrochen ist, habe ich ja tatsaechlich durch meine Gegenwart verhindert, und wenn mein Wirken auch noch so beschraenkt worden war, ich glaube damit, durch mein Bleiben, nicht nur meinem Eigenen Lande, sondern auch gerade dem tschechischen Volk, einen Dienst erwiesen zu haben, und wuerde auch heute unter denselben Verhaeltnissen nicht anders handeln.

Ich glaubte im uebrigen, gerade im Krieg, einen so schwierigen und verantwortungsvollen Posten nur im aeussersten Falle verlassen zu duerfen. Die Mannschaft eines Schiffes geht auch nicht unter Deck und legt die Haende in den Schoss, wenn das Schiff in Seenot kommt.

Dass ich die Wuensche der Tschechen nicht hundertprozentig erfuellen konnte, das wird jeder verstehen, der einmal gezwungen war, praktisch Politik zu treiben, und nicht nur theoretisch.

Ich glaube also, dass ich durch mein Ausharren auf meinem Posten viel Leid verhindert habe, das nach meinem Weggang ueber das tschechische Volk gekommen ist. Dieser Ansicht waren uebrigens auch weite Kreise der tschechischen Bevoelkerung, wie ich aus zahlreichen Zuschriften entnehmen konnte, die nachher an mich ergangen sind.

F: Wie kam es nun zu Ihrem Ausscheiden, zu Ihrer Amtsniederlegung ?

- - - - - - - - - - - - - - -

A: Am 23. September 1941 bekam ich einen Telefonanruf Hitler's ich solle sofort zu ihm uns Hauptquartier kommen. Dort eroeffnete er mir, ich sei zu milde gegen die Tschechen, das koenne so nicht weitergehen. Er habe beschlossen, nunmehr scharfe Massnahmen gegen die tschechische Widerstandsbewegung zu ergreifen und zu diesem Zwecke den beruechtigten Obergruppenfuehrer Heydrich nach Prag zu schicken.

Ich habe mich nach Kraeften bemueht, ihn davon abzubringen, hatte aber keinen Erfolg. Darauf bat ich um meinen Abschied, da ich ein Wirken Heydrich's in Prag unter keinen Umstaenden verantworten wuerde.

Hitler verweigerte mir den Abschied, er gestand mir aber zu, auf Urlaub zu gehen. Ich flog nach Prag zurueck und am Tage darauf weiter in meine Heimat. Zur selben Stunde, als ich Prag verliess, war Herr Heydrich dort eingetroffen.

H0383 - 0024

Ich schrieb dann von zu Hause aus an Hitler und verlangte nochmals meinen sofortigen Abschied. Als ich trotz Mahnung keine Antwort erhielt, wiederholte ich mein Gesuch und erklaerte gleichzeitig, ich kehre auf gar keinen Fall nach Prag zurueck, ich haette mein Buero aufgeloest, und weigerte mich, weiter als Reichsprotektor zu wirken. Formell wurde ich erst im August 1943 von meinem Amt enthoben.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Herr Praesident, ich darf meine Vernehmung des Angeklagten von Neurath mit einem kurzen Zitat aus der tschechischen Anklage beenden.

VORSITZENDER: Einen Augenblick, wurde das bekanntgegeben, dass Sie auf Urlaub gegangen sind?

ZEUGE: Ja.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Das will ich eben zitieren, Herr Praesident. Es heisst in Dokument USSR-60:

"Als schliesslich in der zweiten Haelfte des September die unterirdischen tschechischen revoltierenden Kommittees mit Hilfe des B.B.C. einen erfolgreichen Boykottfeldzug gegen die deutsch-kontrollierte Presse begannen, ergriffen die deutschen Behoerden die Gelegenheit, um dem tschechoslowakischen Volk einen gehoerigen Hieb zu versetzen. Am 27. September 1941 brachte der Sender Prag folgende Nachricht: "Reichsminister Baron von Neurath, der Reichsprotektor von Boehmen und Maehren, hat es fuer noetig befunden, den Fuehrer um eine laengere Beurlaubung zur Wiederherstellung seiner zerruetteten Gesundheit zu bitten." Es heisst dann abschliessend:

"Unter diesen Umstaenden stimmte der Fuehrer dem Ansuchen des Reichsprotektors bei und beauftragte SS-Obergruppenfuehrer Heydrich fuer die Dauer der Krankheit des Reichsministers von Neurath mit der Fuehrung des Reichsprotektors von Boehmen und Maehren."

Damit ist meine Vernehmung beendet, Herr Praesident.

VORSITZENDER: Vom September 1941 bis Oktober 1943 haben Sie auf Ihrem eigenen Gut gelebt, oder wie war das ?

ZEUGE: Ja, Herr Praesident.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Herr Praesident, ich habe mein Hauptverhoer beendet.

VORSITZENDER: Das Gericht vertagt sich.

(Pause.)

VORSITZENDER: Wuenscht irgend ein Verteidiger Fragen an den Zeugen zu stellen ?

DR. KUBUSCHOK: (fuer den Angeklagten von Papen):

F: Ist Ihnen bekannt, dass Herr von Papen unmittelbar vor dem Austritt Deutschland's aus dem Voelkerbund Hitler nach Muenchen nachreiste, um ihm zum Bleiben im Voelkerbund zu veranlassen ?

A: Ja, das ist mir bekannt, ich habe ihn ja selbst dazu veranlasst.

F: Hat Herr von Papen waehrend seiner Vizekanzlerschaft im Jahre 1933 und 1934 im Kabinett gegen unerfreuliche Akte der deutschen Politik gegenueber Oesterreich, wie zum Beispiel, Einfuehrung der Tausend-Mark-Sperre, Einspruch erhoben ?

A: Ja, das ist von ihm und von anderen Ministern, und selbstverstaendlich auch von mir dauernd erfolgt.

F: Hat Hitler mit Ihnen darueber gesprochen, dass diese Haltung Papen's in der oesterreichischen Frage ihn mit dazu veranlasst hat, Herrn von Papen nach dem Dollfuss-Mord, die Wiener-Mission zu uebertragen ?

A: Ja, davon hat Hitler gesprochen.

F: Hat Hitler mit Ihnen darueber gesprochen, aus welchen Gruenden er das Schreiben vom 26. Juli 1934 an Papen gerichtet hat, in dem er dessen Entsendung nach Oesterreich bekanntgab ?

A: Ja, das hat sich so abgespielt: Als Hitler mir von seiner Absicht sagte, Papen nach Wien zu schicken, hat er ihm erwidert, um ihn dort ueberhaupt eine Resonanz zu geben, muesse er zunaechst mal nach den Vorgaengen des 30. Juni das Verhaeltnis Hitler-Papen klaeren, und zwar oeffentlich klaeren. Darauf duerfte dieser Brief, der hier vorgelesen wurde, zurueckzufuehren sein.

F: Im Jahre 1937 machten Sie der oesterreichischen Regierung einen Besuch, bei dem es zu Kundgebungen kam. Kamen diese Kundgebungen Ihnen und Herrn von Papen ueberraschend, lagen sie in Ihrem Sinne ?

A: Die Kundgebungen kamen mir voellig ueberraschend, besonders wegen ihres ungeheueren Umfanges. Angenehm waren sie mir keineswegs, denn sie warfen einen gewissen Schatten auf die Unterhaltung zwischen mir und Herrn von Schuschnigg.

F: Als letzte Frage: Vor der Bildung der Regierung Schleichers fand am 2. Dezember 1932 eine Kabinettsitzung statt. Papen war tags zuvor von Hindenburg

H0383 – 0025

H0383 - 0026

beauftragt worden, das Parlament zu beurlauben und eine neue Regierung zu bilden. Ist es richtig, dass hierueber Papen im Kabinett referierte und dass Schleicher als Reichswehrminister ihm gegenueber ausfuehrte, dass dies zu einem Buergerkrieg fuehren wuerde, und dass die Kraefte der Wehrmacht zu schwach seien, um diesen Buergerkrieg begegnen zu koennen ?

A: Ja, ich entsinne mich noch ganz genau dieses Vorganges, Wir alle waren etwas ueberrascht ueber diese Aeusserung von Schleicher; aber sie war so begruendet, dass man sie als richtig annehmen musste.

DR. KUBUSCHOK: Danke.

VORSITZENDER: Ein anderer Verteidiger, der Fragen stellen will?

(Keine Antwort)

Verhoer durch Sir David Maxwell-Fyfe:

F: Wussten Sie in der zweiten Haelfte des Jahres 1932, ueber die gerade Herr Dr. Kubuschok gesprochen hat, dass Praesident von Hindenburg, der Angeklagte von Papen und General von Schleicher, sich intensiv ueber die Frage unterhielten, wie es wohl am Besten waere, mit der Nazi-Partei umzugehen?

A: Nein, ich habe das schon ausgesagt, ich habe in dieser Beziehung gar keine Verbindung gehabt, und wusste ueber die ganzen Verhandlungen ueberhaupt nichts.

F: Ich behaupte nicht, dass Sie an diesen Verhandlungen teilgenommen haben. Aber Sie wussten, dass die Frage, wie man mit den Nazis verfahren sollte, den Praesidenten von Hindenburg, von Papen und auch von Schleicher sehr beschaeftigte?

A: Ja, das stimmt.

F: Angeklagter, denken Sie nicht, dass ich behaupten will, dass Sie an den Verhandlungen teilgenommen haben; ich mache das absolut klar; Sie wussten doch, dass am Schluss die Methoden, die Praesident von Hindenburg und von Papen und auch von Schleicher annahmen, die waren, dass man eine Regierung schaffen sollte, in der Hitler Kanzler sein sollte, aber gut durchsetzt durch konservative Elemente, mit konservativen Elementen, das war doch der Plan, den man endlich beschlossen hatte. Das wussten Sie doch, nehme ich an ?

A: Ja aber der Plan wohl nicht ganz so zu der Zeit von der Sie sprechen. Es war nur die Rede davon, dass man genoetigt sei, die Nazipartei in die Regierung einzubauen.

F: Aber schliesslich, als die Nazipartei an die Macht kam, und zwar am 30. Januar 1933, lautete der Plan, dass die Partei an konservative Elemente ge-

H0383 - 0027

wissermassen gebunden waere, Das war der Plan des Praesidenten von Hindenburg, nicht wahr ?

A: Ja.

F: Und Sie waren eines der konservativen und standhaften Elemente, wenn ich Sie richtig verstanden habe ?

A: Ja, es wurde ja hier klargelegt, dass es speziell der Wunsch des Praesidenten von Hindenburg war, dass ich dablei blieb.

F: Um Hitler's Regierung friedlich und Achtbar zu halten; ist das richtig ausgedrueckt ?

A: Ja um ueberhaupt zu verhindern, dass die revolutionaere Bewegung Hitler's ihre Methoden zu sehr auch in der Regierung zum Ausdruck bringe.

F: Angeklagter, Sie haben hier erklaert, dass Sie bis zu diesem Zeitpunkt ein Diplomat waren. Als Sie nun Minister wurden, fanden Sie nicht, dass Sie eine gewisse Verantwortung dafuer hatten, die Regierung anstaendig und friedliebend zu halten, als Reichsminister ?

A: Allerdings; die Frage war nur, wie weit meine Macht reichte, um dies anzufuehren.

F: Ich will nicht zu sehr in Ihre Gedankengaenge eingreifen, ich will nur klarstellen, dass Sie als Reichsaussenminister und bekannte Persoenlichkeit in allen Regierungskreisen Europas wussten, dass Ihre Mitgliedschaft innerhalb der Regierung und in ganz Europa, so ausgelegt werden wuerde, dass Sie damit einverstanden seien, und dafuer verantwortlich waeren, was die Regierung tat.

A: Das bezweifle ich sehr stark, man hat das vielleicht gehofft.

H0383-0028

F: Nun wollen wir uns einen Moment damit beschäftigen. Liegt die Sache so, dass Sie bis zum November 1937 absolut zufrieden waren mit den friedlichen Absichten der Regierung?

A: Von den friedlichen Absichten der Regierung war ich überzeugt das habe ich schon gesagr. Ob ich mit den Methoden ---

F: Wie steht es mit der Achtbarkeit -- wenn ich sage Achtbarkeit meine ich den allgemeinen Begriff von Anstand, der von jeder Regierung gefordert wird -- worunter sich ein Volk glücklich und zufrieden fühlen kann. Waren Sie damit zufriedengestellt?

A: Mit den Methoden war ich keineswegs einverstanden, hauptsächlich in der Innenpolitik.

F: Nun damit möchte ich mich gerne einen Moment befassen. Wusste Sie von dem "braunen Terror" im März 1933, etwa 6 Wochen, nachdem die Regierung geschaffen worden war?

A: Ich wusste nur von dem Juden-Boykott, sonst aber nichts.

F: Wissen Sie noch etwas von dem Affidavits,das hier als Beweismittel angeboten wurde von dem amerikanischen Konsul, Herrn Geist, Dokument Nr.1759-PS, US-Exhibit 420.

A: Darf ich das mal sehen?

F: Ich will Sie nur daran erinnern. Es ist ein langes Affidavit, ich komme nur auf einen oder zwei Punkte zurück. Herr Geist beschrei· in Einzelheiten, in welcher brutalem Weise Juden, behandelt wurden, usw. Im März 1933 wussten Sie das?

A: Ich weiss von diesen Vorgängen; ich kenne dieses Affidavit nicht, ich habe es nicht gesehen, ich weiss aber, von Beschwerden verschiedener diplomatischer Vertreter. Zur Einstellung dieser Vorfälle habe ich mich wiederholt an Hitler gewandt und ihn ersucht, dafür zu sorgen, dass es aufhöre.Aber die Einzelheiten weiter kenne ich nicht.

F: Wollen wir das Affidavit einen Moment beiseite lassen. Sie sollten doch eigentlich - oder haben Sie nicht einen offiziellen Bericht über das erhalten , was in der ausländischen Presse erschien, als Aussenminister?

H0383-0029

A: Jawohl, aber ob ich diese Sachen alle bekommen habe, das weiss ich nicht.

F: Dann darf ich vielleicht ein Beispiel geben. Sie waren doch Botschafter am Court of St.James von 1930 bis 1932, wenn ich mich recht erinnere, stimmt das?

A: Ja.

F: Und Sie sahen ein -- ob Sie nun mit dem übereinstimmen, oder nicht -- dass die Londoner Times und die Manchester Guardian Zeitungen waren, die einen grossen Einfluss in England hatten?

A: Ja, ja.

F: Wussten Sie im April 1933, dass diese beiden Zeitungen voll waren von den fürchterlichsten Berichten über die schlechte Behandlung der Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten in Deutschland?

A: Ja, das kann wohl sein, das weiss ich heute nicht mehr. Aber das waren ja gerade die Fragen, die ich bei Hitler zur Sprache brachte, indem ich ihn darauf aufmerksam machte, wie das im Auslande wirkt.

F: Dann möchte ich erwägen, das Ausmass dieser Anklagen der Zeitungen, schon am 12.April 1933 heisst es in Manchester Guardian: "Wenn jemand gelegentlich die Sache betrachtet, dann mag ihm alles ruhig erscheinen. Wenn er aber nur etwas unter die Oberfläche schau dann wird er in jeder Stadt und in jedem Dorf so ungeheuer viel Ba barei feststellen, die von den Braunhemden begangen wird, dass moderne Vergleiche fehlen." Es beschreibt sie als "Werkzeuge eines Terrors," der obwohl Mutwille systematisch ist- Mutwille in dem Sinne, dass er nicht wie revolutionärer Terror aus irgend einer Notwendigkeit heraus angewandt wird, sondern systematisch in dem Sinne, dass er ein organischer Teil des Hitler-Regimes ist". Wusste Sie, dass solche Zitate in verantwortlichen britischen Zeitungen veröffentlicht wurden?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, es ist Dokument D-911 eine Zusammenfassung von Auszügen und wird mit dem Affidavit von Wurm GB-512.

H0383 - 0030

VERHÖR DURCH SIR DAVID MAXWELL-FYFE:

F: Wussten Sie, dass dieser Weg eingeschlagen war, dass dies systematisch im Sinne eines organischen Teiles des Hitler-Regimes war?

A: Nein, in diesem Sinne ganz bestimmt nicht.

F: Wussten Sie, dass die britische Zeitung, der Manchester Guardian zitierte:" Ein berühmter deutscher Konservativer, der in enger Verbindung ist mit den nationalen Mitgliedern der deutschen Regierung, und gewiss der Rechten mehr sympathisch war, wie der Linken, hat die Anzahl der Opfer im April als 20 000 angegeben." Wussten Si dass diese Zahl so hoch war?

A: Nein, das glaube ich auch nicht.

F: Dann wollen wir sehen, was die deutsche Presse dazu sagte: am 24. April 1933 zitierte die Times das Hamburger Fremdenblatt, dass wiederum amtliche Quellen nannte und berichtete, dass 18 000 Kommunisten in Deutschland eingesperrt worden seien, und dass die 10 000 Gefangenen in Preussen viele soziale Intelektuelle und andere unter sich hatten. Würde das Hamburger Fremdenblatt eine lange Karriere als Zeitung gehabt haben, wenn es amtliche Quellen unter Ihrer Regierung im April 1933, falsch angegeben hätte?

A: Das weiss ich nicht, aber ich weiss, dass mit Zahlen immer ein grosser Unfug getrieben wurde.

F: Aber Angeklagter, hier handelt es sich um eine Ziffer, die vor einer verantwortlichen Hamburger Zeitung angegeben wird, und zwar als amtliche Ziffer und die von der Londoner Times wiedergegeben wi die wichtigste Zeitung in England. War das für Sie nicht wichtig genug, um im Kabinett das vorzubringen?

A: Es tut mir leid, bei aller Achrung vor den Zeitungen, und auch vor der Londoner Zeitung, die Wahrheit sprechen sie nicht immer.

F: Nun, das ist ein absolut vernünftiges Kommentar. Zeitungen wer den, wie auch alles andere manchmal falsch benachrichtigt; aber als Sie in einem weit verbreiteten Bericht über schreckliche Zustände

H0383 - 0031

solche hohe Zahlen lasen, glaubten Sie nicht als einer der Verantwortlichen der Regierung, dass es wert gewesen wäre, dies im Kabinet vorzubringen und festzustellen, ob es wahr ist, oder nicht?

A: Woher wissen Sie denn, dass ich das nicht getan habe?

F: Das frage ich ja. Haben Sie es vorgebracht, und was war das Ergebnis?

A: Ich habe Ihnen vorhin schon gesagt, dass ich wegen dieser Vorfälle bei Hitler - nicht im Kabinett - sondern bei Hitler vorstellig geworden bin.

F: Das frage ich Sie ja nicht. Ich will nur wissen, warum haben Sie etwas Derartiges im Kabinett nicht vorgebracht? Hier war ein Kabinett zusammengesetzt aus konservativen Elementen, um es respektabel zu halten.

Warum haben Sie es nicht im Kabinett vorgebracht und haben nicht versucht, Hugenbergs und von Papens Mithilfe zu bekommen? Und alle die Mithilfe der anderen konservativen Herren im Kabinett über die wir hier gehört haben. Warum brachten Sie es dort nicht vor?

A: Aus dem einfachen Grunde, weil es mir wirkungsvoller erschien, es Hitler direkt zu sagen.

F: Im April 1933, zwei Monate nachdem das Kabinett gebildet worden war, wollen Sie diesem Gericht erzählen, dass es nicht der Mühe wert gewesen wäre im Reichskabinett irgend etwas vorzubringen? Innerhalb zweier Monate nachdem Hitler zur Macht gekommen war. War es bereits so "Führerprinzipiert" dass Sie das im Kabinett nicht mehr vorbringen konnten?

A: Ich wiederhole -- das muss ich ja allein beurteilen können-- dass ich eine direkte Informierung und Vorstellung bei Hitler für wirkungsvoller hielt.

F: Schön, Sie haben sich wahrscheinlich nicht für die Fragen interessiert, aber wussten Sie, dass irgendjemand in ein Konzentrationslager gebracht wurde, irgend jemand von den Leuten die ich schon dem Angeklagten von Papen erwähnt habe, Herr von Oswiewski, Herr Mühsam oder Dr.Hermann Dumker oder irgend einer von den anderen links

H0383 - 0032

eingestellten Schriftstellern, Rechtsanwälten und Politikern? Wussten Sie, dass man sie in ein Konzentrationslager geschleppt hatte, von den sie niemals mehr zurückkehrten?

A: Nein, das wusste ich nicht.

F: Sie wissen das überhaupt nicht?

A: Nein.

F: Aber auf jeden Fall, wie Ihre Dokumente zeigen und bewiesen haben, wussten Sie doch ganz genau, als Sie im Juni nach London reisten, wie das Ausland gegen Deutschland nunmehr dachte und zwar als Folge der Behandlung der Juden und der Opposition - parteien. Das wussten Sie doch nicht wahr? Als Sie damals im Juni zur Weltwirtschaftskonferenz gingen?

A: Ja, das habe ich -- ja, in dem Bericht, der hier vorgelesen wurde, ist das ausgedrückt.

F: Sie sagen Ihre Reaktion war so, dass Sie zu Hitler gingen um zu protestieren; dann verweise ich Sie auf die vorhandenen , zuerst das vom April 1933. Schauen Sie sich das Dokument DM 794 an.

(Den Angeklagten wird das Dokument überreicht)

Es ist im Dokumentenbuch 12 a Seite 8 -- es ist GB 513. Hier handelt es sich um einen Brief, den Sie an Hitler geschrieben haben vom 2.April 1933.

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE:

F: "Gestern abend rief mich der italienische Botschafter an und teilte mir mit, dass Mussolini sich bereit erklärt habe für den Fall dass wir es für nützlich befinden, durch die italienischen diplomatischen Vertretungen im Ausland alle propagandamässig entstellten Nachrichten über Judenverfolgungen in Deutschland zu dementieren. Ich habe Herrn Cerratti, auch in Ihrem Namen gedankt und ihm gesagt, das wir sein Anerbieten gerne annehmen würden.

Ich halte diese freundliche Geste Mussolinis für wichtig genug, um sie zu Ihrer Kenntnis zu bringen.

Da ich leider so heiser bin, dass ich mich am Telephon nur schwer verständlich machen kann, benutze ich diesen schriftlichen Weg."

H0383-0033

Was dachten Sie dann, was in dieser Propaganda verzerrt worden sei?

A: Ja, ich bitte mal hier zu lesen. Hier heisst es ja"Die propagandmässig entstellten Nachrichten" - um die handelt es sich.

F: Dafür interessiere ich mich auch so sehr Angeklagter. Was war Ihre Ansicht,wie sie entstellt waren und wieviel wussten Sie von der Tatsache, dass Sie entscheiden konnten, ob die Nachrichten verzerrt waren oder nicht?

A: Das kann ich Ihnen heute nun wirklich nicht mehr sagen.

F: Sie wussten doch, dass man Juden verprügelte, ermordete, ihre Familien beraubte, in Konzentrationslager verschleppte und dass ihr Besitztum zerstört worden war oder dass man es unter Wert verkaufte, Sie wussten doch, dass alle diese Sachen sich ereigneten?

A: Nein, damals sicherlich nicht, verprügeln, ja, das habe ich gehört damals, aber dass damals Juden ermordet wurden, nicht; vielleicht nur in einem einzelnen Fall.

F: Sie sagen, die "Times" oder der "Manchester Guardian" hatten damals eingehendste Beispiele von typischen Morden von Juden gebrac Sie müssen das gesehen haben, Sie müssen gelesen haben, dass die au ländische Presse das schrieb. Warum dachten Sie, dass es verzerrt war? Welche Untersuchungen haben Sie angestellt um festzustellen, ob es verzerrt war?

A: Wer gab mir die Mitteilung über die Morde?

F: Ich sage Ihnen, das stand in der ausländischen Presse. Ich habe Ihnen zwei Beispiele aus der Presse meines eigenen Landes genannt und anscheinend, nachdem was Herr Mussolini sagte, war es auch in anderen Zeitungen gestanden. Sie müssen gewusst haben, was die Zeitungen schrieben. Welche Untersuchungen stellten Sie an, um die Wahrheit herauszufinden?

A: Auf dem Wege, der mir möglich war, nämlich durch die zuständigen Polizeibehörden.

F: Haben Sie Himmler gefragt oder haben Sie den Angeklagten Göring gefragt?

H0383-0034

A: Nein, Himmler ganz bestimmt nicht.

F: Haben Sie den Angeklagten Göring gefragt?

A: Nein.

F: Warum denn nicht? Er war doch der Chef, derdie Gestapo gründete und die Konzentrationslager. Er war doch der geeignetste Mann, der zu befragen war, nicht wahr?

A: Der Mann, der mir hätte Auskunft geben können, war der Chef und oberste Vertreter der Polizeibehörden, es war keineswegs persönlich ---

F: Haben Sie Frick gefragt?

A: Persönlich ganz bestimmt nicht.

F: Darf ich vielleicht darauf hinweisen, dass ich keine Zeit verschwenden will, aber warum haben Sie Göring nicht gefragt, oder Frick oder irgend jemand der Ihnen doch sicher, wie ich behaupte, die beste Auskunft hätte geben können.

Schauen Sie sich 3893 PS an

(Dem Angeklagten wird das Dokument überreicht)

Seite 128 des Dokumentenbuches 12 a, GB 514.

DURCH MR.DAVID MAXWELL FYFE:

Hier handelt es sich um den "Völkischen Beobachter " der Sie zitiert und zwar am 17. Septemb-er 1933 betr.Judenfrage.

" Der Minister zweifelt nicht daran, dass das unsinnige Gerede des Auslandes über rein innerdeutsche Dinge,wie z.B. die Judenfrage, schnell verstummen wird, wenn man erkennt, dass die notwendige Säuberung des öffentlichen Lwbens wohl vorübergehend in Einzelfällen persönliche Härten mit sich bringen müsste, dass sie aber nichtsdestoweniger dazu diente, in Deutschland die Oberhand von Recht und Gesetz um so unerschütterlicher zu befestigen!"

Ist das Ihre Auffassung im September 1933 gewesen, über die Aktionen gegen die Juden und gegen die Leute, die mit dem linken Flügel sympathisierten, dass sie eine notwendige Reinigung des öffentlichen Lebens sei, das nur hier und da "persönliche Härten mit sich bringen werde, dass sie aber dazu dienen würde, die Herrschaft von Recht und

H0383 - 0035

Gesetz in Deutschland umso unerschütterlicher zu befestigen?" War das Ihre Ansicht?

A: Ich habe bei meiner - vorgestern glaube ich - Aussage auf die Frage, wie ich zur Judenfrage gestanden hatte, gesagt, dass ich die nach dem letzten Krieg zutagegetretene Überflutung und Beherrschung des öffentlichen Lebens in Deutschland durch Juden, deren Beseitigung bezw. Einschränkung für absolut richtig gehalten habe. Darauf bezieht sich das.

F: Mit anderen Worten, Sie drücken sich jetzt nicht von dem, was Sie am 17.September 1933 sagten, dass Ihre Ansicht nach die Behandlung der Juden 1933 nur eine "notwendige Säuberung des öffentlichen Lebens in Deutschland sei?" Ihr Standpunkt von damals ist immer noch Ihr Standpunkt heute?

A: Das ist genau mein Standpunkt heute noch, nur hätte er mit anderen Methoden durchgeführt werden müssen.

F: Dann wollen wir uns darüber nicht weiter unterhalten. Darf ich also annehmen, dass Sie wussten und einverstanden waren mit der Vernichtung der politischen Opposition?

A: Nein, das ist --

F: Dann wollen wir das schrittweise besprechen. Soll ich verstehen, dass Sie es für richtig hielten, dass man die Kommunistische Partei für illegal erklärte?

A: Damals ganz bestimmt; denn Sie haben ja gehört, nicht wahr, dass wir vor dem Bürgerkrieg standen.

F: Also damit waren Sie einverstanden. Waren Sie mit der Abschaffung und Illegalisierung der Gewerkschaften einverstanden?

A: Nein.

F: Und haben Sie etwas unternommen um gegen die Zerschmetterung der Gewerkschaften zu protestieren?

A: Das war ein Gebiet, dieses Gebiet ging mich gar nichts an. Ich war Aussenminister und nicht Innenminister.

F: Gut, ich will wiederum mit Ihnen nicht darüber streiten. Sie als Aussenminister fanden es für proper bei der Regierung zu bleiben und Ihren Beistand und Autorität einer Regierung zu verleihen,

H0383-0036

die etwas machte, womit Sie nicht einverstanden waren, nämlich das Zerschmettern der Gewerkschaften. Sollen wir es so auffassen?

A: Jawohl, haben Sie je einen Minister -- ich möchte Ihnen etwas sagen , haben Sie je gehört, dass je ein Minister aus dem Kabinett ausgetreten ist, wenn er nicht einverstanden war mit einer einzelnen Tatsache?

F: Jeder Kabinettsminister, vor dem ich irgendwelche Achtung habe, würde aus dem Kabinett ausgetreten sein, wenn dieses Kabinett etwas unternahm, das gegen seine Moral verstösst und ich dachte, so wie Sie sagten, dass Sie moralisch mit der Zertrümmerung der Gewerkschaften nicht einverstanden waren. Falls ich mich irre, sagen Sie es. Wenn Sie aber nicht dagegen waren, sagen Sie es auch

A: Unmoralisch habe ich das nicht gefunden. Das ist eine politische Massnahme gewesen, aber keine unmoralische.

F: Gut, Nummer drei. Die Sozialdemokratische Partei, das war eine Partei, die in der deutschen Regierung und in Preussen im stärksten Masse vertreten war in der Zeit nach dem Kriege. Fanden Sie es ethisch richtig, dass man eine solche Partei einfach für ungesetzlich erklärt, sodass sie nicht weiter an den Regierungsgeschäften teilnehmen könnte?

A: Nein, sicher nicht. Ich weiss aber auch gar nicht --

F: Finden Sie es moralisch für richtig oder nicht?

A: Ich sagte Ihnen nein, ich weiss auch gar nicht, ob Sie ---

F: Was haben Sie unternommen um damals Einspruch zu erheben gegen die Auflösung der SPD?

A: Gegen diese Auflösung habe ich höchstens meine Bedenken äussern können.

F: Wem gegenüber haben Sie Ihre Einsprüche gegen die Auflösung der SPD zum Ausdruck gebracht?

A: Immer wieder zu Hitler.

F: Immer und immer wieder?haben Sie gegen die Auflösung der Oppositionsparteien Einspruch erhoben? Sie haben niemals im Kabinett Einspruch erhoben, nicht wahr?

H0383-0037

A: Ich kann mich da nicht entsinnen, ob diese Frage im Kabinett besprochen worden ist, das weiss ich nicht mehr .

F: Schön, dann kommen wir zu einem anderen Gesichtspunkt. Ich bin immer noch bei 1933. Ich will nur, dass Sie im Sinne behalten, was 1933 vor sich ging.

Wussten Sie, dass, nachdem Sie bekanntgegeben hatten, dass Deutschland aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbund austreten würde, dass Befehle ergingen, über militärische Vorbereitungen für einen eventuellen Krieg? Wussten Sie das?

A: Nein, im Jahre 1933 , war mir davon nichts bekannt.

F: Jawohl, er beginnt in C-140, USA 15 , 25.Oktober 1933. Nun, Angeklagter, Sie waren Aussenminister und behaupten Sie nun hier vor diesem Gericht, dass weder Hitler noch von Blomberg -- der war wie ich glaube, der Reichswehrminister - dass keiner von diesen Herren Sie davon unterrichtete, "wir müssen im Falle von Sanktione und zwar einschliesslich militärischer Sanktionen, die vielleicht Deutschland auferlegt werden, unsere Vorbereitungen fertig haben." Hat keiner von den Herren Ihnen gegenüber etwas erwähnt, dass das das Resultat Ihrer auswärtigen Politik sei?

A: Nein, da war auch gar keine Aktion zu befürchten.

F: Sie werden mir doch zugeben, dass es etwas seltsam ist, den Aussenminister von den möglichen Konsequenzen einer Politik bezüglich militärischer Vorbereitungen nicht zu unterrichten. Es ist doch seltsam, dass der Aussenminister in jedem Regierungssystem auch wenn es autoritär ist oder demokratisch oder sonstwie, dass man den Aussenminister nicht auf dem Laufenden hält über die militärischen Vorbereitungen auf Grund seiner Politik.

A: Die Ansicht, ob eine Gefahr drohte aus diesem Austritt aus d Völkerbund und aus der Abrüstungskonferenz, die hatte ich ja zu entscheiden, das heisst, die Entscheidung darüber ob das vermutlic Folgen haben könnte; die Militärs haben ihre eigene Ansicht gehabt und anscheinend -- ich weiss das nicht -- jedenfalls hatte ich kei ne Kenntnis davon bekommen. Irgendwelche Erörterungen im Generalstab müssen gewesen sein, nehme ich an.

H0383-0038

F: Dann möchte ich das Jahr 1933 noch schnell zusammenfassen: Ich darf also annehmen, dass bis zum Ende 1933 trotz der Vorkommnisse, die ich hier erwähnt habe, Sie absolut damit einverstanden waren mit den friedlichen und anständigen Absichten der Regierung, stimmt das?

A: Jawohl.

F: Dann kommen wir zu dem Jahre 1934.

Wissen Sie noch, wie Sie sich mir Mr.Dodd, dem amerikanischen Botschafter unterhalten haben? Sie haben diese Unterhaltung in Ihrem Dokumentenbuch erwähnt, im ersten Dokumentenbuch, Seite 54. Das war am 28.Mai 1934.

"Herr Dodd hatte Ihnen anscheinend das gesagt, was er zu Hitler gesagt hätte. Wie Amerika versucht, Wucher der Hochfinanz zu kontrollieren. Er sagte, dass Sie sich freuen, dass er Hitler davon unterrichtet hätte, aber er fügte zu " dass der Kanzler mir nicht beigestimmt habe." Von Neurath schwieg einen Augenblick auf meine Bemerkung. Es war klar, dass er genau der gleichen Ansicht war wie ich selbst.

Er bat mich dann, in Washinton mitzuteilen, dass die Ausschreitungen entgegen den Absichten der deutschen Regierung erfolgt seien, dass er selbst aber für Hitler nicht einstehen könne."

Was wollten Sie sagen mit " dass die Ausschreitungen entgegen den Absichten der deutschen Regierung erfolgt seien"?

A: Damit wollte ich sagen, dass die Kabinettsmitglieder zu ihrem überwiegenden Teil gegen diese Methoden waren. Im übrigen kann ich hier hinzufügen, dass ich eben Herrn Dodd gebeten habe, um meiner Vorstellung bei Hitler auch mehr Ausdruck zu geben, er persönlich zu Hitler gehen solle. Ich habe ihn dort hingebracht.

F: Aber wussten Sie nicht im Mai 1934, dass die deutsche Regierung systematische antisemitische Propaganda und antisemitische Aktionen unternahm? Wussten Sie das nicht?

A: Antisemitische Propagandaktionen habe ich hauptsächlich aus den Reden von Herrn Goebbels gehört.

F: Ja, nun wollen wir zu etwas anderem kommen, das etwas konkret

ist. Hatten Sie irgend einen Grund, warum Sie General von Schleich oder General von Bredow nicht leiden konnten?

A: Nein.

F: Wie wirkte auf Sie die Ermordung dieser beiden Männer und de. Frau von Schleicher während der Blutnacht vom 3o.6.34?

A: Da brauche ich kaum darauf zu antworten, dass es selbstverständlich abstossend für mich ist, ist klar. Ich habe schon letzthin gesagt, dass leider Gottes bei solchen Revolten immer Unschuldige mitleiden müssen.

F: Aber wollen wir die Sache mal ganz klarlegen. Sie haben dem Gericht vor einigen Tagen erklärt, dass Sie der Ansicht waren und zwar mit gutem Grund, dass eine Bewegung in der SA war, eine Bewegung, die von Roehm und Ernst geführt war - und ich nehme an, dass diese Leute Ihrer Ansicht nach unerwünscht waren. Welchen Grund hatten Sie zu der Annahme, dass General von Schleicher und General von Bredow ein Komplott gemacht hätten?

A: Ich hatte gar keinen Grund, ich glaube es auch heute nicht, dass diese ein Komplott gemacht haben.

H0383 - 0039

H0383 – 0040

F: Haben Sie gehoert, in welcher ungluecklichen Weise Herr von Papen seine Sekretaere verlor ? Erinnern Sie sich daran ?

A: Genau dasselbe.

F: Wissen Sie, dass Herr von Boese und Jung getoetet, von Tschirschky und zwei andere Herren verhaftet wurden ? Haben Sie darueber gehoert ?

A: Jawohl, durch Herrn von Papen.

F: Und haben Sie das Blutbad vom 30. Juni nur als ein weiteres Element in der notwendigen Bereinigung des oeffentlichen Lebens angesehen ?

A: In dem Masse, wie sie ausgefuehrt wurden, mit all diesen Entgleisungen und Hinmordungen von unschuldigen Leuten, ganz bestimmt nicht.

F: Warum verblieben Sie dann in der Regierung, die den Mord als ein Instrument politischen Handelns verwandte ?

A: Ich habe jetzt schon zum zweiten Male gesagt, dass es bei solchen Revolutionen ohne solche Entgleisungen, leider Gottes, nicht abgeht.

F: Ich verstehe. Wollen wir eine weitere Ihrer Erfahrungen im Jahre 1934 herausgreifen.

Sie kannten die terroristischen Akte, die sich im Mai und Juni 1934 in Oesterreich abspielten oder nicht ? Und mit terroristischen Akten meine ich, und wollen wir darueber keinen Zweifel lassen, Explosionen in Einrichtungen, Eisenbahnen und aehnlichen, im oeffentlichen Leben Oesterreichs. Ich meine Dynamit. Ich meine nicht etwas Harmloses. Sie wussten, dass derartige Handlungen im Mai und Juni 1934 in Oesterreich vor sich gingen, oder nicht ?

A: Jawohl, davon habe ich erfahren und dagegen habe ich ja immer Front gemacht. Ich wusste ja, dass sie von den Nazis, und ich moechte bemerken, in der Hauptsache von den oesterreichischen Nazis ausgingen.

F: Welche Stellung nahm Herr Koepke in Ihrem Ministerium am 31. Mai 1934 ein ?

A: Er war Ministerialdirektor.

F: Doch eine ziemlich verantwortliche Stellung ?

A: Ja.

F: Erinnern Sie sich, dass Herr Koepke am 31. Mai 1934 Ihnen Bericht erstattete ueber einen Besuch des Baron von Waechter ?

A: Nein, dessen kann ich mich nicht entsinnen.

F: Nun, denken Sie nach. Sie wissen, dass Baron von Waechter, einer der Fuehrer

H0383-0041

des Putsches gegen Dollfuss, 6 Wochen spaeter, am 25. Juni, war. Erinnern Sie sic nicht, dass Herr Koepke Ihnen Bericht erstattete und dass Sie diesen Bericht an Hitler weitergegeben haben ?

A: Ich kann mich dessen nicht entsinnen.

F: Wollen wir Ihr Gedaechtnis auffrischen, wenn Sie sich nicht daran erinnern koennen. Wollen Sie sich das Dokument D-868 ansehen ? Es wird GB-515. Ich werde e. verlesen, aber sehen Sie sich die Unterschrift genau an. Wenn Sie es oben ansehen so finden Sie, glaube ich, im Original Ihre eigenen Initialen und links oben eine Notiz "Der Herr Reichskanzler hat Kenntnis". Das war am 6 . Juni. Es ist von Lammers mit einem "L" versehen worden, Dr. Lammers. Darunter findet sich eine Notiz "vom Herrn Reichskanzler am 6. Juni". Ich glaube, die ist auch von Lammers unterschrieben. Auf der rechten Seite findet sich eine Notiz, die sicherlich die Initialen Lammers traegt, naemlich "Habicht kommt heute, L. 6.6 .". Diese Aufzeichnunge. kamen also vom Reichskanzler am gleichen Tage an das Auswaertige Amt zurueck. Wollen wir einmal sehen, welche Art von Berichten Sie von Oesterreich erhielten und an Hitler weiterleiteten. Es sei denn, dass Sie es anders wuenschen, will ich die Beschreibung der frischen jugendlichen Erscheinung des Herrn von Waechter, im ersten Absatz, ueberspringen. Es heisst dann weiter:

"Seine Darstellungen waren offensichtlich von dem Bewusstsein ernster Verantwortlichkeit getragen. Seine Beurteilung der Dinge und in Betracht kommenden Persoenlichkeiten waren klar und bestimmt.

Herr von Waechter entwarf auch mir ein Bild von der Lage in Oesterreich, das in machen Farben noch dunkler und ernster war, als es sich uns von hier aus bisher darstellte. Die Radikalisierung der Nationalsozialisten in Oesterreich sei dauernd im Zunehmen. Die Terrorakte mehrten sich. Ohne Ruecksicht darauf, von wem nun eigentlich im Einzelfalle die Sprengungen und sonstigen Terrormassnahmen tatsaech lich vorgenommen worden sind, loeste eine jede solche Tat eine neue Welle von Radikalisierung und auch Verzweiflungstaten aus. Es fehle, wie Herr von Waechter immer wieder schmerzlich betonte, an der Einheitlichkeit der Fuehrung. Die SA tue, was sie wolle und ihrerseits fuer noetig halte. Die politische Fuehrung treffe da neben Massnahmen, die manchmalsgenau das Gegenteil hiervon besagten. So sei die grosse Terroraktion, wodurch die auf Wien zufuehrenden Bahnlinien gesprengt worden seien, durchaus nicht von Marxisten, sondern von der oesterreichischen SA durchgefuehrt worden und zwar gegen den Willen der politischen Leitung, die, wie

H0383 – 0042

er glaube, an der Tat und ihren Vorbereitungen in keiner Weise beteiligt worden sei. Das sei das Bild im Grossen. Im Kleinen,in den einzelnen Laendern und Kreisen, sei das Durcheinander womoeglich noch groesser."

Sodann sagte er, dass der Hauptherd der Unruhe Kaernten sei, wo die Verhaeltnisse am schlimmsten seien. Sodann faehrt er fort:

"Herr von Waechter meinte, dass hier schleunigst Besserung geschaffen werden muesste, und zwar durch Zentralisierung saemtlicher in Oesterreich selbst und ausserhalb Oesterreichs fuer den Nationalsozialismus taetigen Kraefte. Personelle Fragen duerften hierbei keine Rolle spielen. Das erloesende Wort in dieser Beziehung koenne selbstverstaendlich nur der Fuehrer selbst sprechen. Er, Waechter, sei in allen diesen Dingen mit Herrn Habicht vollkommen einig. Soweit er wisse, sei es auch Herrn Habicht bereits gelungen, den Herrn Reichskanzler selbst zu sprechen."

Wollen wir hier einen Augenblick stehen bleiben. Ungefaehr zu jener Zeit wurde Herr Habicht in der deutschen Botschaft in Wien ernannt. Die Ernennung des Herrn Habicht zum Presseattaché konnte nur durch Sie oder mit Ihrer Zustimmung erfolgen. Diese gehoerte zu Ihrer Abteilung ?

A: Wenn Herr Habicht, was ich im Augenblick gar nicht mehr weiss ..... Herr Habicht war Landesleiter Oesterreichs in Muenchen und ob und dass er nach Wien als Presse-Attaché gekommen sein soll, dasweiss ich nicht.

F: Sie koennen mir glauben, dass er gegen Ende Mai 1934 als Presse-Attaché nach Wien kam. Was ich Sie frage, ist, geschah es nicht auf Ihren Befehl hin oder mit Ihrer Zustimmung, dass ihm eine Stellung uebertragen wurde, die ihm diplomatische Immunitaet fuer seine Plaene gab ?

A: Wenn Herr Habicht wirklich dort war, so ist es weder mit meinem Wissen noch mit meiner Genehmigung erfolgt, sondern vermutlich durch das Propagandaministerium das diese Presseleute umhersandte.

F: Sie werden mir doch zugeben muessen, dass dies kein sehr angenehmes Dokument ist. Es beschreibt doch keine angenehme Angelegenheit. Lassen Sie mich Sie daran erinnern, dass es von Ihrem Ministerial-Direktor kommt, an Sie gerichtet war, an den Fuehrer ging und von Dr. Lammers mit einer Notiz zurueckkam "Habicht kommt heute".

A: Dem Fuehrer ?

F: Ja.

A: Herr Anklagevertreter, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass hier immer nur

H0383-0043

von den oesterreichischen Nazis die Rede ist. Mit denen hatte ich ja nichts zu tun.

F: Worauf ich Sie aufmerksam machen will, ist, dass dieses Dokument des Auswaertigen Amtes an den Reichskanzler ging. Es kommt am 6. Juni mit einer Notiz von Dr, Lammers zurueck: "Habicht kommt heute". Sie muessen doch am 6. Juni alles ueber Habich gewusst haben. Es ist ja in diesem Bericht erwaehnt.

A: Davon ist gar keine Rede. Ich habe diese Notiz, also von Lammers, dass Habicht zum Reichskanzler kam. Ich habe diesen Bericht meines Ministerialdirektors an den Reichskanzler geschickt, um ihm zu zeigen,was fuer Zustaende in Oesterreich herrschen. Das war der Grund.

F: Aber erinnern Sie sich, als Herr von Papen vor einigen Tagen seine Aussagen machte und als ich ihn fragte, wer die fuehrenden reichsdeutschen Persoenlichkeiten waren, die den Putsch in Oesterreich zum Juli 1934 beeinflussten ? Er hat eine lange Zeit nachgedacht, und die einzige fuehrende reichsdeutsche Persoenlichkeit, die nach seiner Erinnerung, den Putsch beeinflusste, war gerade dieser Herr Habicht?

A: Ja.

F: Nun, was ich Ihnen vorhalte, ist, dass Sie am 6. Juni 1934 sehr wohl wussten, dass Herr Habicht diese fuehrende reichsdeutsche Persoenlichkeit, wie der Angeklagte von Papen meint, eine Revolution in Oesterreich organisierte, oder nicht ?

A: Wie kommen Sie auf eine solche Unterstellung ? Herr Habicht ist doch gar nicht bei mir, sondern beim Reichskanzler gewesen.

F: Sie sahen diesen Bericht. Es ist doch ein Bericht Ihres Ministerialdirektors. Ich habe ihn doch gerade verlesen, was von Waechter dachte ?

A: Ha, aber es enthaelt doch kein Wort ueber Herrn Habicht.

F: Ich habe Ihnen doch gerade das vorgelesen. Darf ich Sie nochmals daran erinnern "Das erloesende Wort in dieser Beziehung koenne selbstverstaendlich nur der Fuehrer selbst sprechen". In anderen Worten, was Waechter dem Auswaertigen Amt vorschlaegt, waren die Absichten Habichts sowie die seinigen selbst.

A: Ja, das steht ja drin. Diese ganzen Terrorakte und diese Unruhen, die hier geschildert sind, habe ich zur Kenntnis des Reichskanzlers gebracht.

F: Nun schauen Sie sich an, was der Bericht unten auf der Seite sagt:

"Als nun aber inzwischen nichts erfolgt sei, auf der anderen Seite die Gegenmassnahmen der Oesterreichischen Regierung von Tag zu Tag brutaler und einschneidender wurden, haetten sich die radikalen Elemente von Neuem geregt und seien mit der Behauptung hervorgetreten, der Kanzler habe seinen Befehl nur aus taktischen Gruenden

H0383 - 0044

gegeben, sei aber innerlich mit jeder mannhaften Tat der Opposition einverstanden und habe als eigentliches politisches Ziel lediglich die allerdings nach aussen hin moeglichst unauffaellige Schwaechung des verhassten Systems Dollfuss im Auge. Mit diesem Argument werde heute gearbeitet."

Hoeren Sie auf das Naechste, auf seine Vorschlaege an Sie, der ersten Warnung von Unruhen, von denen je ein Aussenminister gehoert hat:

"Immer wieder stosse man bei den Besprechungen auf diese im Geheimen weiterklingende Auffassung. Es muesse bald ein Wandel geschaffen und die einheitliche Fuehrung, sonst, so schloss Herr von Waechter seine eindrucksvolle Darstellung, koenne jeden Tag ein Unglueck geschehen, das aussenpolitisch nicht nur fuer Oesterreich, sondern vor allem fuer Deutschland selbst die boesesten Folgen haben wuerde."

Sodann, ganz dramtisch und in der Mitte des Gespraeches, erhaelt Herr von Waechter ein Telephongespraech, dass er nicht nach Wien zurueckkommen solle, andernfalls er bei Ankunft verhaftet werden wuerde. Innerhalb von sechs Wochen hatte er den Putsch begonnen und der Kanzler Dollfuss war erschossen worden. Erinnern Sie sich jetzt ? Hatten Sie nicht zu Beginn des Juni 1934 geahnt, dass die groesste Gefahr einer Erhebung und Unruhen in Oesterreich vorhanden waren ?

A: Ja, aber ganz bestimmt. Das ist doch der Grund, warum ich den Bericht an den Kanzler geschickt habe. Ich konnte doch nicht in Oesterreich eingreifen.

F: Vielleicht koennen Sie die Frage beantworten, ueber die der Angeklagte von Papen nicht antworten konnte.

Wer waren Ihrer Meinung nach die anderen fuehrenden reichsdeutschen Persoenlichkeiten, die hinter dem Dollfuss-Putsch in Oesterreich waren ? Sie sagen, dass Sie es nicht waren. Wer waren diese Persoenlichkeiten, nach Ihrer Meinung, die hinter diesem Dollfuss-Putsch waren, wie von Herr von Papen erwaehnt wurde ?

A: Ivh kenne ueberhaupt keinen. Ich habe nur den Habicht gekannt, und zwar immer als eine Persoenlichkeit, gegen die ich bei Hitler Protest eingelegt habe wegen seiner Hetzarbeit. Sonst habe ich keinen Reichsdeutschen gekannt. Zweitens waren das Nationalsozialisten gewesen, die hier ja bei den Verhandlungen x-mal genannt worden sind, die ich aber aich nichr kannte.

F: Ich erwaehne diese nicht, ich meine nur die von dem Angeklagten erwaehnten fuehrenden reichsdeutschen Persoenlichkeiten. Ich bemuehe mich sehr stark, herauszufinden, wer diese waren. Nehmen Sie den gleichen Standpunkt ein, dass der einzige, an den Sie sich erinnern koennen, der Presse-Attaché Habicht war ? Ist das

H0383 – 0045

alles, womit Sie dem Gerichtshof in dieser Angelegenheit helfen koennen ?

A: Ich habe das schon gesagt und das muss genuegen: Ich kenne keinen.

F: Ist Ihre Ansicht, dass Ihr Minister, Dr. Ried, nichts hierueber wusste, trotz dessen, was Mr. Messersmith hierueber sagte ? Glauben Sie, dass Dr. Ried nichts ueber den Putsch wusste ?

A: Wie weit Herr Ried davon unterrichtet war, kann ich nicht sagen. Sie wussten aber, dass ich ihn, wie er sich ostentativ dafuer eingesetzt hat, ich ihn sofort abberufen habe. Im uebrigen habe ich meinen Gesandten schon immer verboten, sich in diese Angelegenheiten einzumischen.

F: Sie haben wohl keinen keinen Zweifel, dass Dr. Ried alles ueber den bevorstehe den Putsch wusste ?

A: Doch, da habe ich grosse Bedenken, dass er genau Bescheid wusste. Ich glaube e nicht, denn seiner ganzen Persoenlichkeit nach ist er nicht so gewesen.

F: Auf jeden Fall wussten Sie am 25. Juli, dass die oesterreichischen Nationalsozialisten diesen Putsch inszenierten und Dollfuss ermordet hatten.

A: Das ist ja kein Geheimnis gerade.

F: Nein, das weiss ich. Eine Menge dieser Dinge waren keine Geheimnisse. Ich bin interessiert, wann Sie Kenntnis hierueber erhielten, wann Sie ausfindig machten...

A: Nachher, ja.

F: Hat Ihnen dies nicht irgendwelche Bedenken verursacht, in einer Regierung zu bleiben, die ihre Politik des Mordes von der Heimat ins Ausland ausdehnten und zwa durch die Parteielemente in Oesterreich ?

A: Wenn ich fuer jeden einzelnen Moerder verantwortlich waere, fuer jeden einzelnen deutschen Moerder, der im Ausland sich betaetigt hat, dann haette ich viel zu tun gehabt, wahrscheinlich.

F: Aber Sie wussten doch, Herr von Neurath, und ich werde Sie gleich daran erinnern, warum, dass die oesterreichische NSDA P in enger Beruehrung und immer unter dem Befehl Hitlers stand, als Hitler an der Spitze Ihrer Regierung stand. Sie wus ten doch das sehr wohl ?

A: Er war ja der Chef der NSDAP. Dass sie mit ihm zusammenarbeitete, ist natuerlich.

F: Ja, aber da besteht noch ein anderer Umstand.

A: Aber ich moechte nur noch eins sagen: Dagegen habe ich dauernd Vorstellungen bei Hitler erhoben, zusammen mit Herrn von Papen, dass dieser Herr Habicht sich s

H0383 - 0046

betaetigt.

F: Wir werden darauf in einem Augenblick zurueckkommen. Ich moechte nur eine Tatsache festhalten. Stimmt folgendes mit Ihrer Erinnerung ueberein: Ich bin alle Berichte des Angeklagten durchgegangen und abgesehen von drei persoenlichen Berichten, wovon sich zwei mit Herrn von Tschirschky und einer mit der Beschimpfung Hitlers beschaeftigen und die keine politische Bedeutung haben, besitzen wir 28 Berichte. 19 dieser Berichte sind als Kopien an das Auswaertige Amt bezeichnet. Stimmt das mit Ihrer Erinnerung ueberein, dass aus vier Berichten des Herrn von Papen jeweils nur drei zu Ihrer Kenntnisnahme gingen ?

A: Das kann ich heute nicht mehr sagen.

F: Sie haben ganz recht, Herr von Neurath. Sie koennen nicht mehr wissen, wieviel an Sie gingen, aber Sie sagen, dass Sie eine betraechtliche Anzahl der Berichte des Herrn von Papen sahen. Ich glaube, es waren 19. Sie koennen es mir glauben, 19 sind bezeichnet mit "An das Auswaertige Amt".

A: Das glaube ich Ihnen ohne weiteres, aber die Frage ist nur, wieviel mir vorgelegt worden sind, denn ich bekam ja nicht jeden einzelnen Bericht eines Gesandten oder Botschafters aus dem Ausland vorgelegt. Da waere ich ja ertrunken in Papier.

F: Sie haben ganz recht. Was ich Sie fragte, war, erhielten Sie diese Berichte von Herrn von Papen, der anscheinlich in einer ziemlichen besonderen Stellung sich befand und mit einem sehr schwierigen Problem sich zu beschaeftigen hatte. Erhielten Sie eine betraechtliche Anzahl von Berichten von Herrn von Papen, die Sie dann an Hitler weiterleiteten ?

A: Ich kann nur sagen, dass ich einzelne Berichte bekommen habe, aber durchaus nicht alle. Mehr kann ich Ihnen heute nicht sagen.

Sir David Maxwell-Fyfe: Herr Vorsitzender, dies waere vielleicht ein guenstiger Zeitpunkt, abzubrechen ?

Vorsitzender: Wir vertagen uns nunmehr.

(Woraufhin sich das Gericht bis auf 14.00 Uhr des gleichen Tages vertagt.)

595

NACHMITTAGSSITZUNG

Die Verhandlung beginnt um 14.00 Uhr

25.6.1946

FORTSETZUNG DES KREUZVERHÖRS NEURATH DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE:

F: Angeklagter: Ich möchte nun zwei oder drei Tatsachen über das Jahr 1935 klären, ehe ich einige Fragen an Sie richte:

Am 1o.März hat Deutschland die Errichtung einer Luftwaffe bekanntgegeben und am 16.März haben Sie, glaube ich, unter anderem das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht mitunterzeichnet. Sie haben ja schon alles erklärt und ich will es nicht nochmals behandeln, aber ich möchte Sie nur über das geheime Reichsverteidigungsgesetz vom 21.Mai 1935 befragen. Wollen Sie sich bitte General Thomas's Kommentar ansehen, es ist Seite 52 des Dokumentenbuches 12 und ungefähr Seite 71 des deutschen Dokumentenbuches.

VORSITZENDER: Nr.12a oder b.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Nr.12, Herr Präsident, das ist das Original auf Seite 52.

"Zentralisierung der höchsten Reichsbehörden im Falle des Krieges wird die Entwicklung der Kriegsbereitschaft in einem solchen Masse beeinflussen, dass es notwendig ist, diese Fragen einzeln zu besprechen. Die Grundlagen sind schon für eine Zentrale der höchsten Reichsbehörden im Kriegsfalle gelegt worden und zwar schon vor dem Jahre 1933 in vielen Unterhaltungen und Verordnungen, aber es wurde radikal geändert als die Nationalsozialisten zur Macht kamen und insbesondere durch den Tod des Reichspräsidenten von Hindenburg. Die letzten Befehle wurden im Reichsverteidigungsgesetz am 21.Mai 1935 niedergelegt, das nur im Kriegsfalle veröffentlicht werden solle, aber schon für gültig erklärt wurde. Da dieses Gesetz die Pflichten der Wehrmacht und anderer Reichsbehörden im Kriegsfalle festlegte, war es auch die grundlegende Regel für die Entwicklung und Stetigkeit der Kriegswirtschaftsorganisation. "Und Sie werden sich erinnern, dass an selben Tage der Angeklagte Schacht Generalbeauftragter für die Kriegswirtschaft wurde. Haben Sie zu dieser

H0383-0047

H0383 - 0048

Zeit erkannt, Angeklagter, dass dieses Gesetz die grundlegende Regelung für die Entwicklung und Tätigkeit der Kriegsorganisation wa

A: Ja, aber nur für den Fall eines Krieges, also für den Fall einer Mobilmachung.

F: Sie müssen verstehen, der Punkt, den ich Ihnen vorhalte, ist dass es schon für gültig erklärt wurde für die Durchführung von Kriegsvorbereitungen. Haben Sie nicht verstanden, dass dies ein grosser Schritt auf dem Wege der Kriegsvorbereitungen war?

A: Keineswegs. Das war absolut kein grosser Schritt vorwärts, sondern das war bloss die Festlegung der Notwendigkeit im Falle eines Krieges. Es muss jedoch in jeden Lande für den Fall eines Angriffes eine Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden garantiert werden. Das ist darin festgelegt.

F: Das ist Ihre Ansicht. Zu diesem Zeitpunkt bis zum Mai 1935, ist es richtig, dass zu diesem Zeitpunkt das deutsche Aussenamt noch immer einen Stab von Diplomaten und Beamten des Auswärtigen Amtes der Alten Schule hatte, dass es noch nicht von den Produkten des Aussenamts Ribbentrop's durchdrungen war?

A: Ja,

F: Haben Sie irgendeine Warnung von Ihrem eigenen Stab erhalten über die Ereignisse in Österreich und die Wideraufrüstung, die Aufstellung einer Luftwaffe und der allgemeinen Wehrpflicht?

A: Über die Vorgänge in Österreich war ich orientiert wie Sie j aus diesem hier vorgelegten Bericht ersehen haben. Über die Wiedereinführung der Wehrpflicht, das ist im Kabinett beschlossen worden da wusste ich freilich davon.

F: Ja. Verzeihen Sie, ich habe wahrscheinlich den Wort nicht di richtige Betonung gegeben. Wenn ich spreche von einer "Warnung" meine ich eine wirkliche Warnung von Ihren Beamten, dass diese Ereignisse Deutschland im Ausland als blutsüchtig und kriegshetzeris darstellten. Haben Sie so eine Warnung von Ihren Beamten erhalten?

A: Ganz sicher nicht. Das war nicht der Fall, und wenn das im Ausland behauptet worden ist, so war es noch lange nicht wahr.

H0383-0049

F: Wollen Sie sich bitte Dokument 3308-PS ansehen, das Affidavi des Dolmetschers Paul Schmidt, es ist Seite 68 des Dokumentenbuche 12a und Seite 65 oder 66 der deutschen Version. Lassen Sie mir nun Absatz 4 und 5 vorlesen, was Paul Schmidt zu sagen hat.

Punkt 4:" Der versuchte Putsch in Österreich und der Mord an Dollfuss am 25.Juli1934 beunruhigte die Berufsbeamten im Aussenministerium sehr, weil diese Vorgänge Deutschland in üblen Ruf in der Aussenwelt brachten. Dass der Putsch von der Partei organisier war, wusste jeder und die Tatsache, dass der versuchte Putsch so kurz nach dem Blutbad innerhalb Deutschlands erfolgte, musste natu gemäss als den Nazimethoden ähnliche Aussen und Innenpolitik erscheinen. Diese Bedenken über die Rückschläge des versuchten Putsches wurden besonders durch die Erkenntnis gesteigert, dass diese Zwischenfälle, die den französisch-russischen Beratungsvertrag vom 5.Dezember 1934, eine Verteidigungsmassnahme, die von den Nazis nicht als Warnung beachtet wurde, mit herbeiführten."

Nun Angeklagter, in diesen drei Punkten, ist es richtig wie Herr Schmidt sagt, dass der versuchte Putsch und der Mord an Dollfuss die Berufsbeamten im Aussenministerium sehr beunruhigt hat?

A: Das hat nicht bloss die Berufsbeamten meiner Behörde, sonder auch mich selbstverständlich sehr beunruhigt.

F: Und im zweiten und letzten Satz heisst es: "die Sorge (das heisst, die Unruhe, die durch den Putsch hervorgerufen wurde) über die Wirkungen des versuchten Putsches steigerten sich durch die Anerkennung der Tatsache, dass diese Geschichten ("Blutbäder und der Putsch") dazu beitrugen, den französisch-russischen Beratungspakt vom 5.Dezember 1934 herbeizuführen, eine defensive Vorkehrun die nicht als Warnung hingenommen wurde."

Ist das richtig dergestalt, dass unter Ihrem Stab die Beunruhigung sich steigerte durch die Erkenntnis, dass das Blutbad und de Putsch Frankreich und die Sowjetunion alarmiert hatten bezüglich der Haltung Deutschlands und zu den Beratungsvertrag führten?

A: Nein, das ist eine private Ansicht von dem Dolmetscher Schm

H0383 – 0050

F: Nun, mit Respekt vor Ihrer Person, Angeklagter, das ist es nicht. Dolmetscher Schmidt sagt hier, dass das die Ansicht Ihrer erfahrenen Beamten im Aussenamt war und das halte ich Ihnen vor. Ist es nicht richtig, wenn er sagt, dass Ihre erfahrenen Beamten über diese Ereignisse beunruhigt waren weil sie einen Einfluss auf den Beratungsvertrag ausübten?

A: Nicht im mindesten. Ich kann nur wiederholen, dass das garnichts miteinander zu tun hat.

F: Hat er recht in seiner letzten Behauptung, dass dieser Vertrag nicht als Warnung von den Nazis beachtet wurde?

A: Das kann ich nicht sagen, das weiss ich nicht.

F: Sehen Sie sich bitte den nächsten Absatz an, "Die Bekanntgabe im März über die Herstellung einer deutschen Luftwaffe und die Einführung der Dienstpflicht folgte am 2.Mai 1935 der Abschluss eines gegenseitigen Beistandpaktes zwischen Frankreich und der Sowjetunio Die Berufsbeamten im Aussenministerium betrachteten dies als eine weitere ernsthafte Warnung vor den möglichen Folgen der deutschen Aussenpolitik. Aber die Naziführung nahm nur eine noch steifere Haltung gegenüber den Westmächten ein und erklärt, dass sie sich nicht einschüchtern lassen würde. Zu dieser Zeit drückten die Berufbeamten wenigstens ihre Bedenken den Aussenminister Neurath gegenüber aus. Ich weiss nicht, ob Neurath wiederum diese Bedenken und Erkenntnisse seinerseits an Hitler weitergab."

Stimmen Sie damit überein, dass die Berufsbeamten im Auswärtigen Amt den französisch-sowjetrussischen Pakt als eine weitere ernsthafte Warnung der möglichen Folgen der deutschen Aussenpolitik betrachteten?

A: Ich weiss nicht, im Namen welcher Berufsbeamten Schmidt sich hier äussert. Ich habe jedenfalls davon nichts gehört, dass meine Berufsbeamten sich in dieser Hinsicht geäussert hätten.

F: Hier sagt Herr Schmidt, die Berufsbeamten zumindest drückten ihre Bedenken dem Aussenminister Neurath gegenüber aus, das sind doch Sie?

H0383-0051

A: Ja.

F: Wollen Sie behaupten, dass Schmidt, der schliesslich ein Beru beamter war, und obwohl er Dolmetscher während eines grossen Abschn tes der Nazizeit war, wollen Sie behaupten, dass Herr Schmidt nicht das Richtige sagt, wenn er sagt, dass Ihre Berufsbeamten ihre Beden ken Ihnen gegenüber ausgedrückt haben?

A: Ganz entschieden. Woher weiss denn Schmidt, der damals ein ganz kleiner Beamter war, was meine Berufsbeamten, die alles höhere Beamte gewesen sind, mir gesagt hätten? Ausserdem wie konnte Schmid dies erfahren, wie konnte Schmidt dies beurteilen. Ich möchte hinzu fügen, dass Schmidt hier dem Gericht gesagt hat, dass dieses Affida vit , oder was das ist, ihn, weil er sich nach einer schweren Krank heit erst erholt hatte, vorgelegt wurde, und dass er selbst gar nic mehr über den Inhalt dieses Affidavits Descheid weiss.

F: Sie können versichert sein, dass das Gericht mich richtig richtig stellen wird, wenn ich nicht recht habe, dass ich diese Pa graphen Schmidt vorgelegt habe und dass er mit ihnen zustimmte als er vor diesem Gericht aussagte.

Sehen Sie sich bitte noch eine weitere Erklärung an, gegen Ende des Absatzes 6. Sie werden Absatz 6 lesen und ich werde Sie über etwas an Ende davon befragen: "Diplomatische Vorbereitungen seitens der Nazis in Februar gingen dem Widereinmarsch deutscher Truppen in das Rheinland voran. Ein deutsches Connuniqueé vom 21.Februar 1936 verzeichnet nochmals, dass der französisch-russische Beistand- pakt nicht zu vereinbaren war mit dem Vertrag von Locarno und den Völkerbund.

An gleichen Tage behauptet Hitler in einer Unterredung, dass es ke ne wirklichen Gründe zu einem Zusammenstoss zwischen Deutschland und Frankreich gab. Entgegen den grundlegenden Erklärungen in "Mein Kampf" , die gegen Frankreich gerichtet sind, legte die Natu Umstände es nahe, dass Vorbereitungen für die Rechtfertigkeit einer Zukunftshandlung gerade getroffen würden. Ich weiss nicht, wie lang

H0383 - 0052

im voraus der Einmarsch ins Rheinland beschlossen wurde. Ich selbs wusste darüber und besprach dies ca. 2 oder 3 Wochen bevor er stat fand. Schwere Bedenken wurden besonders in Heereskreisen über die Gefahr dieser Unternehmung zum Ausdruck gebracht. Viele im Aussenministerium hatten ähnliche Bedenken. Es war aber im Aussenministerium allgemein bekannt, dass Neurath der einzige in Regierungskreisen war, von dem Hitler Rat einholte, der sicher dachte, dass das Rheinland ohne bewaffneten Widerstand seitens Grossbritanniens und Frankreich wieder mit Truppen besetzt werden könne. Während dieser ganzen Zeit war Neurath's Stellung von einer Art, die Hitler dazu bewegen würde, mehr Vertrauen zu Neurath zu haben, als indie gewöhnlichen Diplomaten,der alten Schule , die Hitler sehr gering ei schätzte.

Wenn dieser kleine Beamte, von dem Sie gerade sprachen, wusste, über den Einmarsch ins Rheinland und darüber diskutierte, zwei od drei Wochen bevor er stattfand, wie weit vorher haben Sie es besprochen?

A: Herr Schmidt muss ein Hellseher gewesen sein ; denn zwei oder drei Wochen vorher wusste ich auch nichts davon. Ich habe ungefähr eine Woche vorher von der Entschliessung Hitlers erfahren und eben hier steht, dass es im Aussenministerium allgemein bekannt gewesen sei, dass ich der einzige in den Regierungskreisen war, von denen Hitler Rat holte und sich bewusst war, dass das Rheinland ohne bewaffneten Widerstand seitens Grossbritanniens und Frankreichs mit Truppen besetzt werden könnte. So habe ich schliesslich recht gehabt.

F: Ist es wahr, dass Sie die einzige Person in Regierungskreis waren, die dachte, dass das Rheinland ohne Einwirkung von Grossbritannien und Frankreich besetzt werden konnte. Ist es wahr?

A: Das kann ich nicht sagen, ob ich der einzige war , jedenfall habe ich die Überzeugung gehabt, aufgrund meiner Kenntnisse der internationalen Verhältnisse.

H0383 - 0053

F: Auf jeden Fall, was immer die Begrenzung der Kenntnisse Schmi war, e r wusste doch genau was Ihre Stellungnahme war. Hat er nicht doch auch recht gehabt in seinem letzten Satz, dass Ihre Stellung während der ganzen Periode eine solche war, dass Hitler sich mehr a: Sie wandte als an die alten Diplomaten, die vor den Nazis schon bestanden, denn Sie waren der, der ihn doch ermutigt hat.

A: Ich habe ihn keineswegs ermutigt. Ich habe ihm aber dargestel wie die ganze Situation nach meiner Ansicht ist, und dass ich recht gehabt hatte, hat sich ja nachher bewiesen.

F: Ich möchte nun noch einen weiteren Punkt betrachten, der in das Jahr 1936 fällt. Wir werden ihn ebenso behandeln wie Österreich Haben Sie gesagt, ein oder zwei Mal, dass Sie sehr starke Einwendungen gegen die Auslegung des österreichisch-deutschen Abkommens von 11.Juli erhoben.Sie betrachteten ihn als eine Ausflucht oder eine Fassade. Ich glaube das ist richtig, Sie haben sehr starke Ein wände dagegen erhoben.

A: Ja.

F: Wussten Sie, dass Hitler Anweisungen an die Gauleiter der österreichischen NSDAP gegeben hat, den Kampf weiterzuführen zu gleicher Zeit als das Abkommen unterzeichnet wurde?

A: Nein, das ist mir nicht bekannt.

F: Lassen Sie mich Sie daran erinnern. Ich möchte Ihnen nicht etwas Unfaires vorhalten. Herr Präsident, es ist im Dokumentenbuch 12 Seite 97. Reichen Sie es dem Angeklagten hin.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Es ist dies der Bericht Dr.Rainer's, den das Gericht schon kennt. Wenn Sie sich das Ende eines Absatzes ansehen der sagt,"Die Vereinbarung von 11.Juli 1936 wurde stark du die Tätigkeit dieser zwei Personenbeeinflusst, nämlich der Angeklag ten Seyss-Inquart und Generaloberst Glaise-Horstenau. Glaise-Horst nau wurde dem Führer von Papen als eine vertrauenswürdige Person geschildert" und im nächsten Absatz" Zu der Zeit wünschte der Führ ....."

H0383-0054

VORSITZENDER: Mr.David, sagten Sie 97 Dokumentenbuch 12?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Ich sagte es, Herr Präsident, wenn ich mich nicht irre, es ist der dritte Absatz.

VORSITZENDER: Ich habe ihn gefunden.

F: "Zu der Zeit wünschte der Führer die Parteiführer in Österreich zu sehen, um ihnen seine Meinung mitzuteilen, was die österreichischen Nationalsozialisten tun sollen."

VORSITZENDER: Ich habe es noch nicht gefunden, wollen Sie uns andere Anzeichen geben, der zweite Absatz fängt an . . . .

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Die Seitenzahl muss doch anders sein , Herr Präsident.

F: " Zu der Zeit wünschte der Führer die Parteiführer in Österreich zu sehen, um ihnen seine Ansichten darüber mitzuteilen, was die österreichischen Nationalsozialisten tun sollen. In der Zwischenzeit wurde Hinterleitner verhaftet und Dr.Rainer wurde"sein Nachfolger," beachten Sie, das ist der Mann, der diese Erklärung a gibt. Er wurde der Nachfolger als Führer der österreichischen Part Am 16.Juli 1936 hat Dr.Rainer und Globocnik den Führer auf dem Obe salzberg aufgesucht, wo sie eine genaue Erklärung der Lage erhielten und der Wünsche des Führers. Am 17.Juli 1936 trafen alle illeg len Gauleiter in der Nähe von Salzburg zusammen, wo sie eine vollständige Berichterstattung von Rainer über die Aussagen des Führer und seine politischen Anordnungen für die Fortführung des Kampfes erhielten. Bei derselben Konferenz haben die Gauleiter organisatorische Instruktionen von Globocik und Hitler erhalten."

Wussten Sie nicht, hat Hitler seinen Aussenminister nicht mitgeteilt, der gerade den Abschluss dieses Abkommens beaufsichtigt hat dass er die Absicht hatte, den illegalen Gauleitern Anordnungen zu geben, wie der Kampf fortgeführt werden solle. Hat er Ihnen das nicht mitgeteilt?

A: Nein, ich erinnere mich aber, ich glaube es war derselbe Herr Rainer, der hier als Zeuge erschien, dass er erklärt hat, dass Hitler ihn zu sich rief und ihn und anderen Gauleitern sagte, sie hät

H0383 - 0055

ten in Zukunft die Abmachungen vom Jahre 1936 einzuhalten. Hier in dem Sokument , das Sie mir vorgelegt haben, steht übrigens nichts von dem drin, was Sie eben zitierten.

F: Was erwähnt ist, sind die politischen Anweisungen über die Fortsetzung des Kampfes und die organisatiorischen Instruktionen vo Globocnik; also Sie wussten davon nichts ?

A: Nein.

F: Nun, es ist etwas schwierig für Sie zu beurteilen, ob dieser Vertrag ehrlich zusammengestellt wurde, wenn Sie nichts wussten übe Instruktionen, die der illegalen Partei in Österreich von Hitler ge geben wurden, nicht wahr?

A: Ja, natürlich.

F: Wollen wir uns jetzt mit einem oder zwei anderen Punkten beschäftigen. Ich möchte gerne, dass Sie sich ansehen was Herr Messe smith zu Ende 1935 sagte. Erinnern Sie sich der Erklärung? Ich wer Ihnen die Hinweise kurz geben, dass "Europa nicht von dem Mythos h weg kann, dass Neurath und Papen und Mackensen keine gefährlichen Menschen sind und dass sie Diplomaten der alten Schule seien, dies sind dienstbare Instrumente des Regimes, und gerade weil die Ausse welt sie als harmlos ansieht, sindsie instande wirkungsvoller zu a beiten. Sie sind instande Uneinigkeit zu säen, gerade weil um sie der Mythos ist, dass sie mit diesem Regime nicht sympathisieren." Können Sie uns erklären, bis zu diesem Datum an dem Herr Messersmi das schreibt, den 1o.Oktober 1935, eine einzige Anordnung Hitler's, die Sie nicht durchgeführt haben?

A: Ich habe das nicht verstanden, eine einzige Anordnung ---

F: Eine einzige Anordnung Hitler's, die Sie nicht ausgeführt haben? Herr Vorsitzender, es tut mir leid, ich habe die Referenz verlegt, es ist im Dokumentenbuch Nr.12, Seite 1o6. Sie sehen, Herr Messersmith sagte da, Sie und der Angeklagte von Papen und von Mackensen seien Werkzeuge des Regimes. Ich frage Sie nun, ob Sie uns mitteilen könnten, und zwar bis zum Datum als Herr Messersmith sch am 1o.Oktober 1935, irgendeine Anordnung Hitler's die Sie nicht du

H0383 – 0056

geführt haben?

A: Nicht nur eine, sondern recht viele. Ich habe das ja ausgeführt wie oft ich Hitler widersprochen habe und was Herr Messersmit annimmt - über die Bedeutung des Affidavits von Herrn Messersmith habe ich nicht geäussert,

F: Angeklagter, ich will die Frage so stellen: Was haben Sie dem Gericht gesagt, war bis zum 1o.Oktober 1935 der ernsteste Auftrag Hitlers an Sie, und Sie weigerten sich diesen auszuführen? Was war der, auf den es am meisten ankam?

A: Ja, in diesem Moment - das ist eine Frage, die ich nicht so be antworten kann. Wie soll ich noch wissen, was die ernsteste Frage war, der ich mich widersetzt habe. Ich habe mich in allem Möglichen widersetzt.

F: Wenn Sie sich nicht erinnern können, was nach Ihrem Erachten der ernsteste Auftrag war, dann will ich Sie damit nicht weiter belästigen.

A: Bitte nennen Sie mir Beispiele. Es ist ziemlich schwer eine Erklärung abzugeben, ohne dass Sie mir die Möglichkeit geben, irgen wie Vorwürfe zu widerlegen.

F: Ich ersuchte Sie es uns mitzuteilen; aber ich will jetzt auf etwas übergehen, was ein anderer amerikanischer Diplomat vorbrachte Ich möchte Sie gerne über einen Bericht des Mr.Bullitt fragen. Ich nehme an, dass Sie damit übereinstimmen.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, es ist L-150 des Dokumentenbuches 12. Ich hoffe, dass nicht wieder ein Seitenunterschied besteht. Seite 72 in meinem Buch.

VORSITZENDER: Es ist Seite 74.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Ja, es ist Seite 74. Entschuldigen Sie bitte. Es ist der zweite Absatz, nachdem er gesagt hatte, dass er mit Ihnen gesprochen hatte." Herr Neurath sagte, die Politik der deutschen Regierung wäre, in Auslandssachen nichts zu unternehmen, bis das Rheinland verdaut sei. Er erklärte, dass er damit sagen wol le, dass die deutsche Regierung alles tun werde, einen Aufstand der

H0383 – 0057

Nationalsozialisten in Österreich zu verhindern eher denn zu ermutigen, und dass sie sich auch mit Bezug auf die Tschechoslowakei zurückhalten werde, bis die deutschen Befestigungen an der französichen und belgischen Grenze fertiggestellt wären. Sobald unsere Befestigungen gebaut sind und die mitteleuropäischen Länder merken, dass Frankreich nicht jederzeit deutsches Gebiet betreten kann, werden diese Länder ihre Aussenpolitik ändern. Stimmen Sie damit überein, dass Sie das sagten?

A: Ja, ja. Gewiss ich habe gestern oder vorgestern schon eingeh ausgeführt, was das bedeuten sollte.

F: Ich möchte auch sehen, ob Sie mit mir übereinstimmen mit der Bedeutung, die ich Ihnen vorhalte. Nämlich so: Sobald Sie Ihre Befestigungen an der Westfront genügend fertiggestellt hatten, dann würden Sie versuchen, zu einem Anschluss mit Österreich zu kommen und das Sudetenland von der Tschechoslowakei zurück zu bekommen. Das ist doch die Bedeutung, nicht wahr?

A: Nein, nein keineswegs. Das steht übrigens ganz klar drin. Ich habe damit sagen wollen und auch ausgeführt, dass diese Länder speziell die Tschechoslowakei und Frankreich ihre Politik Deutschland gegenüber ändern konnten, damit sie nicht mehr so leicht durc Deutschland marschieren konnten.

F: Sie erkennen doch, Angeklagter, was ich Ihnen vorhalte. Ich glaube, ich habe es ziemlich klar gemacht, dass Sie zu der Zeit wo Sie die Westmächte mit der neuerlichen Militarisierung Deutschland und des Rheinlandes bedrohten, das war 1935 und 1936, neue Zusicherungen an Österreich gegeben haben. Hitler hat das in Mai 1935 gemacht, und Sie machten das in Jahre 1936. Sobald Sie Ihren erste Schritt verdaut hatten, wandten Sie sich gegen Österreich und die Tschechoslowakei im Jahre 1937. Ich behaupte , dass Sie die Wahrhe gesagt und mit der Genauigkeit einer Cassandra Prophezeihungen gemacht hatten.

A: Nein, keineswegs, keineswegs. Das ist eine Annahme von Ihner die durch garnichts bewiesen ist.

H0383-0058

F: Ich verstehe. Wir werden uns darüber nicht weiter streiten; denn wir werden noch zu einem weiteren Punkt kommen, bevor wir uns dem Jahre 1937 zuwenden. Sie haben dem Gericht mitgeteilt, nicht nu einmal, sondern sehr oft, dass Sie die Nazi-Stellung gegenüber den christlichen Kirchen nicht gebilligt haben. Ich habe es doch richti verstanden, nicht wahr?

A: Jawohl.

F: Und Sie behaupten jetzt, dass Sie Widerstand leisteten und aktiv mit eingegriffen hätten in der Verfolgung der Kirchen. Wolle Sie sich Dokument Nr.3758-PS ansehen.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, es wird GB 516. Sie werden es im Dokumentenbuch Nr.12-A, Seite 81 finden.

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE:

F: Es ist dies eine Eintragung und zwar schon ziemlich früh im Jahre 1936 im Tagebuch des Reichsministers der Justiz:

"Der Reichsaussenminister übersendet mit einer persönlichen Not für vertrauliche Informationen einen Brief des Kardinal Staatssekr tär Pacelli --" Das ist der jetzige Papst --" an den Botschafter beim Heiligen Stuhl, inden er Pacelli sich für den Begnadigungsakt g genüber dem General-Vatikan Seelmayer einsetzt. Er bemerkt dazu, nämlich der Reichsaussenminister, dass nach dem schweren Eingrei- fen des Heiligen Stuhls in der Note vom 29.Januar kein Anlass be- stünde dem Vatikan Entgegenkommen zu zeigen. Empfiehlt dieses jedo da aus aussenpolitischen Gründen ein Interesse bestehe die guten persönlichen Beziehungen zu Pacelli erhalten zu lassen."

Nun Angeklagter, wollen Sie mir bitte mitteilen, irgendetwas da nur ein wenig persönliches Interesse zeigt in diesem Falle des Va- ters Seelmayer, oder war das einzige, wamit Sie sich befassten der Gedanke, eine starke Front dem Vatikan gegenüber zu zeigen und ni die guten Beziehungen mit Kardinal Pacelli zu verlieren.

DR.VON LÜDINGHAUSEN: Herr Vorsitzender, ich habe dieses Dokume eben vorgelegt bekommen. Ich habe gar keine Möglichkeit gehabt, mi für das Dokument zu interessieren. Mir ist auch nicht bekannt, da

H0383 – 0059

bisher die Rede gewesen ist von einem Tagebuch des Reichsjustizministers. Ich kann also garnicht beurteilen, wieso der Reichsjustizminister überhaupt diese Notiz in sein Tagebuch aufgenommen haben kann.

Ich kann aus den aus dem Zusammenhang herausgegriffenen Notizen mir gar kein Bild machen und noch weniger der Angeklagte, was die ganze Notiz zu bedeuten hat.

Ich muss also gegen die Zulassung dieser Frage und gegen die Vorlage des Dokumentes protestieren.

SIR DAVID MAYWELL FYFE: Herr Vorsitzender, das ist ein in einwandfreiem Zustand erbeutetes Dokument. Es ist eine Abschrift von einem Original Tagebuch des Reichsministers der Justiz und es kann daher gegen den Angeklagten verwendet werden.

VORSITZENDER: Dr.v.Lüdinghausen, Sie können sich das Originaldokument ansehen.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, mir wird gerade von meinen amerikanischen Kollegen mitgeteilt, dass dieses Tagebuch schon vorher verwendet wurde und dass Auszüge daraus in dem Falle gegen den Angeklagten von Schirach eingereicht wurden.

DER ZEUGE: Herr Vorsitzender, ich habe gar keine Bedenken --

DR.VON LÜDINGHAUSEN: Ich habe leider nichts verstehen können, Herr Vorsitzender, es tut mir leid, ich habe nicht alles verstehen können. Jetzt verstehe ich wieder.

VORSITZENDER: Wenn Sie einen Einwand machen, dann sollten Sie sehen, dass die Apparatur in Ordnung ist.

Was ich sagte war, dass Sie das Original-Dokument sehen können. Mir wird jetzt mitgeteilt, dass das Original-Dokument vorher benutzt wurde und es ist also kein Grund vorhanden, es jetzt in dem Kreuzverhör nicht zu gebrauchen. Es ist ein erbeutetes Dokument und Sie können das Original sehen.

DR. VON LÜDINGHAUSEN: Das wusste ich nicht, das war mir nicht bekannt, Herr Vorsitzender.

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE:

F: Was ich Ihnen vorhalte, Angeklagter, ist, dass Ihre Erklärung

H0383 - 0060

gegenüber dem Justizminister keine Besorgnis um den erwähnten Priester zeigt, sondern sich nur beschäftigt mit den Beziehungen zum Vatikan und zum Kardinal Pacelli. Ist das ein typischer Fall Ihrer Vermittlung ? Ist dies typisch Ihrerseits, sich so für den misshandelten Priester einzusetzen?

A: Ich kann mich dieses Falles nicht mehr erinnern, aber so wie es in der Notiz steht, ist das durchaus berechtigt von mir, ich habe nach der Notiz gesagt, dass wir keine Veranlassung hätten, ein besonderes Entgegenkommen zu zeigen, nachdem der damalige Staatssekretär oder der Papst deutschen Richterstand angegriffen hat. Dass ich aber als Aussenminister Wert darauf legte, die Beziehungen zu Pacelli nicht zu trüben. Ich weiss nicht, was Sie daraus schliessen wollen.

F: Gut, ich will nicht in das Fragengebiet meiner sowjetischen Kollegen eingreifen, aber Sie wissen, dass der technische Bericht Sie anklagt und zwar mit vollständiger Unparteilichkeit, dass Sie und Ihre Regierung die Katholiken, Protestanten, tschechische Nationalkirche und sogar die griechische Kirche in der Tschechoslowakei misshandelten. Sie wissen, dass unter Ihrem Protektorat alle diese Kirchen leiden mussten. Stimmen Sie mit mir darüber überein, dass alle diese Kirchen unter Ihrem Protektorat litten?

A: Nein, keineswegs.

H0383 - 0061

F: Gut, gut. Ich werde nicht in Einzelheiten gehen, aber ich behaupte Ihnen gegenüber, dass Ihre Sörge für die verschiedenen religiösen Bekenntnisse nicht sehr tief ging.

A: Das ist wieder eine Behauptung von Ihnen, die Sie nicht beweisen können.

F: Ich möchte noch eine Sache Ihnen vorhalten. Erinnern Sie sich, dass Sie dem Gericht heute früh mitgeteilt haben, dass sie mit dem Erzbischof von Prag auf sehr gutem Fusse standen?

A: Ich habe gesagt, dass ich gute Beziehungen mit dem Erzbischof hatte.

F: Ich möchte, dass Sie sich diese Abschrift ansehen.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Präsident, es ist eine Abschrift, worüber mit General Ecer versichert, dass er das Original aus den Akten der tschechischen Regierung bekommen kann. Wir haben es erst vor einer halben Stunde erhalten. General Ecer, der von der Tschechoslowakei herkam, sagt, dass er für das Original garantieren kann.

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE:

F: Angeklagter, ich möchte, dass Sie sich es betrachten. Ist dies ein Brief, den Sie von dem Erzbischof erhielten?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Präsident, es ist D-920, GB 517.

Euer Exzellenz! Hochverehrter Herr Reichsprotektor!

Noch Ihr letztes Schreiben hat mich mit solchem Leid erfüllt, - denn ich musste demselben entnehmen, dass nicht einmal Exzellenz mir glauben wollen - dass ich bewusstlos geworden bin und den Universitätsprofessor MUDR Jirasek rufen musste, welcher eine Stunde an meinem Krankenlager verweilte.- Heute kommt er wieder mit dem Internisten Universitätsprofessor MUDr Pelnar.

Exzellenz wollen überzeugt sein, was ich Ihnen zu lieb tun kann, dass ich es immer tun werde. Bitte jedoch auch Erbarmen mit mir zu haben und von mir nicht zu verlangen, dass ich gegen die Kirchengesetze handle.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Karl Kard. Kaspar, m.p.,
Fürsterzbischof."

Erinnern Sie sich daran?

H0383-0062

A: Ich kann nicht sagen, worauf sich das bezieht. Ich habe keine Ahnung, da steht es nicht drinn und ich kann Ihnen auch nicht sagen, worauf sich das bezogen hat.

F: Sie können sich nicht an diesen Anlass erinnern, als der Erzbischof Ihnen schrieb und Ihnen über die Auswirkung seiner Krankheit erzählte, die er erlitt und er bat Sie dringendst, ihn nicht zu ersuchen, irgend etwas gegen die Kirchengesetzezu tun. Dies ist Ihnen scheinbar völlig entfallen?

A: Nein.

F: Gut, gut. Wir verlassen diesen Gegenstand. Ich möchte, dass Sie mir folgendes mitteilen, bevor wir uns den späteren Ereignissen zuwenden, den Ereignissen in 1937 zuwenden.
Sie erinnern sich doch, dass Sie gestern von Ihrer Rede, ich glaube vor der Akademie für deutsches Recht und zwar im August 1937, sprachen. Erinnern Sie sich? Ich kann Ihnen einen Hinweis geben. Wollen Sie es betrachten?

A: Ich brauche bloss diesen Hinweis, wo ich gesprochen haben soll.

F: Erinnern Sie sich nicht? Ich werde es Ihnen vorlegen, wenn Sie wollen. Es ist die Rede vom 29. August 1937. Ich gebe Sie Ihnen sofort. Sie sagten:
"Die Einheit des rassischen und nationalen Willens, hervorgerufen durch den Nationalsozialismus mit unvorhergeschenem Elan, hat eine Auswärtige Politik ermöglicht, durch die die Ketten des Versailler Vertrages gebrochen wurden."
Was meinten Sie mit "Einheit des rassischen Willens, der durch den Nationalsozialismus hervorgerufen wurde?"

A: Damit meinte ich wahrscheinlich, dass die Deutschen alle geeint gewesen seien, mehr als vorher. Ich kann das jetzt auch nicht mehr sagen, was ich damit meinte. Aber im übrigen habe ich in dieser Rede ja bloss eine Tatsache konstantiert.

F: Sagen Sie mir bitte dies, das war im August 1937; Sie haben dem Gericht mitgeteilt, was für eine Wirkung die Worte Hitler's vom 5. November 1937 auf Sie gehabt haben und Ihr Verteidiger hat eine Erklärung von Baroness von Ritter vorgelegt.

H0383 – 0063

A: Im November?

F: Ja, im November 1937.

A: Jawohl.

F: Nachdem diese Worte diese Wirkung gehabt haben, mit wem haben Sie gesprochen unter den Persönlichkeiten, die in Berchtesgaden anwesend waren?

A: In Berchtesgaden war diese Rede überhaupt nicht, das ist ein Irrtum, das war in Berlin, diese Ansprache ---

F: Ich sagte nicht Berchtesgaden, ich sagte Hossbach. Wir nennen es Hossbach-Konferenz, weil er den Bericht niederschrieb.

A: Ja, mit wem ich gesprochen habe, ich habe gestern schon gesagt, mit Generaloberst v. Fritsch und mit dem damaligen Generalstabschef Beck und ich habe auch ausgeführt, dass wir damals übereingekommen seien, gegen Hitler und gegen seine zu Tage gekommene Tendenz, Front zu machen.

F: Sprachen Sie darüber zu Hitler?

A: Ja, das war ---

IchFhabe das gestern eingehend ausgeführt, dass ich erst dazu gekommen bin, mit Hitler zu reden am 14. oder 15. Januar, weil er nämlich von Berlin weg ist und ich ihn nicht sehen konnte. Das war ja der Anlass, weshalb ich um meinen Abschied eingekommen bin, damals.

F: Sprachen Sie darüber zu Göring oder Räder?

A: Nein.

F: Ich möchte, dass Sie mir etwas mitteilen, mit ein oder zwei Worten über diesen geheimen Kabinettrat, zu dem Sie ernannt worden sind, nachdem Sie das Auswärtige Amt verlassen hatten. Wollen Sie sich bitte die ersten Sätze des Berichtes über die Zusammenkunft vom 5. November ansehen?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, es ist Seite 81 im englischen Dokumentenbuch, und Seite 93 im deutschen Dokumentenbuch nur die ersten zwei Sätze, Angeklagter:

"Der Führer stellte einleitend fest, dass der Gegenstand der heutigen Besprechung von derartiger Bedeutung sei, dass dessen Erör-

H0383 - 0064

terung in anderen Staaten wohl vor das Forum des Regierungskabinetts gehörte. Er - der Führer - sähe aber gerade im Hinblick auf die Bedeutung der Materie davon ab, diese in dem grossen Kreise des Reichskabinetts zum Gegenstand der Besprechung zu machen."

Und, wenn Sie sich die Leute ansehen, die anwesend waren: "Der Führer, der Reichskriegsminister, die drei Oberbefehlshaber und der Minister des Auswärtigen."

Angeklagter, nehmen wir an, dass im Februar oder März 1938 Hitler die österreichische Frage vor demselben Rat diskutieren wollte, vor derselben begrenzten Anzahl von Leuten. Wollen wir einmal ganz kurz betrachten, wer die Plätze der Leute einnehmen hätte, die dort waren: Anstelle des Herrn v. Blomberg und des Herrn v. Fritsch würden wir den Angeklagten Keitel, als Chef des OKW gehabt haben und v. Brauchitisch als Oberbefehlshaber des Heeres, nicht wahr?

A: Ja, ich glaube.

F: Räder und Göring hatten ihre Stellungen beibehalten. Der Angeklagte v. Ribbentrop hat Ihre Stellung eingenommen und Sie waren Präsident des geheimen Kabinettsrates, Lammers war Kabinettsekretär oder so etwas ähnliches und Göbbels als Propagandaminister, war noch wichtiger. Ich möchte, dass Sie sich nunmehr ansehen, wer die Leute waren, die den Geheimen Kabinettrat bildeten.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, Sie werden es auf Seite 8 des Dokumentenbuches 12 finden und es ist Seite 7 des deutschen Dokumentenbuches.

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE:

F: Nun sehen Sie wer sie sind: Der Angeklagte v. Ribbentrop, der Angeklagte Göring, der Stellvertreter des Führers, Hess, Dr. Göbbels, Chef der Reichskanzlei, Dr. Lammers, v. Brauchitisch, Räder und Keitel.

Sie behaupten, soweit ich Sie richtig verstehe, dass dieser geheime Kabinettsrat keine wirkliche Existenz hatte?

Das ist doch Ihre Stellungnahme, nicht wahr?

A: Jawohl.

F: Warum haben Sie besondere Fonds erhalten, um diplomatische

H0383 – 0065

Informationen zu bekommen, als Präsident des geheimen Kabinettsrates?

A: Ich habe keine bekommen. Ich möchte wissen ---

F: Nein, sehen Sie sich doch 3945 PS an.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, es ist auf Seite 129 des Dokumentenbuches 12-A, es wird GB 518.

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE:

F: Sehen Sie sich den Brief vom 28. August 1939 an, und zwar von Lammers an Sie, worin es heisst:

"Ihrer Bitte entsprechend, habe ich den Ihnen für besondere Ausgaben zur Erlangung diplomatischer Informationen zur Verfügung gestellten Betrag von 10.000.00 an Amtsrat K o e p p e n übergeben lassen.

Den Entwurf einer Verwendungsbescheinigung füge ich mit der Bitte bei, mir die Bescheinigung nach Vollziehung, spätestens am Schluss des Rechnungsjahres zugehen zu lassen."

Und, wenn Sie sich der nächsten Seite 131 zuwenden, dann werden Sie sehen, dass zu Ende März, also am Ende des Finanzjahres, Sie eine Verwendungsbescheinigung schickten, in dem es heisst:

"10.000.00 RM" Zehntausend Reichsmark" habe ich von der Reichskanzlei für besondere Ausgaben zur Erlangung diplomatischer Informationen erhalten. Ich versichere pflichtgemäss, diesen Betrag zu dem angegebenen Zweck verwendat zu haben. Quittungen der Empfänger der Einzelbeträge konnten nicht verlangt werden."

Wollen Sie uns jetzt mitteilen, warum Sie spezielle Gelder, um diplomatische Informationen zu erhalten, bekamen?

A: Ja, das kann ich Ihnen sagen. Dieses ist ein Ausdruck, den ich auf Bitten von Lammers, der ja die Kassen der Reichskanzlei unter sich hatte, gebraucht habe, um die Kosten für mein Büro, nämlich den Gehalt für einen Sekretär und ein Schreibfräulein zu bezahlen und, um das gegeüber, ich weiss nicht, welcher Behörde gegenüber - wie heisst diese Behörde - dem Finanzministerium gegenüber rechtfertigen zu können - ich hatte ja keinen besonderen Etat. hat Herr Lammers verlangt, dass ich diesen Ausdruck benütze. Das geht aus einer Bescheinigung, die auch da drinn ist, hervor.-

H0383-0066

F: Schon gut. Ich werde mich noch auf die anderen Briefe beziehen. Warum war es notwendig, dass die Kosten Ihres einen Sekretärs und Ihres einen Schreibfräuleins nicht berechnet werden durften?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, das ist auf Seite 134 und 135.

DER ZEUGE: Ich habe ja eben gesagt, dass---

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE:

F: Sehen Sie sich Seite 163 an. Es ist ein Brief von Ihnen an Lammers, worin es heisst:

"In meiner Dienststelle besteht die Notwendigkeit besoderer Ausgaben, deren Belegung mir nicht angezeigt erscheint."

Warum war es nicht angezeigt, die Ausgaben für Ihren Sekretär und Ihr Schreibfäulein aufzuzeichnen?

A: Ich kann es im Moment nicht mehr sagen, ich habe aber jedenfalls keinerlei Ausgaben für diplomatische Informationen gebraucht, sondern das sind lediglich Bürokosten, die ich darin berechnete. Es steht also hinten in---

F: Aber, wenn---

A: Bitte, lassen Sie mich meine Erklärung beenden.

F: Sicherlich.

A: Es steht hier eine Meldung an mich von diesem Sekretär, worin er sagt, dass---es solle---, nein, das ist dieses Schreiben nicht--

F: Wenn Sie zu Ende sind, können Sie wohl sagen, dass es Büroausgaben sind, wollen Sie sich bitte 3958 PS ansehen, das wird GB 519. Dann werden Sie sehen, dass Ihre Büroausgaben in dem gewöhnlichen Budget erscheinen. Es ist ein Brief vom 8.April 1942 an Sie.

VORSITZENDER: Ist das im Buch?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Ja, Herr Vorsitzender, das ist im Buch, es ist Seite 140, ich bitte um Verzeihung.

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE:

F: Es ist ein Brief an Sie, in dem es heisst:

"Der Reichsminister der Finanzen hat zugestimmt, dass der von Ihnen für das Rechnungsjahr 1942 angemeldete Bedarf an Haushaltsmitteln in den Einzelplan I eingestellt wird. Ich trage daher keine Beden-

H0383 – 0067

ken, bereits vor Feststellung des Einzelplans I im Rahmen dieser Beträge, und zwar für persönliche Verwaltungsausgaben bis zu
28.500.00 RM, für sächliche Verwaltungsausgaben bis zu
25.500.00 RM
54.000.00 RM zusammen
die notwendigen Ausgaben leisten zu lassen."
Das war doch für Ihr Büro und Ihre persönlichen Ausgaben, während derselben Periode, für die Sie diese Sonderfonds erhielten.
Ich behaupte daher Ihnen gegenüber, dass diese Summe von 10.000 RM, die Sie hie und da erhalten haben, nicht für Büroausgaben waren, und ich möchte, dass Sie dem Gericht hier sagen, für was diese Gelder waren.

A: Ja, bitte, mir wäre es lieber, wenn ich es auch erfahren würde, ich weiss es nicht.

F: Das sind Ihre Briefe und Sie bekamen das Geld. Können Sie nicht dem Gericht sagen, wofür Sie es erhalten haben?

A: Nein, ich kann das im Moment nicht. Vielleicht kann ich es Ihnen nachher sagen.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, Dr. von Lüdinghausen weist darauf hin, dass der Brief, den ich vorhalte, von 1939 ist. Da waren natürlich noch andere Briefe, ich habe das Gericht nicht mit jedem einzelnen beschäftigt. Aber da ist ein anderer Brief, mit einem Hinweis auf eine Zahlung vom 9. Mai 1941 und dann noch ein anderer Hinweis zu einer Zahlung am 30. Juni 1943. Herr Vorsitzender, es ist auf Seite 133 und 134. Es tut mir leid, dass ich die Einzelheiten nicht vorgebracht habe. Vielleicht hätte ich sie anzeigen sollen.

VORSITZENDER: Der Brief auf Seite 137, der vielleicht Hinweise dazu enthält, ist ein Brief von dem Mann "K." unterschrieben, das ist der Mann, der die früheren Gesuche gestellt hat.
DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE: Angeklagter, wollen Sie Dokument Nr. 3945-PS ansehen, und zwar ist es ein Brief vom 14. Juli 1943, unterschrieben "K."
"Bei meiner Sondierung in der Angelegenheit des besonderen Fonds

H0383-0068

waren die Sachbearbeiter in der Reichskanzlei durchaus verständnisvoll für die Sache eingestellt und baten um einen schriftlichen Antrag Eurer Exzellenz.

Auf meine Erwiderung, dass ich diesen Antrag nicht vor der Gewähr eines sicheren Erfolges beibringen möchte, erbaten sie sich noch etwas Zeit zur weiteren Fühlungnahme. Nach einigen Tagen ist mir dann mitgeteilt worden, dass ich den Antrag ohne Bedenken beibringen könne, worauf ich das bisher zurückgehaltene Schreiben überreicht habe. Nun ist mir heute die beantragte Summe übergeben worden, die ich ordnungsgemäss in meinem besonderen Kassenbuch als Einnahme gebucht habe."

A: Ja, trotzdem---

F: Hilft das Ihnen? Können Sie jetzt dem Gericht mitteilen, was die besonderen Ausgaben waren für den Erhalt der diplomatischen Informationen, wofür Sie das Geld erhalten haben?

A: Es tut mir sehr leid, ich kann mich dieser ganzen Geschichte nicht mehr erinnern. Das Auffallende ist ja, dass dieser Brief vom 14. Juli 1943 ist, wo ich überhaupt keine Tätigkeit mehr entfaltete, weil ich ganz weg war. Ich weiss es im Moment nicht.

F: Das ist sehr merkwürdig. In einem weiteren Brief, unter 3958-PS, vom 8. Januar 1943, und folgenden Briefen vom 4. März 1943 und dem vom 20. April, das ist nämlich das Ende Ihrer Wohnzeit in Ihrer Wohnung in Berlin-Dahlem, Rheinbach-Allee 23, wird dort erklärt,- und als Ihre Ausgaben aufhörten, zogen Sie auf das Land.

Lassen Sie mich Sie ein wenig über dieses Haus befragen. Sehen Sie sich das Affidavit des Herrn Geist, des amerikanischen Konsuls an.- Herr Präsident, das ist 1759-PS, USA 420 - wir haben uns heute früh darauf bezogen. - Und die Stelle, über die ich Sie hören möchte, ist in der Mitte des Absatzes.

Herr Präsident, es ist unten, Seite 11 der eidesstattlichen Versicherung in der englischen Ausgabe.-

VORSITZENDER: Haben Sie das separate Dokument?

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Ja, Herr Präsident, es ist auf Seite 11 unten. Der Absatz beginnt damit: "Ein anderer Fall derselben Art er-

H0383-0069

eignete sich im Zusammenhang mit meinem Hausbesitzer."--

VORSITZENDER: Ja.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Präsident, wenn Eure Lordschaft noch ungefähr 10 Zeilen weiterlesen möchten, nachdem er beschrieben hat, dass sein Hauswirt das Haus an die SS abgeben musste, erklärt er: "Ich weiss, dass in vielen Fällen, in denen man es für notwendig hielt, den Druck zu vergrössern, ein Käufer oder sein Agent, begleitet von einem uniformierten SA= oder SS-Mann erschien,-ich weiss, denn ich wohnte in der nächsten Nachbarschaft, und kannte die betreffenden Menschen, dass Baron von Neurath, ehemaliger deutscher Aussenminister, sein Haus auf diese Weise von einem Juden erwarb. Tatsächlich, er war mein nächster Nachbar in Dahlem. Von Neurath's Haus war ungefähr 250 000 Dollar wert."

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE:

F: War das Rheinbaben-Allee 23?

A: Ja, das---

F: Und wer hat es für Sie erworben, sodass der Präsident des nicht bestehenden Geheimen Cabinettrates es als Dienstwohnung aufnehmen könnte? Wer hat es für Sie erworben?

A: Ich habe das nicht ganz verstanden?

F: Wer hat es für Sie erworben, Rheinbabenallee 23?

A: Das kann ich Ihnen erzählen.

Im Jahre 1937, als Hitler die grossen Bauten für seine Reichskanzlei machte, erklärte er mir eines Tages, ich müsste aus meiner Wohnung, die hinter dem Aussenminister lag, ausziehen, weil er den Garten für seine Reichskanzlei wolle, und das Haus würde abgerissen. Er habe Anweisung gegeben, und zwar an die Reichs-Bauverwaltung, mir eine andere Wohnung zu suchen. Die Reichsbauverwaltung schlug mir verschiedentlich geeignete jüdische Villen vor. Ich lehnte sie aber ab. Ich musste aber nun selbst nach einer Wohnung suchen, und mein Hausarzt, dem ich dies gelegentlich mitteilte, sagte, er wisse eine in Dahlem, das ist die Rheinbaben-Allee 23 gewesen; er sei dort auch Hausarzt bei den betreffenden Besitzer, einem Oberstleutnant Glotz, der Bruder eines intimen Freundes von mir. Ich habe das

H0383-0070

der Reichsbauverwaltung mitgeteilt und habe gesagt, sie solle mit diesem Herrn in Verbindung treten. Im Laufe dieser Verhandlungen, die von der Reichsbauverwaltung geführt wurden, ist dann ein Kaufvertrag zustande gekommen, zu dem von Herrn Geist angegebenen Preis, aber nicht in Dollars, sondern in Mark. Dieser Betrag ist auf Bitte des Oberstleutnant Glotz ihm ausgezahlt worden in bar, und sogar noch auf dessen Wunsch, das habe ich beim Finanzminister durchgesetzt, nach der Schweiz überwiesen worden.

Ich bemerke, dass ich damals noch Aussenminister war. Nachher bin ich in dieser Wohnung dringeblieben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich kein anderes bekam, und Herr von Ribbentrop, mein Nachfolger, in das alte Reichspräsidenten-Palais einzog.

Im Jahre 1943 wurde dieses Haus dann zerstört.

Ich kann mir im Moment also immer noch nicht erklären, wofür diese Gelder waren, die durch die Reichskasse geleistet wurden; ich kann es beim besten Willen nicht sagen. Aber die Ausführungen des Herrn Geist da drin sind völlig unrichtig, wie ich ja beschrieben habe. Ich habe es nicht von einem Juden gekauft, oder übergeben lassen, sondern von dem christlichen Oberstleutnat Glotz.

F: Sie sagen uns, dass Sie das Geld nach der Schweiz auf sein Konto überwiesen haben?

A: Ja. Herr Glotz ist nach der Schweiz gegangen. Ich glaube allerdings, seine Frau war nicht arisch.

F: Ich möchte noch den nächsten Satz vorlesen, und dann wollen wir uns von diesem Dokument abwenden. "Ich weiss auch, dass Alfred Rosenberg, der in derselben Strasse wohnte, ein Haus von einem Juden auf ähnliche Weise erworben hat."

Wissen Sie etwas darüber?

A: Ich weiss gar nicht, wie Herr Rosenberg zu seinem Haus gekommen ist.

F: Nun, Angeklagter, ich möchte mich jetzt dem März 1938 zuwenden. Ich kann es vielleicht kurz zusammenfassen, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Sie wissen, dass die Anklagevertretung sich über Ihre Antwort an den englischen Gesandten bezüglich des An-

H0383-0071

schlusses beschwerte. Soweit ich Sie verstehe, behaupten Sie jetzt nicht, dass Ihre Antwort genau war, sondern Sie sagen, dass das damals Ihre beste Information war. Stimmt das?

A: Ja, das ist richtig. Das war eine unrichtige Angabe, die ich aber eben nicht besser wusste.

F: Sie sagen, dass Sie nicht wussten, dass weder Hitler noch Göring Ihnen ein Wort mitteilten über diese Ultimate, die zuerst Herrn Schuschnigg und dann dem Präsidenten Miklas gestellt wurden. Darüber wurde Ihnen nichts gesagt? Wollen Sie das sagen?

A: Damals wusste ich nichts. Ich habe es erst später erfahren.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Präsident, ich werde mich jetzt davon abwenden. Ich werde mich mit diesem Fall nicht näher befassen; das haben wir bereits mehrmals getan,-- bezüglich der Art und Weise, wie der Angeklagte die Richtigkeit nicht betreitet.

VORSITZENDER: Ich möchte wissen, wann er zuerst den wahren Sachverhalt erfahren hat.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Ich bin Ihnen dankbar.

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE:

F: Angeklagter, wann hörten Sie über die wahre Tatsache des Anschlusses?

A: Die Einzelheiten hörte ich überhaupt erst hier, als mir dieser Bericht des Gesandtschaftsrates Hewel vorgelegt wurde. Ich habe wohl schon früher gehört, dass auf Herrn Schuschnigg ein Druck ausgeführt worden sei, aber sonst nichts.
Die genauen Einzelheiten habe ich tatsächlich erst hier in Nürnberg erfahren.

F: Ich möchte es nur ganz klar haben. Sie sagen zwischen dem 11. März und dem Zeitpunkt als Sie nach Nürnberg kamen, haben Sie niemals etwas über die Drohung eines Einmarsches in Österreich gehört, die von dem Angeklagten Göring, oder Keppler, oder General Stumpff (?) für ihn gemacht wurden? Haben Sie darüber nie etwas gehört?

A: Nein, ich habe damals eben nichts davon gehört.

F: Dann möchte ich Sie über die Zusicherung fragen, die Sie Herrn Mastny gegeben haben, den tschechoslowakischen Gesandten in Berlin.

H0383 - 0072

Ich möchte, dass Sie sich Dokument 122 ansehen, das Sie im Dokumentenbuch 12 finden werden, und zwar Seite 122. Die Stelle, über die ich Sie befragen möchte, ist im 6. Absatz; nachdem Sie über die Unterredung mit dem Angeklagten Göring über die tschechoslowakische Mobilisation sprechen, setzen Sie fort:

"Mr. Mastny war in der Lage, ihm konkrete und bindende Zusicherungen in dieser Beziehung zu geben" - d. h. über die tschechoslowakische Mobilisation - "und heute" - das ist der 12. März - sprach er "mit Freiherrn von Neurath, der ihm unter anderem in Hitlers Namen versicherte, dass Deutschland sich noch immer an die im Oktober 1925 in Locarno abgeschlossene deutsch-tschechoslowakische Schiedsvereinbarung gebunden fühle."

Sie haben nun dem Gericht gegenüber ausgesagt, - und wir hatten die Aussage der Baronesse von Ritter gehabt - dass die Zusammenkunft der 5. November einen sehr beunruhigenden Eindruck auf Sie hatte, und zu einer ernsten Herzattake führte.

War nicht eines der Dinge, die damals besprochen wurden, nicht nur ein Überfall auf Österreich, sondern auch auf die Tschechoslowakei, um die deutsche Flanke zu sichern?

Warum dachten Sie am 12. März, dass Hitler sich jemals durch den tschechoslowakischen Schiedsvertrag gebunden fühlen würde, was bedeuten würde, dass er jeden Streitfall mit der Tschechoslowakei an den Völkerbundsrat oder an den Internationalen Gerichtshof zu verweisen hätte? Warum in aller Welt dachten Sie, dass dies überhaupt möglich wäre, dass Hitler eine Streitfrage mit der Tschechoslowakei an eine dieser beiden Körperschaften verweisen würde?

A: Das kann ich Ihnen ganz genau sagen. Ich habe gestern schon ausgeführt, dass Hitler am 11., also mich abends aus mir bis heute noch nicht ganz geklärten Gründen, kommen liess und mir mitteilte, dass der Einmarsch nach Österreich in der Nacht erfolgen soll, und auf meine Frage, oder auf meine Bemerkung: "Das wird in der Tschechoslowakei eine grosse Unruhe hervorrufen!" erklärt hat, er habe keinerlei Absichten, jetzt gegen die Tschechoslowakei, und er hoffe sogar, dass durch den Einmarsch, oder die Besetzung Österreich's

H0383 – 0073

die Beziehungen zu der Tschechoslowakei sich jetzt erheblich bessern würden.

Aus diesem Satz, und aus der Zusicherung, dass nichts erfolgen würde, habe ich geschlossen, dass die Dinge so bleiben, wie sie sind, und wir natürlich auch noch gebunden sind an diesen Vertrag vom Jahre 1925. Also ich habe mit absolut gutem Gewissen das Herrn Mastny versichern können.

F: Haben Sie ein Wort geglaubt, dass Hitler am 12. März sagte? Glaubten Sie immer noch die Worte Hitlers vom 12. März 1938?

A: Ja, ja, damals noch.

F:Ich dachte, von Fritsch war einer Ihrer Freunde, nicht wahr?

A: Wer war das?

F: Generaloberst von Fritsch, er war doch einer Ihrer Freunde?

A: Ja, sicher, er war das.

F: Und Sie haben nicht geglaubt, dass er homosexuell veranlagt war?

A: Nein, niemals.

F: Wussten Sie nicht, dass er im Januar 1943 einer fabrizierten Anklage beschuldigt wurde?

VORSITZENDER: Wollen Sie bitte antworten, statt mit dem Kopf zu nicken?

ZEUGE: Ja, das wusste ich freilich, das habe ich erfahren, und zwar, dass diese Anklage fabriziert war, nach meiner Annahme wenigstens, von der Gestapo, aber nicht von Hitler.

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE:

F: Wussten Sie nicht, dass diese widerlichen Angelegenheiten bezüglich des Feldmarschall vom Blomberg und Generaloberst von Fritsch, dass sie beide von Mitgliedern der Nazigruppen fabriziert waren, die ja Ihre Kollegen in der Regierung waren?

A: Ja die Einzelheiten wusste ich ja nicht.

F: Sie sehen, Sie erinnern sich der Zeit in München, als Sie nochmals in die aktive Tätigkeit zurückkehrten, hat Präsident Benesch an dieses deutsch-tschechoslowakische Schieds-Abkommen appeliert und Hitler hat dies einfach zur Seite geschoben. Erinnern

H0383-0074

Sie sich, dass Hitler die Sache im September 1938 einfach zur Seite geschoben hat?

A: Nein, das weiss ich nicht, ich war ja da nicht mehr im Amt. Diese Sachen habe ich gar nicht zu sehen bekommen. Das weiss ich nicht.

F: Sie wissen nicht? Es war doch in der deutschen Presse und in jeder anderen Presse, dass er an diesen Schidsspruch appelliert hat und dass Hitler sich weigerte, es zu erwägen. Aber Sie sagen, dass Sie noch am 12. März glaubten, dass Hitler sich an dieses Schiedsabkommen halten würde; ist das Ihre Antwort?

A: Ja, ich hatte keine Bedenken.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Präsident, das mag ein günstiger Zeitpunkt zur Unterbrechung sein.

(Worauf die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen wurde).

H0383 - 0075

25.Juni-A.MI.Schm-1-Beck-

F. Angeklagter, Sie sprachen gestern über das Memorandum des Generalleutnant Frederici. Wissen Sie noch, dass er sich in diesem Meroandum auf ein Memorandum von Ihnen bezug, und zwar, wie man mit der Tschechoslowakei umgehen sollte? Ich verweise Sie auf Dokument Nr. 3859-PS, Seite 107 des Dokumentenbuches 12-A. Ich lese zuerst den Brief, den Sie am 31. August 1940 an Lammers geschrieben haben, so dass das Gericht Ihren Stand - punkt gegenüber den Tschechen aus Ihren eigenen Worten ersehen kann.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, die Nummer ist GB-520.

"Lieber Herr Lammers! In der Anlage übersende ich Ihnen die in meinem Schreiben vom 13. Juli d. J. in Aussicht gestellt Aufzeichnung über die Frage der zukünftigen Gestaltung des böhmisch mährischen Raumes. Ich füge eine zweite Aufzeichnung über diesel be Frage bei, die mein Staatssekretär K.H. Frank unabhängig von mir verfasst hat, die in ihren Gedankengängen zu demselben Ergebnis gelant und der ich mich voll anschliesse."

Ich betone " - - und der ich mich voll anschliesse - - ", und dann das nächste:

" Ich bitte Sie, beide Aufzeichnungen dem Führer vorzulegen und einen Termin zum persönlichen Vortrag für mich und Staatssekretär Frank anzuberaumen. Da, wie ich unter der Hand erfahren habe von Seiten einzelner Partei- und anderer Stellen beabsichtigt ist, dem Führer Vorschläge hinsichtlich der Lostrennung verschiedener Teile des mir unterstellten Protektoratres zu unterbreiten, ohne dass ich diese Projekte im einzelnen kenne, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie den Termin für meinen Vortrag so rechtzeitig ansetzen wollten, dass ich als zuständiger Reichsprotektor und Kenner des tschechischen Problems mit meinem Staatssekretär Gelegenheit habe, unsere Ansicht dem Führer gegenüber zu vertreten, bevor von anderer Seite alle möglichen Pläne an ihn herangebracht werden."

F. Und jetzt will ich auf den Hauptpunkt Ihrer eigenen Auf-

H0383 – 0076

zeichnung hinweisen; es ist Ihre eigene Aufzeichnung. Nehmen Sie den ersten Teil:" Jede Betrachtung über die künftige Gestaltung von Böhmen und Mähren muss vor dem Ziel ausgehen, das staatspolitisch und volkspolitisch für diesen Raum aufzustellen ist.

Staatspolitisch kann das Ziel nur sein: Die restlose Eingliederung in das Grossdeutsche Reich; volkspolitisch die Füllung dieses Raumes mit deutschen Menschen."

Und dann verweisen Sie auf das Programm. Wenn Sie nun zur Abteilung 2 übergehen, in der Mitte des Paragraphen 2, finden Sie einen Unter-Paragraphen, - das ist oben auf Seite 109 in dem Buch, das der Herr Vorsitzender hat -:" Diese 7,2 Millionen Tschechen, von denen 3,4 Millionen in kleinen Dörfern und Gemeinden über 2 000 Einwohner, und die sonst auf dem Lande leben, sind beeinflusst durch eine Intelligenzschicht, die im Verhältnis zu der Grösse des Volkes unwahrscheinlich gross ist. Nachdem die Lage dieses Gebietes konstitutionell geändert ist, wird sie versuchen, notwendige Massnahmen, die die Verhältnisse des Landes dem neuen Zustande anpassen sollten, zu sabotieren oder mindestens zu verzögern. Der übrige Teil der Bevölkerung, die Kleingewerbetreibenden, die Bauern und Arbeiter, hat sich besser mit den neuen Verhältnissen abgefunden."

Wollen Sie dann zu Paragraph 3 übergehen:

" Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum hieraus zu schliessen, dass die Regierung und die Bevölkerung dieses Wohlverhalten zeigten, weil sie sich innerlich mit dem Wegfall ihres selbstständigen Staates und der Eingliederung in den grossdeutschen Raum abgefunden hätten. Der Deutsche wird nach wie vor als lästiger Eindringling angesehen, und im allgemeinen hofft man, dass der alte Zustand wieder eingeführt wird, auch wenn dies nicht ausgesprochen wird. Die Bevölkerung fügt sich in die neuen Verhältnisse im Grossen und Ganzen. Aber sie tut es nur, weil sie entweder die erforderliche verstandesmässige Einsicht besitzt oder weil sie die Folgen des Ungehorsams fürchtet. Sie tut es sicher nicht aus ihrem Herzen heraus. Diese Einstellung wird

H0383-0077

noch längere Zeit so bleiben."

Jetzt kommen wir zu Paragraph 3:" Wenn aber nun die Verhältnisse so liegen, so wird entschieden werden müssen, was mit dem tschechischen Volk zu geschehen hat, damit das Ziel der Angliederung des Landes und der Füllung des Raumes mit deutschen Menschen so rasch wie möglich und so gründlich wie möglich erreicht wird.

Die radikalste und theoretisch vollkommenste Lösung des Problems wäre die totale Aussiedlung aller Tschechen aus diesem Lande und seine Besiedlung mit Deutschen."
Sie sagen dann:" - - das wäre nicht möglich, da nicht genügend Deutsche da wären, um dies zu tun."
Und wenn Sie dann weiter unten auf den Paragraphen 2 der zweiten Hälfte übergehen, das sind die letzten 6 Zeilen der Seite 110, finden Sie:" Es wird vielmehr bei den Tschechen darauf ankommen, einerseits durch individuelle Zuchtwahl die rassenmässig für die Germanisierung geeigneten Tschechen zu erhalten, andererseits die rassisch-unbrauchbaren oder reichsfeindlichen Elemente (die in den letzten 20 Jahren entwickelte Intelligenzschicht) abzustossen. Durch einen solchen Prozess würde die Germanisierung erfolgreich durchgeführt werden können."
Nun Angeklagter, Sie wissen, dass in der Anklageschrift dieses Prozesses wir Ihnen und Ihren Mitangeklagten den Vorwurf machen, unter anderen Dingen, dass sie die Ausrottung rassischer und nationaler Gruppen verfolgt haben; oder wenn ich auf das bekannte Buch von Professor Lemkin hinweisen darf:" Ein zusammengefasster Plan verschiedener Aktionen, die alle das Ziel haben, die wichtigen Bases für das Leben von nationalen Gruppen zu vernichten und mit dem Endziel, die Gruppen selbst auszurotten."
Sie wollen die Lehrer und Schriftsteller und die Künstler der Tschechoslowakei los werden, und wenn Sie die Intelligenzschicht nennen, das heisst, die Leute, die die Geschichte und Tradition der Tschechoslowakei erhalten, und an die anderen Generationen zu überliefern hätten. Das sind die Leute, die Sie vernichten wollten auf Grund dessen, was Sie im Memorandum sagen, nicht wahr?

H0383 - 0078

A. Nicht ganz.

F. Bevor Sie Ihre Antwort geben, was meinen Sie mit dem Wort, im letzten Paragraphen, den ich verlese "Die rassisch Unbrauchbaren oder die reichsfeindlichen Elemente auszurotten, das heisst, die Intelligenzschicht, die sich in den letzten 20 Jahren entwickelt hat." Meinten Sie, was Sie sagten? Sagten Sie die Wahrheit mit den Worten er wäre notwendig die Inteligenz-schicht abzustossen?

A. Da kann ich nur eines sagen, ja und nein, das heisst, ich möchte aber zunächst vorausschicken, dass aus diesem Bericht hervorgeht, dass diese Denkschrift von Frank verfasst ist. Ich habe mich ihr angeschlossen, es ist am 31. August 1940 gewesen,. Die Denkschrift, die hier erwähnt ist, in der Frank berichtet, ist, glaube ich, zu einem späteren Zeitpunkt geschrieben, ich weiss es jetzt auswendig nicht mehr.

F. Ich denke Sie werden es finden - - ich werde es Ihnen in Kürze geben, es ist ein Brief von Siemke, der Hitler's Ansichten wiedergibt und Sie werden finden, dass Hitler sich mit diesem Schreiben befasst hat. Ich zeige Ihnen Frank's Memorandum in einer Minute. Ich halte Ihnen jetzt vor, dass Sie zu Lammers sagten, dass Sie Ihr Memorandum und noch ein anderes Memorandum einschliessen, wovon ich Ihnen den wichtigsten Teil jetzt verlese. Es ist das Memorandum von Karl Hermann Frank.

A. Sie sind beide von Frank-

F.F. Nein. Schauen Sie sich Ihr eigenes Schreiben an vom 31. August:

"Anliegend übersende ich Ihnen das Memorandum", und dann fahren Sie fort: " Ich schliesse ein anderes Memorandum ein, das mein Staatssekretär Karl Hermann Frank unabhängig von mir verfasst hat, mit dem ich völlig übereinstimme." Ich hatle Ihnen vor, dass dies Ihr eigenes Memorandum ist, auf das im Frederice-Dokument hingewiesen wird.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: My Lord, es ist Seite 131, im Dokumenten buch 12.

H0383 – 0079

F. - - wo General Frederice behauptet:" Nachlängerer Überlegung hat der Reichsprotektor seine Ansicht über die verschiedenen Pläne in einem Memorandum vorgelegt." Ich halte Ihnen vor, dass das Ihr Memorandum ist, das Sie an Lammers schickten zur Unterbreitung an den Führer. Behaupten Sie jetzt vor diesem Gericht, dass dies nicht Ihr Memorandum ist?

A. Nein, das will ich garnicht behaupten, ich weiss es tatsächlich im Moment nicht mehr. Verfasst ist es nicht von mir, aber ich habe mich seinem Inhalt nach angeschlossen, das steht ja in dem Brief an Lammers.

F. Wenn Sie sich dem Inhalt angeschlossen haben, was sollten Sie dann sagen, als Sie den Ausdruck gebrauchten, die Intelligenzschicht müsste abgestossen werden, ausser, dass Sie die Tschechen als eine nationale Einheit vernichten wollten und die Leute, die die Geschichte, Tradition und Sprache aufrechterhalten wollten, auszustossen im Sinne hatten. Ist das nicht der Grund, warum Sie die Inteligenzschicht ausstossen wollten?

A. Von "Vernichten" habe ich nie gesprochen.

F. Ich sagte "Ausstossen".

A. Ich verstehe.

F. Dieses ist Ihr eigenes Wort.

A. Die Intelligenzschicht war das grösste Hindernis für eine Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Tschechen, und aus diesem Grund, wenn man das erreichen wollte, und das war ja doch das Ziel der Politik, musste die Intelligenzschicht in ihrem Einfluss vermindert werden; das war der Sinn dieser Ausführung.

F. Ja, Sie sagen, Sie haben Ihre Politik durchgeführt, Sie meinen doch damit die Zerstörung der Tschechoslowakischen Menschen als nationale Einheit mit ihrer eigenen Sprache, Geschichte und Überlieferung, und Sie wollten sie dem Grossdeutschen Reich einverleiben. Das war Ihre Politik, nicht wahr?

A. Meine Politik war, zunächst die Tschechoslowakei, soweit wie möglich, anzugleichen. Im Endeffekt war das aber auf Generationen hin nicht zu erreichen gewesen. Zunächst handelte es sich

H0383-0080

um eine Zusammenarbeit zustande zu bringen, um Ruhe und Ordnung zu haben.

F. Bevor ich Ihnen Frank's Aufzeichnung unterbreite, der Sie sich ja absolut angeschlossen haben, verweise ich Sie auf Paragraph 7 Ihrer eigenen Denkschrift.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, es ist Seite 113 im Dokumentenbuch 12-A.

F. In Absatz 7 sagen Sie:" Wenn man die gigantischen Aufgaben betrachtet, die dem deutschen Volk nach einen siegreichen Krieg bevorstehen, so wird jedem die Notwendigkeit eines sparsamen und rationellen Einsatzes der deutschen Menschen klar werden. Es sind soviele Aufgaben sofort und gleichzeitig anzupacken, dass eine vorsichtige wohlerwogene Disposition über die für die Lösung dieser Aufgaben geeigneten deutschen Menschen unbedingt notwendig ist.

Das Grossdeutsche Reich wird sich in weitem Umfange auf allen Gebieten der Hilfsarbeit volksfremder Menschen bedienen müssen und sich darauf beschränken, Schlüsselstellungen mit deutschen Menschen zu besetzen und die Sparten der öffentlichen Verwaltung zu übernehmen, bei denen es das Reichsinteresse unbedingt erfordert."

In dieser Aufzeichnung legten Sie die Pläne nieder, auf Grund deren man in der Tschechoslowakei verfahren sollte, angenommen dass der Krieg gewonnen wäre, mit anderen Worten, sie sollten als Volk verschwinden und in das Grossdeutsche Reich einverleibt werden. War das Ihre Absicht?

A. Die Tschechoslowakei als Volk verschwinden zu lassen, war überhaupt eine Unmöglichkeit. Das war nicht möglich. Wohl aber sollte sie sich enger in das Reich eingliedern, und das meinte ic mit dem Wort" assimilieren."

Es ist in diesem Memorandum auch ausgeführt die Tatsache, dass vom rassischem Standpunkt aus- und wenn Sie diesen unerfreulichen Ausdruck benützen wollen- ausserordentlich viele Deutsche in der Tschechoslowakei vorhanden waren.

H0383 - 0081

F- Dann drehen Sie bitte die Seite um und schauen Sie einmal- wie die Aufzeichnung Ihres Staats-Sekretärs lautet, der Sich sich ja angeschlossen haben.

SIR DAVID MAXWELL''FYFE: Herr Vorsitzender, Sie finden dies auf Seite 115 der Anlage Nr. 2.

F. Da sagt der Staatssekretär, wie er sich das Problem denkt, er sagt im 2. Absatz:

" Die Frage, ob das Protektorat mit einem Reichsprotektor an der Spitze zur Regelung des tschechischen Problems angemessen ist, daher aufrechterhalten werden oder einer anderen Regierungsform Platz machen soll, wird von verschiedenen Seiten aufgeworfen und ist Anlass dieser Denkschrift. Sie will in knappen Zügen -

A) Die Natur des tschechischen Problems aufzeigen,

B) Die gegenwärtige Form seiner Regelung analysieren,

C) Die vorgeschlagenen Abänderungen auf ihre Zweckmässigkeit prüfen und schliesslich

D) z zur Gesamtfrage selbständig Stellung nehmen."

Ich möchte gerne, dass Sie sich die unabhängige Meinung Ihres Staatssekretärs, der Sie sich vollständig anschlossen, ansehen.

VORSITZENDER: Sollten Sie nicht auch die letzten 2 Zeilen lesen?

SIR DAVID MAXWELL'FYFE: Jawohl, Herr Präsident.

" Von der richtigen Entscheidung hängt die Lösung des tschechischen Problems ab. Wir tragen damit die Verantwortung für kommende Jahrhunderte."

Nun Herr Vorsitzender, die Ansicht Frank's beginnt auf Seite 121 auf Abschnitt D des Memorandums; es folgt mit folgenden Worten an:" Das Ziel der Reichspolitik in Böhmen und Mähren muss die restlose Germanisierung von Raum und Menschen sein. Um dies zu erreich, gibt es zwei Möglichkeiten:

I. Die totale Aussiedlung der Tschechen aus Böhmen und Mähren in ein Gebiet ausserhalb des Reichs und Besiedlung des freigewordenen Raumes mit Deutschen, oder

H0383-0082

II. Bei Verbleiben des Grossteiles der Tschechen in Böhmen und Mähren die gleichzeitige Anwendung vielfältigster, der Germanisierung dienender Methoden nach einem X-Plan?

Eine solche Germanisierung sieht vor:

1.) Die Umvolkung der rassisch geeigneten Tschechen,

2.) Die Aussiedlung von rassisch nicht anzupassenden Tschechen und der reichsfeindlichen Intelligenzschicht, beziehungsweise, Sonderbehandlung dieser und aller destruktiven Elemente,

3.) Die Neubesiedlung dadurch freigewordenen Raumes mit frischem deutschen Blut."

Verhör durch SIR DAVID MAXWELL'FYFE:

F. Dann sehen Sie bitte das an, wo Ihr Staatssekretär konkrete Vorschläge machte, und zwar, wie man germanisieren soll, und behalten Sie im Sinn, dass Sie sich in Ihrem Brief an Lammers, dem völlig anschliessen.

Ich verweise, Herr Vorsitzender, Auf Seite 123, die Überschrift "Jugend",

- - " Grundlegende Änderung der Schulbildung - Ausrottung des tschechischen Geschichtssymthos" - das ist der erste Punkt, die Vernichtung jeden Gedankens, den die Tschechen über ihre Geschichte haben, beginnend von der Zeit des St. Wenceslaus nahezu vor 1000 Jahren; das ist Ihr erster Punkt. Dann "Erziehun zum Reichsgedanken" ohne perfekte Kenntnis der deutschen Sprache kein Vorwärtskommen- erst Abschaffung der Mittelschulen, dann auch der Volksschulen- nie mehr tschechische Hochschulen, nur für Übergang "Kollegium Bohomicus" bei der deutschen Universität in Prag- zweijährige Arbeitsdienstpflicht."

"Grosszügige Bodenpolitik, Schaffung deutscher Stützpunkte und deutscher Landbrücken, vor allem Vortreiben des deutschen Volksbodens von Norden her bis in die Vororte bis Prag. Kampf gegen die tschechische Sprache, die wie im 17. und 18. Jahrhundert nur Umgangssprache (Mundart) werden und als Amtssprache vollständig verschwinden soll.

H0383-0083

Ehepolitik nach vorhergegangener rassischer Untersuchung. Bei Assimilierunsgversuchen in das Altreich müssen die Grenzgaue ausgeschaltet bleiben.

Neben ständiger Werbung für das Deutschtun und Gewährung von Vorteilen als Anreiz schärfste Polizeimethoden mit Landesverweisung und Sonderbehandlung gegen alle Saboteure, Grundsatz: Zuckerbrot und Peitsche."

Was ist das "Zuckerbrot und Peitsche?

" Die Anwendung aller dieser Methoden hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn eine einzige zentrale Reichsgewalt mit einem Mann an der Spitze ihre Planung, Lenkung und Durchführung bestimmt. Die direkte Unterstellung des "Herrn in Böhmen" unter dem Führer stellt den politischen Charakter des Amtes und der Aufgabe klar und verhindert das Absinken des politischen Problems zu einem Verwaltungsproblem."

Mit anderen Worten, es war für diese Politik wesentlich, dass Sie Reichsprotektor blieben, und dass Frank Staats-Sekretär bleibt, und der Gauleiter der Nieder-Donau sollte nicht das Recht haben, sich einzumischen, und Braunau, als die Hauptstadt seines Gaues wegzunehmen.

Angeklagter, behaupten Sie vor diesem Hohen Gericht, so, wie Sie es Dr. Lammers gegenüber taten, dass Sie absolut einverstanden waren mit diesen schrecklichen, furchtbaren Vorschlägen? Stimmen Sie diesem Vorschlag zu?

A. Nein, ich bin keineswegs damit einverstanden.

F. Und warum haben Sie Lammers gesagt, dass Sie damit einverstanden waren, warum sagten Sie Lammers, dass Sie damit einverstanden waren, als damals alles glatt ging?

A. Ich habe ja nachher dem Führer darüber Vortrag gehalten. Im übrigen geht aus diesen Ausführungen, die Sie eben gemacht haben, klar und deutlich hervor, dass auch diese erste Denkschrift von Frank verfasst ist, der denn eine zweite Denkschrift noch hinzugemacht hat, und wenn Sie sagen zum Schluss, es sei der Zweck gewesen zu erreichen, dass ich als Reichsprotektor

H0383-0084

bleiben sollte, dass Frank Reichsprotektor werden wollte, inhaltlich kann ich mich mit diesen Ausführungen heute jedenfalls nicht mehr identifizieren, und als ich damals den Vortrag an den Führer machte, identifizierte ich mich auch nicht mit diesem Inhalt. Das geht ja aus den Aussagen hervor, die ich gestern gemacht habe. Ich habe diese Aussagen - - -

F. Ich befasse mich mit dem, was Sie 1940 geschrieben haben. Damals schrieben Sie - ich lese die Worte noch einmal vor, ich habe diese bereits dreimal verlesen: ; Ich füge noch ein Memorandum über diese Frage bei, die mein Staatssekretär K.H. Frank unabhängig von mir aufgestellt hat, und das im Gedanken ganz dasselbe Ergebnis zeitigt und mit dem ich völlig übereinstimme."

A. Ich sagte Ihnen ja eben, dass ich mich diesen Ausführungen heute nicht mehr anschliesse, und dass ich seinerzeit dem Führer gegenüber ihm mündlich vorgehalten habe, dies auch nicht unterstütze habe, sondern im Gegenteil, die Ausführungen, die ich gestern macht un zu denen ich die Zustimmung bekam, ihm vorgehalten habe.

VORSITZENDER: Sir David, sind diese Dokumente korrekt kopiert? In dem Brief vom 31. August 1940 steht am Rande eine Bemerkung "Anlage 1, Anlage 2".

SIR DAVID MAXWELL'FYFE: So verhält sich, das, Herr Vorsitzende Das eine ist von dem Angeklagten, das andere ist von Frank.

VORSITZENDER: Ja.

VERHÖR DURCH SIR DAVID MAXWELL'FYFE:

F. Und Sie, Angeklagter, haben schon gesagt, dass Sie sonst zum Führer darüber sprachen, ich sage, das stimmt nicht, dass Si sonst mit dem Führer darüber sprachen, das ist nicht wahr. Ich halte Ihnen direkt vor, dass Sie die Unwahrheit sagen.

A. Verzeihen Sie; ja, dann bedauere ich sehr, dann lügen Sie, denn ich muss doch besser wissen, ob ich mit dem Führer gesprochen habe. Ich habe persönlich Vortrag bei ihm gehalten, und zwar ohne Frank.

F. Dann wollen wir den Bericht lesen, Ihren Bericht und zwar auf Seite 7. Wir werden ja sehen, ob das wahr ist; Seite 7 Dokument 379 desselben Buches , GB-521.

25.Juni-A-IP-1 Hausladen

H0383 – 0085

Hier handelt es sich um eine geheime Reichssache des Vertreters des Auswaertigen Amtes in dem Buero des Reichsprotektors vom 5. Oktober. Sie erinnern sich Ihres Briefes vom 31. August. Er lautet:

durch Sir David Maxwell-Fyfe:

F: Ueber den Empfang des Reichsprotektors und des Staatssekretaers Frank durch den Fuehrer erfahre ich von authentischer Seite folgendes:

Reichsjustizminister Guertner hielt einleitend einen Vortrag ueber die tschechische Widerstandsbewegung, wobei er ausfuehrte, dass in der naechsten Zeit der erste Prozess gegen die vier Hauptraedelsfuehrer vor dem Volksgerichtshof stattfinden werde.

Der Fuehrer wandte sich gegen diese Ausfuehrung und erklaerte, dass fuer tschechische Aufruehrer und Rebellen Exekutionskommandos genuegten. Es sei falsch, durch Gerichtsurteile Maertyrer zu schaffen, was Beispiele von Andreas Hofer und Schlageter beiwesen. Die Tschechen wuerden jedes Urteil als Unrecht empfinden. Da die Sache nun einmal auf das gerichtliche Geleise gebracht sei, solle es damit sein Bewenden haben. Die Prozesse seien bis zum Friedensschluss zu vertagen und spaeter im Laerm der Siegesfeier wuerden die Gerichtsverhandlungen ungehoert verhallen. Die Urteile koennten nur auf Tod lauten, doch wuerde dann eine Begnadigung zu lebenslanger Festungshaft oder Deportation erfolgen.

Zur Frage der Zukunft des Protektorats streift der Fuehrer folgende drei Moeglichkeiten:

1.) Belassung einer tschechischen Autonomie, wobei die Deutschen im Protektorat als gleichberechtigte Mitbuerger lebten. Diese Moeglichkeit scheidet aber aus, da immer mit tschechischen Umtrieben gerechnet werden muesse.

2.) Die Aussiedlung der Tschechen und die Verdeutschung des boehmisch-maehrischen Raumes durch deutsche Siedler. Auch diese Moeglichkeit kaeme nicht in Frage, da ihre Durchfuehrung 100 Jahre beanspruchte.

3.) Die Verdeutschung des boehmisch-maehrischen Raumes durch Germanisierung der Tschechen, d.h. durch ihre Assimilierung. Letztere waere fuer den groesseren Teil des tschechischen Volkes moeglich . Von der Assimilierung seien auszunehmen diejenigen Tschechen, gegen welche rassische Bedenken bestanden oder welche reichsfeindlich eingestellt seien. Diese Kategorie sei auszumerzen.

H0383-0086

Der Fuehrer entschied sich fuer die dritte Moeglichkeit; er ordnete ueber Reichsminister Lammers an, dass der Vielheit der Plaene ueber die Aufteilung des Protektorats Einhalt geboten werde. Der Fuehrer entschied ferner, dass im Interesse einer einheitlichen Tschechen-Politik eine zentrale Reichsgewalt in Prag fuer den gesamten boehmisch-maehrischen Raum verbleibt.
Es verbleibt somit bei dem bisherigen Status des Protektorats."
Und schauen Sie sich den letzten Satz an:
"Die Entscheidung des Fuehrers erfolgte im Sinne der vom Reichsprotektor und von Staatssekretaer Frank vorgelegten Denkschriften."
Und nund Angeklagter-- obwohl Sie mir vorhin eine so scharfe Antwort gegeben haben -- heisst es in diesem Dokument dass nachdem der Reichsprotektor und der Staatssekretaer empfangen worden waren, -- das schreibt der Vertreter des Auswaertigen Amtes in Ihrem Amt -- dass die Entscheidung des Fuehrers im Sinne der von Ihnen und Ihrem Staatssekretaer Frank vorgelegten Denkschriften erfolgte. Warum sagen Sie jetzt, dass ich mich im Unrecht befinde und wenn ich sage, dass es unwahr ist, dass der Fuehrer eine andere Politik verfolgte ? Es steht in diesem Dokument.
A: Ich habe darauf folgendes zu antworten: Zunaechst geht daraus hervor, -- die Frage hinsichtlich der Zukunft des Protektorats streifte der Fuehrer in folgenden drei Moeglichkeiten. Das sind die drei Moeglichkeiten, die ich gestern als Vorschlag erwaehnt habe. Es geht daraus weiter hervor, -- dass das aber nicht unmittelbar der Anlass zu dieser Besprechung mit dem Fuehrer war. Er war zunaechst ein ganz anderer als bloss die Frage des Protektorats zu entscheiden. Da ja der Justizminister dabei war, war es eine juristische Frage, die Behandlung der Angehoerigen der Widerstandsbewegung. Das war der Anlass und dazu ist auch Frank nach Berlin gekommen und ich war vorher in Berlin und habe dem Fuehrer nicht ueber diese Denkschrift, die ich in Haenden hatte, wohl aber im allgemeinen ueber die Denkschrift, ueber die zukuenftige Politik im Protektorat Vortrag gehalten und zwar Vortrag gehalten mit den Vorschlaegen, die hier unter 1.,2 und 3 genannt sind. Wenn am Schlusse steht, "die Entscheidung erfolgte also im Sinne von Reichsprotektor und von Staatssekretaer Frank", so ist es eine Bemerkung von Dr. Zienke, oder wer das verfasst hat, aber das, was ich gestern sagte ueber die Politik, das ist das richtige, und hier -- wenn ich auch zugebe, dass ich mich

H0383 - 0087

damals in dem Schreiben an Lammers nicht identifiziert habe mit diesen Anlagen, das ist weggefallen.

F: Gut, ich will Sie noch an den Absatz erinnern, auf den ich mich in Ihrem Memorandum bezogen habe; Gegensaetzliches zu dem Memorandum von Frank, in dem Sie die Organisation des Grossdeutschen Reiches beschrieben. Ich nehme es so an, dass Ihre Ansicht war, dass im Falle eines deutschen Sieges der tschechische Teil der Tschechoslowakei ein Teil des Grossdeutschen Reiches werden wuerde.

A: Nein verzeihen Sie mal, das ist ja schon eingegliedert gewesen und hier ist ausdruecklich gesagt, dass es in diesem Zustande bleiben soll als Protektorat aber als Sondergebilde.

F: Behaupten Sie, dass Ihre Politik nach dieser Zeitspanne -- das war im Herbst 1940 -- dass Ihre Politik den Tschechen gegen ueber eine freundliche gewesen ist ?

A: Ich glaube die hat sich nicht geaendert, ausser wenn staerkere Widerstandsbewegungen waren.

F: Gut, wie kommt es denn, dass Sie jede Diskussion ueber Behandlung des deutsch-tschechischen Problems untersagten. Warum haben Sie derartige Besprechun verboten ?

A: Um zu verhindern, dass diese Frage, die von neuem auftauchte, die den Anlass gegeben hat zu dieser Denkschrift, naemlich die Frage der Loslosung einzelner Teile des Protektoratgebietes nach Niederdonau nach dem Sudetenlande, eine generelle Aussiedlung. Das war der Zweck meines Vortrages beim Fuehrer, wie ich gestern gesagt habe um ein fuer allemal dieser Diskussion ein Ende zu bereiten.

F: Aber Sie haben doch ganz besonders verboten, oeffentliche Reden an die tschechische Bevoelkerung zu halten. Wir koennen es im Dokument nachlesen.
Es ist das Dokument 3862-PS -- Euere Lordschaft finden es auf Seite 126 des Dokumentenbuches 12a, meine Lords es ist GB 522.
Der Verteiler ist ziemlich lang, es ging durch Ihre verschiedenen Aemter und Sie sagen darin:
"Aus gegebener Veranlassung ordne ich an, dass in Zukunft bei Veranstaltungen und Verlautbarungen jeder Art, die sich mit dem deutsch-tschechischen Problem befassen, die Blickrichtung der gesamten Bevoelkerung mehr als je auf den Krie

H0383 - 0088

und seine Erfordernisse gelenkt wird und die Verpflichtung des tschechischen Volkes zur Leistung der ihm im Verband des Grossdeutschen Reiches gestellten Kriegesaufgaben in den Vordergrund gestellt wird.

Andere Fragen des deutsch-tschechischen Porblems sind zur Zeit fuer eine oeffentlichen Erorterung ungeeignet."

Und dann im letzten Paragraphen:

"Die erforderlichen oeffentlichen Erklaerungen ueber die politischen Fragen des Protektorats insbesondere solche Ausfuehrungen an die Adresse der tschechischen Bevoelkerung sind einzig und allein meine Angelegenheit und werden von mir zur gegebenen Zeit veranlasst."

Warum wollten Sie unbedingt verhindern, dass irgendwelche oeffentlichen Erklaerungen an die tschechische Bevoelkerung ergingen ?

A: Das ist nicht bloss an die tschechische Bevoelkerung, sondern das ist speziell an die deutsche gerichtet und zwar gerade naemlich, wie es hier heisst, aus gegebenem Anlass -- da ist irgend ein besonderer Vorfall, dessen ich mich nicht mehr entsinne -- ordne ich an namentlich ueber die Zukunft des Protektorats oder was veroeffentlicht worden ist. Das war der Anlass und darauf habe ich hingewiesen, dass das verboten ist.

Nun habe ich Ihnen gesagt, was ich davon halte.

F: Ihre und Franks Vorschlaege sprechen fuer sich selbst und bitte nun Ihre Hilfe in dem folgenden Punkt:

Wissen Sie noch ,nach der Schliessung der Universitaet kam die Frage auf , was mit den Studenten gemacht werden sollte. Es waren ungefaehr 18 000 Studenten, die nunmehr arbeitslos waren, denn sie konnten nicht ---

A: Verzeihung, nein, soviel waren es nicht. Das waren hoechstens 1 [illegible] im Ganzen.

F: Nein, in aller Hoeflichkeit, entweder irren Sie sich oder Ihr Amt. Auf Grund eines Vermerks von der Gruppe 10 Ihres Amtes heisst es:

"Auf Grund der mir vorliegenden Ziffern betraegt die Zahl der durch die Schliessung der Universitaeten betroffenen Studenten fuer drei Jahre 18 998. Ich glaube das wuerde auch die Hochschulen einschliessen.

Auf Grund der Pressemeldungen vom 21. dieses Monats sind nur 1 200 in Verbindung mit den Ereignissen vom 15. verhaftet worden."

H0383 - 0089

Ihr Amt sagt weiterhin, wenn wir diese abziehen, bleiben immer noch 17 800 uebrig. Sie mussten diese nun beschaeftigen.

Sir David Maxwell-Fyfe: Meine Lords, es ist Seite 104 Dokument 3858, GB 523.

A: Ich will diese Feststellung nicht bestreiten. Das muss ich besser gewusst haben als Sie. Ich wundere mich, dass an zwei tschechischen Universitaeten 18 000 Studenten gewesen sein sollen bei einer Bevoelkerung von 7 Millionen Einwohner.

Vorsitzender: Wollen Sie vielleicht im Original nachsehen ob das stimmt ?

Sir David Maxwell-Fyfe: Jawohl, Herr Vorsitzender, das werde ich tun, es scheint ziemlich klar zu sein. Sie sind in Ziffern und es steht hier 18 998 und 1 200 muessen abgerechnet bleiben, dann bleiben noch 17 800 uebrig. Wenn es nur 1 800 waeren, dann koennte die zweite Zahl nicht stimmen.

Dr.von Luedinghausen: Herr Praesident, es muss irgendwie ein Irrtum vorliegen. Das waeren ja fuer die Tschechoslowakei fuer eine Universitaet mehr wie sie Berlin in seinen besten Zeiten gehabt hat. Berlin hat hoechstens 8 bis 9 000 Studenten im Jahr gehabt und dann sollen bei einem Land von nur 7 Millionen 18 000 Studenten an zwei Universitaeten gewesen sein. Das kann nicht stimmen.

Sir David Maxwell-Fyfe: Herr Vorsitzender, es kann sich um drei Altersgruppen handeln. Es heisst auf Grund der mir vorliegenden Ziffern ist die Zahl der Studenten, infolge der Schliessungen fuer drei Jahre 18 000." Vielleicht handelt es sich um die Aufnahmen in 3 Jahren und dazu kommt noch die Anzahl der gegenwaertigen Studenten.

Durch Sir David Maxwell-Fyfe:

F: Jedenfalls ist dies die Zahl und mit diesem Problem hat sich Ihr Munisterium beschaeftigt -- vielleicht sind auch einige Gymnasien eingeschlossen -- auf jeden Fall sind dies die Dokumente Ihres Ministeriums und ich will wissen, was passie Hier handelt es sich um Aufzeichnungen von Dr.Dennler, der der Chef der Gruppe 10 war innerhalb Ihres Amtes an Burgdorff, der eine gehobene Stellung inne hatte vom 21. November 1939 und machte den Vorschlag, dass die Studenten mit Gewalt aus der Tschechoslowakei entfernt werden und nach dem Altreich gebracht werden sollten um dort zu arbeiten. Am 25. November, Sie koennen das im Paragraph 2 sehen, schreibt Burgdorff dass er sich mit X 119/39 beschaeftigt. Das ist Dr. Dennlers Memorandum und Burgsdorff sagt, dass Leute nicht ins Reich gebracht

H0383 – 0090

worden sollten, denn um die damalige Zeit war in Deutschland eine gewisse Arbeitslosigkeit und er forderte, es waere besser, wenn man sie zur Zwangsarbeit auf den Landstrassen und Kanaelen in der Tschechoslowakei selbst verwendete. Nun so lauten die beiden Vorschlaege, von Ihrem Amt.

Sir David Maxwell-Fyfe: Herr Vorsitzender, das zweite ist 3857-PS, welches GB 524 wird.

Durch Sir David Maxwell-Fyfe:

F: Ich moechte wissen, was mit diesen ungluecklichen Studenten passiert ist ?

A: Der nichts ist passiert.

F: Nun, ist irgendeiner der Vorschlaege von Dr. Dennler zur Zwangsarbeit in Deutschland oder Borgsdorffs Vorschlaege zur Zwangsarbeit in der Tschechoslowakei Ihnen unterbreitet worden.

A: Nein, beides nicht.

F: Sind diese Vorschlaege Ihnen zur Entscheidung vorgelegt worden ?

A: Ich glaube, sie sind mir vorgelegt worden, ich kann das aber nicht mit Sicherheit sagen.

F: Nun, stimmen Sie mit mir darin ueberein, oder vielleicht koennen Sie mein Wissen korrigieren, dass dies der erste Vorschlag ist -- Sie sagen, er ist nicht durchgefuehrt worden -- aber der fruehere Vorschlag fuer die Zwangsarbeit kam von einem Beamten Ihrer Abteilung. Wissen Sie von irgendeiner anderen Reichsstelle, die so frueh wie November 1939 Zwangsarbeit vorschlug ?

A: Das hat ja gar keinen Zusammenhang. Im uebrigen, wenn Sie die Vorschlaege aller Ihrer Unterbeamten etwa durchsehen, so koennen Sie auch finden, dass vielleicht ein solcher Vorschlag kommt, den Sie ablehnen, Vorschlaege eines Referenten, die wollen doch nichts sagen.

Im uebrigen kann ich diese Zahl 18 000 aufklaren, denn hier steht, "nach den mir vorliegenden Unterlagen betraegt die Zahl der durch die auf drei Jahre erfolgte Schliessung der tschechischen Universitaeten betroffenen Studenten 18 000 , das sind also drei mal 6 000 nicht wahr, dann sind es ungefaehr 18 000.

F: Diesen Gedanken habe ich bereits schon vor 10 Minuten ausgedrueckt. Aber ich binn in aller Hoeflichkeit mit Ihnen einverstanden. Das ist wenigstens eines, worueber wir einverstanden sind. Nun gut, Sie verstehen, was ich meine , dass diese Vorschlaege aus Ihrem Buero stammten, dass sie ja im Grossen und Ganzen

H0383-0091

die selbe Linie verfolgten, wie die, die in dem Memorandum standen und die hier im Gericht zur Verlesung kamen, wonach man nicht nur die Mittel-Schulbildung der Tschechen loswerden sollte, sondern dass man auch die Zwangsarbeit einfuehren wollte. Erinnern Sie sich daran, dass dies in dem Memorandum des Staatssekretaers Frank enthalten war. Ich behaupte, dass es Ihr Staatssekretariat war, das den Gedanken der Zwangsarbeit so frueh wie im November 1939 vorbrachte.

Nun Angeklagter, ich habe nur noch eine Sache zu behandeln, ich hoffe es ist Tatsachenfall. Vielleicht sind Sie im Stande nach Ueberlegung mit mir einig zu gehen. Sie haben heute fruh angedeutet, dass die deutsche Universitaet in Prag geschlossen wurde, nachdem die Tschechoslowakei im Jahre 1919 geschaffen worden war. Wenn Sie sich jetzt ueberlegen, wissen Sie nicht, dass an der Universitaet viele Tausende von Studenten in der deutschen Universitaet in Prag absolvierten und zwar zwischen 1919 und 1938 ?

A: Meines Wissens war es eine Abteilung der deutschen Universitaet, eine deutsche Abteilung der tschechischen Universitaet, soviel ich weiss.

F: Aber die Universitaet ging als tschechische Universitaet weiter ?

A: Sie ging weiter als tschechische Universitaet.

F: Jawohl, aber deutsche Studenten studierten dort und konnten doch ihr Examen in deutscher Sprache machen. Die Sprache war erlaubt,ich sage es, es gab Tausende von Leuten, die dort studierten aus dem Altreich und von Oesterreich. Sie gingen dorthin als Deutsche und sie machten ihren Doktortitel in deutsch.

A: Bloss die alte Universitaet, die sogenannte Carls Universitaet war von den Tschechen geschlossen worden. Sie war eine deutsche Abteilung oder wie man das nennen will. Dort studierten die Deutschen und machten ihr Examen.

F: Ich glaube, dieser Punkt ist aufgeklart worden und ich will ueber die Einzelheiten nicht streiten. Es gab aber eine Universitaet, wo Deutsche studieren konnten. Sie stimmen darin mit mir ueberein ?

Vorsitzender: Will die Anklage ein weiteres Kreuzverhoer anstellen ?

H0383 - 0092

Durch General Raginsky:

F: Angeklagter, sagen Sie uns bitte, als Sie Aussenminister waren, hat Rosenberg versucht, sich in die aussenpolitischen Angelegenheiten Deutschlands einzumischen ?

A: Ist das eine Frage ?

F: Jawohl. Wollen Sie mir in kurzer Form sagen, in welcher Form diese Einmischung stattfand ?

A: Indem er dem Fuehrer seine eigenen aussenpolitischen Gedanken vortrug, ohne sie mir zu geben zur Pruefung.

F: Gut. Gestern haben Sie hier ausgesagt, dass Sie im Jahre 1936 Meinungsverschiedenheiten mit Hitler hatten und dass Sie am 27. Juli um Entlassung als Minister gebeten haben. Dieses Dokument wurde hier vorgelegt. Schrieben Sie aber nicht an Hitler, und ich moechte den letzten Satz Ihres Briefes verlesen:

"Auch wenn ich nicht mehr Minister bin, stehe ich Ihnen, falls Sie es wuenschen, mit meinem Rat und meiner langjaehrigen Erfahrung auf dem Gebiete der Aussenpolitk, s stets zur Verfuegung."

Haben Sie diese Worte an den Fuehrer geschrieben ?

A: Jawohl.

F: Und haben Sie Ihre Versprechungen, Hitler gegenueber, zu einer Zeit gehalten, als es notwendig war, die Angriffshandlungen Hitlers durch diplomatische Minipulationen zu verdecken, waehrend des Einfalles im Sudetenland usw. ? Haben Sie Hitler geholfen ? Ist das richtig ?

A: Das ist ein grosser Irrtum, im Gegenteil. Wie ich hier gestern und heute ausgefuehrt habe, bin ich von Hitler einmal gerufen worden, und zwar beim letzten Stadium, in den letzten Tagen dds Anschlusses Oesterreichs. Damit war meine Taetigkeit zu Ende und im Jahre 1938 allerdings, bin ich spontan zu ihm gegangen, um ihn vom Krieg abzuhalten. Das war meine Taetigkeit.

F: Das haben wir bereits gehoert.

Ich moechte Ihnen eine weitere Frage vorlegen, und zwar bezueglich der Denkschrift Frederici, ohne jedoch zu wiederholen, was hierueber bereits gesagt worden ist. Sie erinnern sich an diese Denkschrift wohl ziemlich gut, da sie erst vor ganz kurzer Zeit dem Gerichtshof unterbreitet worden ist.

Im letzten Satz der Denkschrift Fredericis heisst es, das, wenn die Fuehrung des Protektorats in zuverlaessige Haender gelegt wuerde und vom Befehl des Fuehrers vom 16. Maerz geleitet waere, so wuerde das Gebiet Boehmen - Maehren ein Teil des

H0383-0093

deutschen Gebietes werden. Aus diesem Grund hat Hitler Sie zum Protektor erwaehlt. Ist das nicht so ?

A: Keine Rede, das war nicht der Grund. Den Grund habe ich gestern eingehend wiedergegeben.

F: Gut. Wir wollen das Gestrige nicht wiederholen, wir haben darueber bereits gesprochen. Sie bestreiten also, der Mann gewesen zu sein, der den Einfall in die Tschechoslowakei haette durchfuehren sollen ?

A: Da kann ich nur mit Nein darauf antworten.

F: Geben Sie zu, dass Sie im Protektorat der Vertreter des Fuehrers und der Reichsregierung und Hitler direkt unterstellt waren ?

A: Das stimmt, und das steht ja in dem Erlass Hitlers drin.

F: Jawohl, das ist dort enthalten. Ich will den Erlass nicht verlesen, um keine Zeit zu verschwenden. Dieser Erlass ist dem Gerichtshof bereits vorgelegt worden. Bestaetigen Sie, dass alle Behoerden des Reichsprotektorats Boehmen-Maehren, mit Ausnahme der Wehrmacht, Ihnen und Ihrer Fuehrung unterstanden ?

A: Nein, dasmuss ich leider sagen, das ist ein Irrtum. Das steht ja auch im selben Erlass von 1. September 1939 drin. Ausserdem gab es noch eine Reihe von Organen bzw. Reichsbehoerden, die mir nicht unterstanden, ganz abgesehen von der Polizei.

F: Nun, was die Polizei betrifft, so werden wir getrennt hierueber sprechen. Glauben Sie jedoch, dass es ein Fehler in der Verordnung ist, oder legen Sie die Verordnung anders aus. Ich moechte den ersten Paragraphen dieser Verordnung vom 1. September verlesen. Es heisst dort:

"Alle Behoerden, Dienststellen und Organe des Reiches im Protektorat Boehmen und Maehren, mit Ausnahme der Wehrmacht, unterstehen dem Reichsprotektor."

Im Paragraph 2 heisst es:

"Der Reichsprotektor fuehrt die Aufsicht ueber die gesamte autonome Verwaltung des Protektorats."

Sie sehen also, dass hier ganz klar gesagt ist, dass alle Reichsbehoerden ihnen unterstellt waren, waehrend Sie selbst Hitler unmittelbar unterstanden.

A: Ich muss nochmals sagen, Verwaltungsorgane, ja. Aber es hat noch eine ganze Reihe Reichs- und Dienststellen gegeben, die mir nicht unterstanden, z.B. der Vierjahresplan.

F: Gehen wir nun auf die Frage der Polizei ueber.

H0383-0094

Gestern haben Sie auf eine Frage Ihres Verteidigers dem Gerichtshof gegenueber erklaert, dass in dieser Verordnung vom 1. September, die von Goering, Frick, Lammers unterzeichnet ist, der Paragraph 13 nicht auf Sie anwendbar war. Wollen wir andere Paragraphen desselben Kapitels, ueber die Polizei, untersuchen.

Der Paragraph 11 sagt:

"Die Organe der deutschen Sicherheitspolizei im Protektorat Boehmen und Maehren haben die Aufgabe, alle staats- und volksfeindlichen Bestrebungen im Gebiet des Protektorats Boehmen und Maehren zu erforschen und zu bekaempfen, das Ergebnis der Erhebungen zu sammeln und auszuwerten, den Reichsprotektor sowei die ihm nachgeordneten Behoerden zu unterrichten und ueber fuer sie wichtige Feststellungen auf dem Laufenden zu halten und mit Anregungen zu versehen."

Der Paragraph 14 der gleichen Verordnung sagt:

"Der Reichsminister des Innern (Reichsfuehrer-SS und Chef der Deutschen Polizei) erlaesst im Einvernehmen mit dem Reichsprotektor in Boehmen und Maehren die zur Durchfuehrung .... dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften."

Nach diesem Erlass musste die Polizei und die SS Sie ueber alle Massnahmen in Kenntnis setzen und ausserdem durften Verwaltungs- und Gesetzeshandlungen und Massnahme nur mit Ihrer Kenntnis ausgeuebt werden. Bestaetigen Sie das ?

A: Nein, das ist nicht richtig . Zunaechst einmal ist da angeordnet, dass sie mich unterrichten sollen. Das wurde aber nicht durchgefuehrt und von Herrn Himmler direkt verboten. Es war anders. Die zweite Bestimmung, dass die Verwaltungsmassnahme oder wie es da heisst, mit meiner Zustimmung durchgefuehrt werden sollten oder konnten, die ist nie angewandt worden.

F: Sie bestreiten das also ?

A: Ja.

F: Ich moechte Ihnen nun das Verhoer von Karl Hermann Frank vom 7. Maerz 1946 ueber diese Frage vorlegen. Es heisst also, ueber die Frage der Polizei und wem sie unterstellt war.

Gen. Raginsky: Herr Vorsitzender, ich lege diese Aussage als USSR-Beweisstuech Nr. 494 vor.

Vorsitzender: Ist diese im englischen Dokumentenbuch auch enthalten ?

Gen. Raginsky: Nein, Herr Vorsitzender, das Dokument, das ich jetzt vorlege, ist ein Original-Schriftstueck, das von Frank unterschrieben ist.

H0383-0095

Durch General Raginsky:

F: Waehrend eines Verhoers hat Karl Hermann Frank wie folgt ausgesagt: "Nach der Aufbauverordnung ueber den "Aufbau der deutschen Verwaltung im Protektorat und die deutsche Sicherheitspolizei" sind saemtliche deutschen Behoerden und Dienststellen, ausgenommen Wehrmacht, im Protektorat und somit auch gesamte Polizei dem Reichsprotektor formell unterstellt und an seine Weisungen gebunden. Die Sicherheitspolizei war somit die an die vom Reichsprotektor gegebenen und grundsaetzlichen politischen Richtlinien gebunden. Befehle zur Durchfuehrung staatspolizeilicher Aktionen wurden im wesentlichen ueber den BdS vom RSHA in Berlin erteilt. Hat der Reichsprotektor von sich aus eine staatspolizeiliche Aktion gewuenscht, so war er an das Einvernehmen mit dem RSHA in Berlin gebunden, d.h. die Staatspolizei hat auch in diesen Falle sich jeden Befehl in Berlin beim RSHA rueckbestaetigen lassen. Dasselbe galt fuer die vom Hoeheren SS- und Polizeifuehrer an den BdS gegebenen Weisungen zwecks Durchfuehrung staatspolizeilicher Aktionen."
Ich moechte Ihre besondere Aufmerksamkeit auf den nun folgenden Paragraphen lenken: "Diese Art und Weise des Dienst- und Weisungsweges gilt fuer die ganze Zeit des Protektorates und ist genau so z.Zt. des Reichsprotektors von Neurath gehandhabt worden. Im Allgemeinen hatte der Reichsprotektor die Moeglichkeit, initiative Weisungen an die Staatspolizei im Wege des BdS zu erteilen, die Durchfuehrung derselben - wenn sie eine staatspolizeiliche Aktion betrafen - war jedoch abhaengig von der Zustimmung des RSHA. Was den SD (Sicherheitsdienst), welcher keine Exekutivgewalt besass, anbelangt, so war das Weisungsrecht des Reichsprotektors dem SD gegenueber umfassender und nicht unter allen Umstaenden von einer Zustimmung des RSHA abhaengig."

Bestaetigen Sie diese Aussage Franks ?

A: Nein.

F: Sie stimmen also dem nicht zu ?

A: Keineswegs.

F: Ich verweise Sie auf eine hier gemachte Aussage desselben Frank aus dem vorigen Jahr, wo er gesagt hat, die ganze Polizei unterstand nicht dem Reichsprotektor, sondern dem Chef der Polizei in Berlin, naemlich Himmler. Die muss auch hier sein, diese Aussage.

F: Wir werden auf diese Aussage auch zurueckkommen. Sagen Sie mir, wer war der politische Referent in Ihren Diensten ?

H0383 - 0096

A: Politischer Referent ?

F: Jawohl, politischer Referent.

A: Ich hatte im allgemeinen ja verschiedene politische Referenten.

F: Um keine Zeit zu verschwenden, moechte ich Ihnen ein kurzes Dokument zeugen und bitte Sie, dasselbe zu lesen. Am 21. Juli 1943 hatdder Chef der Sicherheitspolizei einen Brief an den Staatssekretaer und Hoeheren SS- und Polizeifuehrer, Karl Hermann Frank, gerichtet, der Brief hat folgenden Wortlaut:

"Durch Erlass vom 5. Mai 1939 hat der Herr Reichsprotektor in Boehmen und Maehren den SD-Fuehrer und Befehlshaber der Sicherheitspolizei als seinen politischen Referenten eingesetzt. Wie ich festgestellt habe, wurde dieser Erlass bis jetzt nicht bekannt gegeben und durchgefuehrt. Ich bitte, die Durchfuehrung dieses Erlasses zu veranlassen. In Vertretung: gez. Dr. Best."

Erinnern Sie sich an Ihren Befehl jetzt ?

A: An diesen Erlass vermag ich mich im Moment nicht zu erinnern. Wohl aber erinnere ich mich daran, dass das niemals durchgefuehrt worden ist, weil ich naemlich diesen SD-Fuehrer nicht als politischen Referenten haben wollte.

Vorsitzender: Das waere ein guenstiger Moment, abzubrechen.

Gen. Raginsky: Herr Vorsitzender, darf ich noch um eine Minute bitten, um diese Frage zu beendigen ? Sodann koennen wir abbrechen.

Durch General Raginsky:

F: Haben Sie aber nicht am 6. Mai einen derartigen Befehl erlassen ?

A: Das wird wohl stimmen, ich will es nicht bestreiten. Ich weiss es nicht mehr.

Gen. Raginsky: Gut. Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender. Wir koennen uns nunmehr vertagen. Wir werden morgen noch ½ bis 3/4 Stunde benoetigen.

(Woraufhinssich das Gericht bis auf den 26. Juni 1946, 10.00 Uhr vertagt.)